

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 18 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Rechnungsbeleg: Amt IV. Nr. 1984.

Freitag, den 15. Dezember 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Rechnungsbeleg: Amt IV. Nr. 1984.

### Wilow gegen Bebel.

Die heutige Reichstags-Sitzung gestaltete sich zu einem Duell zwischen Bebel und Wilow. Freilich zu einem höchst seltsamen Duell. Dem Reichstanzler beliebte es, gegen die schwere Artillerie des sozialdemokratischen Redners mit einer Vogelkugel loszufallen. Dies kindliche Vergnügen motivierte er damit, daß er aus der zweieinhalbstündigen, an wichtigsten Anklagen überreichen Rede Bebel's nur zwei Punkte herausgreifen wolle. In Wirklichkeit ging er aber auf die Rede überhaupt nicht ein, vielmehr suchte er unter der Vorpiegelung einer Entgegnung allerhand Leisefrüchte an den Mann zu bringen, die ihm von einem Geheimrat apportiert worden waren. Diese einen Kriegervereinsintellekt allerdings empörenden Zitate verfehlten denn auch selbstverständlich nicht ihre Wirkung auf der rechten Seite des Hauses, die jede neue Entlarvung sozialdemokratischer Verrücktheit mit sich dramatisch steigenden Entrüstungsalben quittierte. Die Herren Kardorff und Arendt und die ihnen kongenialen Blätter werden denn auch diesmal triumphierend feststellen, daß des Reiches reddegewaltiger Kanzler die vaterlandslose Kotte wieder einmal moralisch vernichtet habe. Bis dann wieder einmal ein Skeptiker die unangenehme Entdeckung macht, daß die Sozialdemokratie auch der tödlichsten Zitate spottet.

Bevor Bebel mit schneidender Kritik der inneren und äußeren Politik des Reiches zu Leibe ging, nahm er eine Generalabrechnung mit den gegnerischen Rednern vor. So wies er zunächst die törichte Bemerkung Gröbers zurück, daß die Diätenlosigkeit daran schuld sei, daß keine „wirklichen“ Arbeitervertreter im Reichstage säßen. Die Stöbel und Giesberts seien doch auch keine noch an der Werftbank stehenden Proletarier gewesen. Es falle eben keinem Unternehmer ein, einen parlamentarisch tätigen Arbeiter zu beschäftigen. Die Kritik des Zentrumsredners an dem Vorgehen gegen die Hereros komme um viele Posttage zu spät; auf den von Gröber zitierten Gewährsmann hätten sich sozialdemokratische Redner schon vor anderthalb Jahren berufen, ohne die Unterstützung des Zentrums zu finden. Wenn Herr Gröber noch immer den Aufstand der Eingeborenen verurteile, so werfe er nur die Frage auf, ob sich wohl die schwäbischen Bauern eine Behandlung gefallen lassen würden, wie sie den Hereros zuteil geworden sei. Er zweifle nicht daran, daß sie sich unter ähnlicher Behandlung ebenso erhoben haben würden, wie zur Zeit des großen Bauernkrieges im Jahre 1525. Daß Deutschland mit seiner Kolonialpolitik gründlich hereingefallen sei, werde ja nun wohl selbst den Herren der Rechten klar geworden sein, zumal im Hinblick auf das Weihnachtsgeschenk eines vierten südwestafrikanischen Reichstragsrats in Höhe von 30 Millionen Mark! Höchst seltsam berühre die Kaltblütigkeit, mit der das Zentrum bei den Etatsberatungen die Kolonialpolitik behandle, während doch die „Köln. Volksztg.“ ein so vernichtendes Urteil über unsere Kolonialpolitik gefällt und geradezu einen Bruch mit derselben gefordert habe! Freilich, die Zentrumspresse stelle sich ja stets viel radikalere zu solchen Fragen als die Zentrumsfraktion. Auch die Sozialpolitik des Zentrums zeige ein seltsames Doppelbild: Man verlange Schutz des Mittelstandes, und verführe gleichzeitig, die Arbeiterkonsumvereine, durch die die Proletarier ihre Lebenslage ein wenig zu verbessern suchten, durch Umsatzsteuern zu erdroffeln. Ramentlich aber hätte Herr Gröber sich hüten sollen, die Forderung des Vergarbeitsgesetzes zu erheben, während doch gerade das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus durch sein Kompromiß mit der Reaktion die reichsgesetzliche Regelung des Vergarbeitsgesetzes hintertrieben habe! Bei den Arbeiterauswahlen hätten die Vergarbeiter, auch die christlichen, den denkbar schärfsten Protest gegen den durch Zentrumschulke zustande gekommenen Vergarbeitertrag beklundet.

Wenn Herr Bassermann über den Arbeiterterrorismus Klage erhoben habe, so halte er dem den grenzenlosen Terrorismus der ausperrungswütigen Unternehmerorganisationen gegenüber. Gegen streifende Arbeiter schritten sofort die Gerichte unter Veranziehung des Nötigungsparagrafen ein, gegenüber den dreifachen Aussperrungen und Boykottierungen der Unternehmer dagegen schließe dieselbe Justiz fest beide Augen. Graf Posadowsky habe von der „fittlichen Wiedergeburt des Bürgertums“ eine Ueberwindung der Sozialdemokratie erhofft. Ueber diese schöne Phrase habe innerlich wohl auch die Rechte gelächelt.

Sodasich wundern müsse er sich darüber, daß sich die bestehende Klasse noch über das unauffaltbare Wachstum der Sozialdemokratie wundere. Mühten denn nicht die brutalen Unternehmerpraktiken und die schroffen Arbeiterfeindschaft der staatlichen Organe auch dem beschränktesten Arbeiter das Verständnis für den Klassenkampf eröffnen? In Sachsen, in Hamburg, in Lübeck beräude man die Arbeiter vollends des Wahlrechts — und dann bestreite man noch, daß man die Arbeiter wie Deloten behandle! Zu der politischen Rechtlosigkeit komme dann der Stachel des sozialen Elends. Wenn sich wirklich seit 1888 das Durchschnittseinkommen der industriellen Arbeiter um 33 Proz., von 600 auf 800 Mk., gehoben habe, was bedeute das der Wertenerung der Lebensmittel, den rapid gestiegenen Mietpreisen gegenüber. Und die Arbeiter sähen doch auch, daß man die Ministiergehälter von 36 000 Mk. auf 50 000 Mk.

erhöht habe! Glaube man denn, daß das Proletariat den empörenden Kontrast zwischen seiner erbärmlichen Lebenshaltung und dem ausschweifenden Luxus der oberen Zehntausend gar nicht empfinde! Die Zahlen des Herrn Rheinbaben bezeugten gerade die schreiende Kottage der Massen. Zweiundzwanzig Millionen in Preußen waren steuerfrei, d. h. sie bezahen ein Einkommen von weniger als 900 Mk. pro Jahr, pro Tag also 2 Mark 47 Pfennige! Und dabei verzeihe man in Berlin W. bei einer einzigen Gasterei 20000 bis 30000 Mk. Herr Rheinbaben habe ferner darauf verwiesen, daß nur 4,45 Proz. der preussischen Einwohner ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. besitzen. Im Jahre 1883 habe Casselle diese Einkommensgruppe auf 4 Proz. beziffert. Das Wort Gladstones treffe also zu, daß die kolossale Steigerung des Nationalreichtums nur einer winzigen Zahl von Besitzenden zugute komme! Man solle sich doch endlich schämen, mit den Unternehmerbeiträgen zur Arbeiterversicherung zu renommieren. Ein Betrag von 6 Pfennigen pro Arbeiter sei denn doch eine zu lächerliche Lappalie! Vollends zeuge es vom kraßesten sozialen Unverständnis, das Vermögen der Gewerkschaftskassen als Beweis der wachsenden Wohlfahrt der Arbeiterklasse anzuziehen.

Die unerträglichen Flottenlasten begründe man mit der feindseligen Stimmung Englands. Aber unsere Flottenagitatoren hätten erst durch ihre frivole Hege gegen England und ihre sinnlose weltpolitische Propaganda Englands Mißtrauen geflissentlich wachgerufen. Das Bismarck 1881 erklärt habe, daß kein Grund vorliege, sich mit England zu verfeinden, sei noch heute die feste Ueberzeugung der Sozialdemokratie. Deutschland habe das Signal zu dem umerlösten Flottenrüstungen gegeben. Der englische Marineminister Goschen habe wiederholt Englands Einverständnis zu einem Einhalt des Wettrüstens beteuert, ja England habe noch in diesem Jahre seine Flottenbudget erheblich reduziert; Deutschland habe darauf mit der neuen Flottenvorlage geantwortet!

Von seinen Ausführungen zur Marokko-Frage nehme er kein Notiz zurück. Wenn Herr Bassermann erklärt habe, die Kaiserreise nach Tanger habe nur eine derzeit nicht mögliche Flottendemonstration ersetzen sollen, so frage er, gegen wen denn diese Flottendemonstration hätte gerichtet werden sollen. Gegen Frankreich? Das wäre ja eine direkte Kriegserklärung gewesen! Wilow habe die Kaiserreise mit seiner vollen Verantwortlichkeit zu decken erklärt. Daran habe er von vornherein nicht gezweifelt, ebensowenig zweifle er aber daran, daß eine solche Reise während der Kanzlerschaft der Bismarck, Caprivi und Hohenlohe unmöglich gewesen sei.

Wilow habe sich über den mangelnden Patriotismus der Sozialdemokratie beschwert, der sich in ungeschämter Kritik der Regierungshandlungen offenbare. In Frankreich und Amerika sage man der Regierung noch ganz andere Dinge, ohne daß man deshalb den Kritikern Vaterlandslosigkeit vorwerfe.

Die Sozialdemokratie erkläre nochmals mit allem Nachdruck, daß sich die deutsche Arbeiterklasse in Fragen der auswärtigen Politik nicht wie eine Sammelherde behandeln lassen werde. Sie wolle den friedlichen kulturellen Wettbewerb der Nationen, sie verlange die Anerkennung der vollen Bürgerrechte des Proletariats. Wenn Fürst Wilow wegwerfend erkläre, die auswärtige Politik werde nicht in der Hosenheide gemacht, so sei das der Arbeiterklasse furchtbar schamlos: Sie mache das, was sie wolle! Schmähe man die Sozialdemokratie immer als vaterlandslos. Im nächsten Jahre könne man die Säktalarfeier jenes erbärmlichen Vaterlandsverrats begehen, den die „Edelsten und Besten“ Anno 1806 gegenüber Napoleon verübt hätten! Das nur möge sich die herrschende Klasse gesagt sein lassen: das deutsche Proletariat sei es müde, sich als Paria behandeln zu lassen, es kämpfe unerschrocken um seine Menschenrechte, wenn es nicht anders sei, auch gegen Vourgeoisie und Regierung!

Und nun erhebe sich Fürst Wilow mit seinem Zitatensbüchlein. Zweierlei nur wolle er beweisen: erstens, daß die Sozialdemokratie die Schürerin der englischen Eifersucht gewesen sei, und zweitens, daß die Sozialdemokratie jedes nationale Gefühl vermissen lasse. Die Regierung habe immerfort erklärt, daß sie gar nicht daran denke, jemals aggressiv gegen England vorzugehen. Seit achtzehn Jahren habe der Kaiser zahlreiche Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Dagegen habe die Sozialdemokratie unausgesetzt Mißtrauen unter dem englischen Volke gefüttert. So habe der „Vorwärts“ die Legende verbreitet, daß die Flottenrüstungen Deutschlands sich naturgemäß gegen England richteten. So habe der „Vorwärts“ die blödsinnige Lüge kolportiert, daß zu Beginn dieses Jahres die deutsche Flotte mobilisiert gewesen sei. Ess sei gewiß unsinnig, anzunehmen, daß Deutschlands Nachteil der Vorteil Englands sein könne, aber die ewigen Demünziationen der Sozialdemokratie hätten es gerade verschuldet, wenn viele Engländer jetzt eine solche Auffassung hegten. Der Sozialdemokratie fehle eben jedes Gefühl für eine nationale Politik. Sie ordne die Volksinteressen ihren Parteinteressen unter. So habe der Philosoph und Parteibogmatiker Kautsky ausdrücklich erklärt, daß sich nicht nur die Individuen, sondern auch die Nationen den Interessen des proletarischen Emanzipationskampfes zu unterwerfen hätten. Selbst ein Verteidigungs-

krieg sei nur dann zu billigen, wenn das nationale Interesse mit dem proletarischen Interesse zusammenfalle. Die von Bebel gepriesene Friedensliebe der Sozialdemokratie sei überdies eitel Heuchelei. Habe doch Kautsky auch erklärt, daß unter Umständen im Kulturinteresse Angriffskriege gerechtfertigt sein könnten. Nach diesem Rezept habe denn auch der „Vorwärts“ Deutschland wegen der Doggerbank-Affäre in den Krieg mit Rußland hegen wollen. Die Sozialdemokratie ersehe internationale Händel, um ihre Parteiluppe an dem Weltbrand kochen zu können. Wie vaterlandslos die Sozialdemokratie sei, beweise die Schamlosigkeit der „Mündener Post“, die den Heldentod fürs Vaterland, wie ihn Theodor Körner erlitten habe, mit dem Tode eines Schweines verglichen habe. Wenn die Sozialdemokratie das Fest in die Hände bekommen würde, werde Deutschland der Zummelpfad für die ausländischen Feinde werden. Denn so sehr die Sozialdemokratie auch den Jakobinern gleiche, von ihrer Vaterlandsliebe blühe sie keine Spur. Die Sozialdemokratie wolle das Vaterland nicht stärken, sondern zerstören und entwürdigen. Aber zum Glück sei ihr Wüten ohnmächtig. Sie werde schließlich einen Pastillesturm wagen, sie werde sich hüten, ihren Worten Taten folgen zu lassen, die ihr sehr schlecht bekommen würden!

So Fürst Wilow. Es hieße Hände schreiben, wollten wir diesen tollen Entstellungen, Verfeumdungen und Mißverständnissen die Wahrheit gegenüberstellen. Aber einige knappe Feststellungen seien doch gemacht.

Es ist eine Tatsache, die nur ein grundsätzlicher Feind der Wahrheit bestreiten kann, daß seit vielen Jahren berufene und unberufene, verantwortliche und unverantwortliche Flotten- und Weltmachtapostel für einen deutschen Imperialismus plädieren haben, der nur als Bedrohung der alten Kolonialmächte aufgeföhrt werden kann. Bebel's erste Etatrede gibt ja eine kleine Blütenlese solcher Krastergüsse. Und noch die Rede des neuen Gouverneurs in Südwestafrika v. Lindequist, daß Deutschland es in der Weltmachtspolitik allen Nationen voraus tun wolle, war eine solche Bedrohung. Ober aber man mißte in England annehmen, daß aus Herrn Lindequist nicht der imperialistische Politiker, sondern nur der zu reichlich genossene Sekt gesprochen habe! Selbst Herr Liebermann v. Sonnenberg prägte ja das Bonmot: Kerne rüsten, ohne zu reden! Und die dreihunderttündliche offiziöse römische „Tribuna“ erklärte ja erst dieser Tage, daß ewige Friedensreden „mit der Hand am Schwertknopf und mit hochgezogenen Brauen“ gerade das Gegenteil des gewünschten Erfolges hervorbringen mißte! Ferner: wenn Fürst Wilow die Mobilisierungsmaßricht des „Vorwärts“ als blödsinnige Lüge bezeichnete, so werden ja auch die Herren Paasche und Sattler nicht umhin können, diese Lebenswürdigkeit mit auf sich zu beziehen! Und wenn der Reichstanzler erklärte, daß England gar keine Ursache habe, gegen Deutschland feindselige Gefinnungen zu hegen, so steht das im unlösbarsten Widerspruch nicht nur mit den krassesten Flottenrüstungen, sondern auch mit des Reichstanzlers Ausführungen über Deutschlands wachsende Seeinteressen. Was soll dann ferner der Vergleich mit Englands Flottenstärke? Hält denn Fürst Wilow die Engländer für ausgemachte Aretins?

Eine geradezu ungeheuerliche Behauptung ist es deshalb, daß die deutsche Sozialdemokratie erst durch ihre Warnungen vor provozierenden Worten und Taten England mißtrauen gemacht habe! Ja, die sozialdemokratische Presse soll nicht nur aus Ungeschicklichkeit, sondern aus Verliebtheit England „aufgehört“ haben! Herr Bassermann lobte dieser Tage umgekehrt den Londoner Korrespondenten des „Vorwärts“ dafür, daß er gewissenhaft alle deutschfeindlichen Kundgebungen Englands registriere. Befähige Herr Bassermann die geniale Kombinationsgabe des deutschen Reichstanzlers, so würde er daraus gefolgert haben, daß der „Vorwärts“ die Absicht verfolge, Deutschland nach der Manier des Flottenvereins gegen England aufzuhetzen und — für die deutschen Flottenrüstungen Propaganda zu machen! Man sieht, zu welchem Aberwitz eine solch staatsmännische Logik führt. Die simple Wahrheit ist die, daß der „Vorwärts“ im Interesse des internationalen Friedens und der nationalen Wohlfahrt den Chauvinismus sowohl in Deutschland wie in England brandmarkt, daß er die Tatsache der internationalen Verstimmungen auf ihre Ursachen — den imperialistischen Größenwahn und das gemeingefährliche Flottenrüstungen — zurückführt, um dies Grundübel zu beseitigen! Und dies Vorgehen des „Vorwärts“ ist ebenso zweifellos vaterlandsfreundlich, im besten Sinne national, wie Fürst Wilow das Gegenteil eines Staatsmannes ist!

Fürst Wilow zeigte sich freilich nicht nur im großen als Rabulist, dessen Vörsartigkeit freilich durch beispiellose Ungeschicklichkeit paralytisiert wird, sondern auch als abgefagter Gegner der Wahrheit im kleinen, wenn er, um nur einiges herauszugreifen, die längst vom „Vorwärts“ dokumentarisch widerlegte Unwahrheit wieder aufwärme, der „Vorwärts“ habe bei der Doggerbank-Affäre zum Krieg gegen Rußland aufgeheht; wenn er ferner die längst entlarvte grobe Unwahrheit wiederholte, die „Mündener Post“ habe den Heldentod fürs Vaterland mit dem Tod eines Schweines verglichen. Wenn freilich Wilow glaubt, mit solch dreisten Unwahrheiten die Sozialdemokratie schädigen zu können, so haben wir zu allererst Ursache, ihm eine an-



kündigere Form der Polemik anzupfehlen. Solche Pfeile prallen auf den Schützen selbst zurück!

Und sollen wir uns im Ernste gegen Bülow's Anwurf der Vaterlandslosigkeit verwahren? Es verrät einen bemitleidenswerten Tiefstand staatsmännischer Weisheit, daß der Reichskanzler nicht die Kenntnis als selbstverständlich voraussetzt, daß die sozialdemokratische Auffassung des Begriffes „Nation“ himmelweit verschieden ist von dem „Vaterland“, für das unsere Junker und Kapitalisten schwärmen. Das „Vaterland“ ist für die Sozialdemokratie das Volk; die Größe des Vaterlandes besteht für sie in der Freiheit und Wohlfahrt der breiten Massen.

Jedes Staatsgebilde, das der Wohlfahrt nicht dient, das im Gegenteil die Massen politisch knebelt und wirtschaftlich ausbeutet, das das Volk als Sklotten behandelt, verdient nicht den Namen eines „nationalen“ Staates. Erst der Emanzipationskampf des Proletariats, der Sieg des Sozialismus wird wahrhaft nationale Staatsorganisationen schaffen, die auch die Volksmassen mit Stolz als ihr Vaterland betrachten und mit ihrem Herzblut gegen Angriffe verteidigen können. Deshalb spielen die Rühneger des Klassenstaates, dieser Skatufatur eines Rechtsstaates, ein überaus gewagtes Spiel, wenn sie wägen, das reise, zum Klassenbewußtsein, zur Menschenwürde erwachte Proletariat noch in frivole Kabinettskriege oder imperialistische Kaufhändler treiben zu können! Deshalb sollte auch Bülow nicht mit so schlecht affektierter Gleichgültigkeit vom Bastillesturm sprechen, zumal nicht zu einer Zeit, wo die Wäpfe des Absolutismus in Rußland unter dem Ansturm des Proletariats so schmachvoll zusammenbricht! —

## Die Revolution in Rußland.

Das Ideal der „Kreuz-Zeitung“ erfüllt.

Für die nächsten Tage wird die Veröffentlichung eines neuen Strafgesetzes erwartet.

Das neue Strafgesetz läßt, wie es heißt, wirtschaftliche, aber keine politischen Strafen zu und setzt Strafen für die Anstifter fest, sowie Vergünstigungen für Arbeitswillige, welche sich einem Streik nicht anschließen. Den Staatsbeamten ist die Beteiligung an einem Streik „unbedingt untersagt“.

Der Jazismus begreift immer noch nicht, daß sich kein Mensch mehr um seine Erlaubnis und sein Verbot kümmert!

### Die Fikararbeit des Absolutismus.

Petersburg, 14. Dezember. (Ueber Evidenznahmen) [Meldung der Peterburger Telegraphen-Agentur.] Der Ministerrat beendigte heute die Beratungen über das Gesetz betr. die Arbeitervereine. Diese Vereine können nach dem von dem Ministerrat beschlossenen Gesetz fortan nur noch in gerichtlichen Verfahren, also nicht mehr wie bisher auf administrativem Wege, durch den Minister des Innern, die Gouverneure, die Polizei usw., aufgelöst oder geschlossen werden. Das Gesetz hat zunächst provisorischen Charakter und wird in der nächsten Woche zugleich mit dem allgemeinen Gesetz über das Vereinsrecht zur Veröffentlichung gelangen.

Petersburg, 18. Dezember. (Ueber Evidenznahmen.) Der „Regierungsbote“ meldet, das fertiggestellte neue Wahlgesetz werde demnächst dem Jaren vorgelegt werden.

### Militärrevolten.

Moskauer Blätter berichten von einer Gärung unter dem dortigen Reserve-Zappurbattalion, in den Artilleriefabriken, in der Garnison Amsk und unter den Reservetruppen in Sibirien. In Irkutsk weigerte sich die Mannschaft, Wachtdienst zu tun. Das Moskauer Blatt „Siflu“ meldet: In Kiew dauert die Gärung unter den Truppen fort. Auf den Straßen fraternisieren die Mannschaften mit den Studenten und Arbeitern und bitten das Volk um Verzeihung, weil sie während der Anruhen auf dasselbe gefeuert haben. Zwei Regimenter hielten unter den Klängen von Militärmusik zusammen mit Arbeitern ungehindert einen Umzug durch die Straßen.

Warschau, 14. Dezember. Die Polizeimannschaften des ersten Stadbezirks sind in den Streik getreten.

### Die Taktik der Revolutionäre.

Die in Moskau versammelten Vertreter der Arbeiterdeputiertenräte und der radikalen Parteien haben beschlossen, mit allen Mitteln weitere partielle Ausstände zu verhindern, weil diese den Generalausstand beeinträchtigen, zu welchem die Arbeiter rufen.

### Von Muster für den deutschen Spießer.

Unter vielen ähnlichen Zuschriften aus dem Publikum bringt die Zeitung „Kuh“ den folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Durch meinen „Dworuk“ erfahre ich, daß die letzten Briefe, die ich erhielt, teils von einem Offizier, teils von einer Dame in mein Haus gebracht wurden. Ich wünsche der Post mitzuteilen, daß ich keine Briefe zu erhalten wünsche, die mir solche Zeugnisse der Regierung überbringen, da diese Leute nichts anderes als Streikbrecher sind. Meine Briefe will ich durch die freistehenden Postbeamten selbst empfangen, aber erst wenn sie gestempelt sind; anders nicht. Die Post hat kein Recht, sie mir durch Eindringlinge zu schicken. In Zukunft weise ich sie zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
N. N.

Ob sich der deutsche „Bürger“ so verhalten würde bei einem politischen Kampf unserer Staatsklaffen von der Reichspost- und Telegraphie?

Von den freistehenden Post- und Telegraphenbeamten erhalten wir aus Odesa die folgende Zuschrift:

In der in St. Petersburg erscheinenden Zeitung „Natschalo“, Nr. 9 vom 24. November/7. Dezember lesen wir folgendes: Die Internationale Bank erhielt am 22. November/5. Dezember aus Berlin ein Wertpaket, adressiert an das Bureau des russischen Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten. Wegen Unkenntnis der Adresse des Bureaus übermittelte der Baudirektor das Paket an den Chef der Post- und Telegraphenverwaltung Herrn Sewastjanoff, der das Paket zurückbehält.

Sollte in Wirklichkeit ein solches Paket an die obenbenannte Adresse abgeschickt sein, so bitten wir inständigst die Absender, über den Verbleib desselben Erkundigungen einzuziehen und im Falle der Befähigung der oben angeführten Zeitungsnotiz die betreffende Wertsendung direkt an das Bureau selbst oder an die Redaktion irgend einer freistehenden Zeitung zu übermitteln.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Das Odesaer Bureau des allrussischen Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten:

Oberingenieur Buchheim, Ingenieur Trusof, Obermechaniker Didrichson, Mechaniker R. Hoffmann, Beamter Kniasseff, Beamter Malinowski, Beamter B. Popowich.

Odesa, 28. November

10. Dezember 1905.

Es handelt sich offenbar um eine Unterschlagung der aus dem Auslande für die Streikenden angekommenen Unterstützungsgelder durch einen von den langjährigen Herren der zarischen Regierung. Die Mahnung unserer tapferen Kameraden aus Ausland wird gewiß nicht ohne Resultat bleiben. Die Geber werden sich nun hüten, ihre Opferpfennige anders als an sichere Personen zu schicken.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember.

### Das Privilegium des Steuerbetruges.

Das preussische Junkertum betrachtet den gesetzlich sanktionierten wie den ungesetzlichen Steuerbetrug als ein traditionelles, durch das Alter geheiligtes Privilegium seiner Klasse. Deshalb ist ihm, wie sein Geistesverwandter, der Finanzminister Dr. Müller, sich im sächsischen Landtage ausdrückte, die Erbschaftsteuer auch die widerwärtigste aller Steuern. Sie hat vor allem drei den junkerlichen Grundbesitz widersprechende Eigenschaften: erstens belastet sie die Vermögenden stärker als die Nichtvermögenden, zweitens erleichtert sie die Kontrolle der Einkommensteuern und erschwert es den Junkern, bei der Einschätzung ihres Einkommens aus Grundbesitz den Staatsfiskus allzu unerschämmt zu betrügen, und drittens vermögen die Herren bei der Erbschaftsübertragung den Staat nicht in gleichem Maße zu bemogeln, wie die Großkapitalisten mit mobilem Besitz, denn der Wert der landwirtschaftlichen Grundstücke läßt sich meist nicht nur genauer feststellen und nachweisen als der in Waren, Wertpapieren und allerlei Spekulationsobjekten angelegte Besitz, sondern es können auch bei der Uebertragung eines landwirtschaftlichen Besitztums nicht so leicht wichtige Wertobjekte unterschlagen oder kurz vor dem Tode des Erblassers beiseite geschafft werden. Die Junker bestehen aber in dem Bewußtsein ihres unüberäußerlichen Menschenrechtes auf Steuerhinterziehung nicht nur darauf, daß ihnen zum mindesten das gleiche Recht auf Mogelei eingeräumt bleibt wie den Bankiers, Börsenjobbern und Kommerzienräten, es gebührt ihnen vielmehr nach ihrer Auffassung auch in dieser Hinsicht ein Vorzugsrecht. Die Regierung, die diese Rechtsbegriffe der feudalen Stützen von Thron und Altar selbstverständlich als berechtigt anerkennt, sintemalen sich ihre genialsten Häupter aus jenen feudalen Kreisen rekrutieren, hat denn auch in der Reichs-Erbschaftsteuervorlage diesem alten Gewohnheitsrechte des Junkertums im weitesten Maße Rechnung getragen, indem sie darin die Bestimmung aufnahm, daß der in land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bestehende Nachlaß in den meisten Fällen nur mit 75 Proz. seines Wertes, wenn er in den beiden letzten Jahren schon einmal vererbt worden ist, sogar nur mit 50 Proz. zur Erbschaftsteuer herangezogen wird, und daß ferner bei der Abschätzung des Wertes der Grundstücke nicht der wirkliche Verkaufswert des Besitzes zugrunde gelegt, sondern, wie es in der Vorlage heißt, der Wert nach dem bemessen wird, was „nach dem zurzeit in Geltung stehenden Steuerergesetz rechtens ist“, d. h. nach irgend welchen völlig fiktiven Steuererträgen. Doch den Edelsten und Besten genügen diese Zugeständnisse nicht, sie schätzen den Wert ihres Rechtes der Steuerermogelei höher ein. Mit der ganzen Ungeniertheit, die den echten Krautjunker auszeichnet, gesteht das die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ offen zu. Sie schreibt: „Der leider vorhandene Mangel, daß sich das mobile Großkapital leichter dem vollen Steuerdruck entziehen kann, als das immobile, in Grundbesitz usw. festgelegte, tritt aber sehr viel scharfer zu Tage bei der Erbschafts- als bei der Vermögenssteuer. Es ist doch ganz klar, daß es für den bloßen Kapitalbesitzer mit sehr viel größeren Schwierigkeiten und einem immerhin recht großen Risiko verknüpft ist, einen größeren Teil seines Vermögens Jahre oder Jahrzehnte hindurch der Besteuerung zu entziehen. Viel einfacher ist es jedenfalls für einen solchen, der Erbschaftsteuerhebung ein Schnippen zu schlagen. Wer oder was hindert einen Großkapitalisten, einen beliebigen großen Teil seines Vermögens an Wertpapieren schon bei Lebzeiten nach und nach an seine Erben zu verteilen und sich selber nur eine lebenslange Rente dafür auszubedingen?“

Diese Art der Erbschaftsteuerumgehung würde namentlich dann sicher einen großen Umfang annehmen, wenn entgegen den Rechtsanschauungen weitest auf dem Boden unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Familienordnung stehenden Volkskreise die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die weiblichen Kinder und Ehegatten beliebt werden sollte. Eine dahingehende Forderung wird ja nicht nur von den Gegnern alles Privateigentums und jeder Familienordnung, den Sozialdemokraten, sondern auffallenderweise auch aus den Reihen des so einflußreichen Jentrums erhoben. Wir untererleiten mühten einer solchen Ausdehnung der Erbschaftsteuerung auf das entscheidende widerstreben, und würde dann dafür das Wort des sächsischen Finanzministers Dr. Müller zutreffend erscheinen: er kenne keine widerwärtigere Steuer als die Erbschaftsteuer.

Widerwärtig muß diese Steuer bei ihrer Ausdehnung auf die nächsten Leibeserben schon darum erscheinen, weil sie, wie eben gesagt, zu einer Steuerumgehung geradezu herausfordert und eine solche dem großen mobilen Kapital im Gegensatz zu dem fundierten so leicht macht.

Ein wertvolles Zugeständnis! Würden Arbeiter erklären, daß sie für eine Steuer nicht zu haben seien, weil sie ihnen weniger Gelegenheit zum Steuerbetrug bietet als anderen Bevölkerungsklassen, so würden die Blätter der Edelsten über den rohen Materialismus zeternd und schimpfend wie Kobrispaken; die Herren Junker aber entblöden sich nicht, die Steuerermogelei als ihr traditionelles Recht zu fordern. Allem Anschein nach hat Graf Rosadowsky an diese ostelbischen Säulen der preussischen Monarchie gedacht, als er jüngst im Reichstage äußerte, daß das Maß materialistischer Weltanschauung und materialistischer Genußsucht unter den bestehenden Klassen stark gewachsen sei.

Uebrigens braucht man in der preussischen Wirtschaftsgeschichte nicht allzu weit zurückzuschlagen, um bei dem junkerlichen Nachwuchs der adeligen Begelogerer auf eine ganz verschiedene Auffassung der Erbschaftsabgaben zu stoßen. Zwar die großen Rittergüter haben nach den Begriffen der Junker nie eine Erbschaftsteuer zu tragen vermocht, wohl aber der bäuerliche Grundbesitz. Erinnerung sei nur an die oben genannten Landemien, die von den pflichtigen bäuerlichen Grundbesitzern bei jeder Aenderung des Besitzes in herrschender oder dienender Hand erhoben wurden und bis zu 10 Proz. des Wertes stiegen. Starb ein Bauer, so mußten seine Erben bis zum zehnten Teil des Wertes seines Hofes an den Junker zahlen, und zwar des vollen Wertes, gleichviel, ob der Hof verschuldet war oder nicht. Und die Herren Junker ließen, wenn die Erben nicht zahlen konnten, den Hof sofort subhastieren. Derartige zarte Rücksichten wie heute ihre ministeriellen Interessenvertreter kannten sie nicht. —

## Wahlrechtsdebatte im sächsischen Landtage.

Dresden, 14. Dezember. (Fig. Ver.)

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurde heute die Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten Goldstein verhandelt, die sich auf die bekannnten Wahlrechtsdemonstrationen in den Straßen Dresdens am 3. Dezember bezieht. Die Fragen lauten:

1. Ist die Regierung gewillt, das von der Dresdener und Chemnitzer Polizei am 3. Dezember d. J. angewandte bedauerliche Verfahren gegen friedliche Volksmassen gutzuheißen, oder welche Maßregeln denkt die Regierung zu ergreifen, um der Wiederkehr solcher gewalttätigen Handlungen vorzubeugen?

2. Glaubt die Regierung, angesichts der Empörung, wie sie sich in den spontanen Kundgebungen vieler Tausender gezeigt hat, an ihrer in der Kammerberatung vom 27. November dargelegten Auffassung über die Wahlrechtsreform festhalten zu müssen?

Genosse Goldstein begründete die Interpellation in einer großzügigen Rede. Besonders unterzog er die Frage des formalen Rechts der Straßendemonstrationen einer längeren Betrachtung, in der er das Vorgehen der Polizei scharf kritisierte und Parallelen mit anderen Ländern, besonders England und Oesterreich zog. Der zweite Teil der Rede Goldsteins bildete eine geschichtliche, scharf pointierte Erörterung des Dreiklassenwahlrechts in Sachsen. Als er diese Entredung von Vierstufel des sächsischen Volkes einen Rechtsbruch nennt, erteilt ihm der Präsident Dr. Mehnert sehr erregt einen Ordnungsruf. Auf der großen Tribüne wurde diese Maßregel mit Gelächter beantwortet, worauf Mehnert mit Mänuming der Tribüne drohte. Nach Schluß der Rede Goldsteins erscholl demonstrativer Beifall aus den Reihen des zuhörenden Publikums.

Der leitende Minister v. Meißel antwortete sehr kurz. Er nahm die Gendarmerie gegen die Vorwürfe Goldsteins in Schutz und erklärte, die Polizei habe nichts weiter getan, als ihre Pflicht. Der Minister bezog sich dabei auf den Buchstaben des formalen Rechts und ignorierte die übrigen Ausführungen Goldsteins vollständig. Auch in Zukunft, erklärte er, werde die Regierung jede derartige Straßendemonstration mit aller Schärfe und mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern wissen. Nach seiner Ansicht hat die Dresdener Bürgerschaft es lediglich den Gendarmen zu danken, wenn es am 3. Dezember nicht zu schlimmeren Dingen gekommen sei. Die Berichtigung des Verhaltens der Polizei suchte Herr v. Meißel aus einem offiziellen aus der Polizeidirektion stammenden Bericht über die Vorgänge am 3. Dezember nachzuweisen.

Nicht unwichtig war, was der Minister in bezug auf die weitere Behandlung des Wahlrechts hierzu äußerte. Er bezog sich auf frühere und neuere Auslassungen der Regierung, betonte aber, daß aus dieser Stellung der Regierung nicht zu schließen sei, die Regierung werde überhaupt die Initiative nicht mehr ergreifen, sie beabsichtige vielmehr, ohne besondere Anregung von irgend einer Seite erneut in Erwägung darüber einzutreten, wie und wann die Wahlrechtsreform durchzuführen sei. Am 27. November wollte bekanntlich die Regierung ruhig abwarten, bis von anderer Seite Vorschläge kämen, da ihr Vorschlag von 1904 abgelehnt worden sei. Die wichtigsten Kundgebungen der Arbeiterchaft in Dresden haben also doch bei der Regierung Eindruck gemacht.

Geradezu erbärmlich war das Verhalten des „freisinnigen“ Abgeordneten Gütther. Den größten Teil seiner Rede füllte er mit einer läppisch-spießbürgerlichen Beurteilung der Straßendemonstrationen. Schättern kritisierte er das Verhalten der Polizei, und verschämt betonte er den Standpunkt der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage.

Bezeichnend war die Stellungnahme der Konservativen und Nationalliberalen. Der alte nationalliberale Abgeordnete Dr. Schill verlas eine Erklärung der zwei Fraktionen (1), in der die Straßendemonstration beurteilt und das Verhalten der Polizei am 3. Dezember, wie auch das zukünftige nach dem Rezept des Herrn v. Meißel gebilligt wird. Zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen, lehnten die Konservativen und Nationalliberalen der Zweiten Kammer ab.

Aus dieser Komödie spricht ebensoviele Verlogenheit als Erbärmlichkeit der sächsischen Nationalliberalen. Auf die Haltung der nationalliberalen Zeitungen, die ihren Gefinnungsgeoffenen im sächsischen Landtage Courage zu machen suchten, kann man nach dieser Leistung gespannt sein.

### „Der Minister in der Bluse.“

Die bürgerlichen Blätter haben in der Ernennung John Burns' zum Minister einen neuen Stoff zum Raumergieren gefunden. Die „Königliche Volkszeitung“, die „Tägliche Rundschau“ und andere malen ihrem „besseren Publikum“ mit Behagen das rührende Bild des „neuen Ministers“ aus, der herkömmlich in seiner bescheidenen Stube die vielen Glückwunschtelegramme empfängt, dann die Bluse anzieht, die Blase aufstülpt und seiner Frau im Fortgehen den Auftrag gibt, auf ihn nicht mit dem Abendbrot zu warten, da er „zum König gehen“ und später „mit dem Premierminister essen“ müsse.

Doch mit diesen Späßchen einer kammungeladen Herablassung für den „armen Teufel“ von einem Arbeiter, der plötzlich zu den schwindehenden Höhen des menschlichen Glückes emporgehoben wird, um mit einem „Premierminister“, ja mit einem König selbst von Angesicht zu Angesicht zu sprechen, mit diesen harmlosen Produkt einer lafatenhaften Gefinnung müssen sich die bürgerlichen Blätter diesmal begnügen. Politisch läßt sich aus der Sache kein Kapital schlagen, der „Fall Burns“ läßt sich nicht mehr in einen „Fall Milerand“ umwandeln. Auch abgesehen davon, daß John Burns kein Sozialist sondern Liberaler ist, hat auch die sozialistische Arbeiterklasse Englands durch den Mund ihrer berühmten Vertreter ihre Stellung zu Burns klipp und klar formuliert.

Mit Bezug auf den Eintritt John Burns in das Ministerium hat nämlich dieser Tage Keir Hardie in einer Versammlung im Gateshead eine formelle Erklärung abgegeben, daß John Burns weder direkt noch indirekt innerhalb des Ministeriums die Arbeiterpartei Englands verrete. Die Partei stehe auf der Grundlage einer vollständigen Unabhängigkeit sowohl von den Liberalen, als auch von den Konservativen. Letzter sei John Burns auch gar nicht Mitglied der Arbeiterpartei. —

### Das Gelbbuch.

Das lange ersehnte und lange angefündigte französische Gelbbuch ist endlich erschienen. Es bringt in 368 Schriftstücken, die vom 3. März 1901 bis zum 4. Dezember 1905 reichen, Aufklärung über die verwickelte Angelegenheit der Marokko-Affäre. Besonders interessant und wichtig ist der Teil, der die Vorgeschichte enthält und darüber Klarheit schafft, wie dieser im Anfang scheinbar so wenig aufregende Fall sich beinahe zu einer geschichtlichen Episode ausgewachsen hätte, die eine Reihe unserer größten Weltreiche in einen Krieg hineinzuziehen geeignet war, der unabsehbare Folgen für Deutschland, Frankreich, England und andere Staaten haben konnte. Der betreffende Teil gibt Aufschluß über Grenzverletzungen auf algerischem Gebiet, über Waffenschmuggel, über Anschläge von Marokkanern gegen Franzosen, über Beschwerden beim Nachhaken und sonstige Kundgebungen, von denen die fremden Völkerver in Paris Kenntnis erhielten. Unter dem Material befindet sich ein Schreiben vom 23. Juni 1901, von Delcassé an den Völkerver der Marokko in Berlin gerichtet und des Inhalts, daß bereits mit dem deutschen Völkerver in Paris, Fürstin Radolin, eine Unterredung wegen der Marokko-Anglegen-



Welt stattgefunden habe, eine Unterredung, in der Radolin die besondere Lage Frankreichs in bezug auf Marokko (wegen der Nähe Algeriens) anerkannte! —

Es folgen weitere Beratungen mit Radolin und anderen, bis am 21. April 1904 der französische Vizepräsident Ribourd die Mitteilung machen kann, daß Kaiser Wilhelm beabsichtigt sei, eine aktivere und fühnere Marokkopolitik zu treiben.

Nun drängen sich die Ereignisse: Französisch-spanisches Abkommen, Wilhelms II. Fahrt nach Tanger, Antrag Deutschlands auf Einberufung einer internationalen Konferenz.

Es wird einige Zeit dauern, bis das Gelobte von allen Interessenten so studiert sein kann, daß es möglich ist, ein abschließendes Urteil über dieses mehr als 300 Seiten starke Aktenstück zu fällen. So viel aber scheint schon heute sicher, daß es keine Uebertreibung ist, wenn man in politischen Kreisen Frankreichs erklärt, daß das Gelobte sei das wichtigste parlamentarisch-politische Schriftstück, das in den letzten 20 Jahren veröffentlicht worden ist.

Und noch eins scheint leider festzustehen: Daß ein genaueres Studium des französischen Quellenwerkes bestärkt wird, daß in dieser ganzen leidigen Angelegenheit die inforrestesten Behauptungen, die gewagtesten Erklärungen, die am wenigsten auf sicherer Grundlage ruhenden Mitteilungen wieder einmal von unserer lieben deutschen Diplomatie ausgegangen sind. —

## Deutsches Reich.

### Rosadowskys Vukpredigt.

Rosadowsky hat den Agrariern und den rheinisch-westfälischen Industrieburgen wie als ihr Mann gegolten; sie haben sich stets weit mehr zu den genialen Naturen vom Schläge Bodbielskis und Rheinbaders hingezogen gefühlt, denn der Spruch: „Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Land“ gilt auch für die Politik. Nur als fleißigen Arbeiter ließ man sich den Grafen Rosadowsky gefallen; denn mit Ministern von der Qualität Bods kann selbst in Preußen keine Regierung die Staatsgeschäfte führen. Rosadowskys jüngste Aeußerung im Reichstage über die zunehmende materialistische Genußsucht der besitzenden Klassen hat ihm aber vollends in den Kreisen in den großen Stiefeln und kleinen Gehirnen vollends alle Sympathien geraubt. Reisend und fluchend fällt über ihn die konservative Prehmeute her — voran die „Post“, die Vertreterin der Schlotparvenis, vielleicht weil sie der Ansicht ist, daß auf ihre Gönnerschaft der Rosadowskysche Vorwurf in erster Linie zutrifft. Das Kronsbainische Blatt schreibt:

„Damals (1806) allerdings war in die gebildeten und besitzenden Klassen des preussischen Volkes eine Erschlaffung des Pflichtbewußtseins und ein Verfall der Sitten eingetreten, der den preussischen Staat mehr noch als die Rückständigkeit seines Heeres dem französischen Eroberer zur leichten Beute werden ließ. Das preussische und deutsche Volk der Jetztzeit aber zeichnet sich in seinen gebildeten Klassen umgekehrt durch ein hohes Maß von vorwärts strebender Spannkraft und von opferwilligem Patriotismus aus, so daß es mehr als ungerecht ist, diese Schichten unseres Volkes im Vergleich zu denen anderer Nationen herabzusetzen, wie dies Graf Rosadowsky in seiner Rede getan. Damit macht man nur die Geschäfte der Sozialdemokratie auf Kosten von Kaiser und Reich, und das ist doch gerade nicht die Aufgabe, die deutschen Staatsmännern von Gottes und Rechts wegen gestellt ist.“

Nicht minder erboht ist das Intelligenzblatt der Landhändler, die „Deutsche Tagesztg.“, die den Rosadowsky als „Magister des Reichstanzlers“ verpöten. Sie meint:

„Man kann sehr zweifelhaft sein, ob es zweckmäßig war, solche Gedanken gerade jetzt mit bewußter Absichtlichkeit in den Vordergrund zu rücken, wo die Sozialdemokratie offen sagt, die bürgerliche Gesellschaft müsse, sie möge sich wandeln wie sie wolle, vernichtet, die gegenwärtige Staatsregierung müsse, nach Befinden mit Gewaltmitteln, umgestürzt werden.“

Diplomatischer verfährt die „Kreuzztg.“. Sie unterstellt, daß Rosadowskys Aeußerung sich lediglich auf die bürgerlichen Großkapitalisten bezieht, und findet dann nur wenig an dem Vorwurf auszusetzen:

„Auch die Behauptung, daß unter den besitzenden Klassen die Opferwilligkeit nicht in gleichem Verhältnis wie der Wohlstand stehe, ist, wenn sie auch nicht allgemein zutrifft, doch im Hinblick auf gewisse kapitalistische Kreise nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Diese vom Staatssekretär getadelte Entwidlung hängt mit der Zunahme der Vergesellschaftung des Kapitals und der durch sie herbeigeführten Loslösung des Arbeiters von der Person des Arbeitgebers eng zusammen. Auch die in die bürgerlichen Klassen gerichtete Mahnung, daß sie selbst den materialistischen Standpunkt verlassen und in ihrem ganzen Leben ein größeres Maß sittlichen Ernstes zeigen mögen, ist berechtigt und beachtenswert. Aber die Einrede der besitzenden Klassen reicht, auch wenn sie durch die Tat bestätigt wird, allein zur Ueberwindung der Sozialdemokratie nicht aus. Der Staat muß vielmehr bei jeder Gelegenheit bekunden, daß die Umstürzpartei seinen Bestand gefährdet, und seine Gesetzgebung in diesem Sinne gestalten.“

Noch gewichtiger verfährt die „Köln. Ztg.“. Sie redt die Aeußerung so lange hin und her, bis schließlich nichts als eine nur aus Rosadowskys „psychologischer“ Eigenart erflärbare, inhaltsleere Phrasen übrig bleibt:

„Dem Inhalt der Rede nach wollte er offenbar dasselbe zum Ausdruck bringen, was Wilson, Stengel und Rheinbader mit ihren Worten über die immer unerbittlicher auftretende egoistische Interessenpolitik der verschiedenen Stände des deutschen Volkes bereits ausgesprochen hatten. Graf Rosadowsky geht nur diesen Inhalt in die seiner eigenartigen Persönlichkeit entsprechende Form um. Seine Worte müssen deshalb psychologisch aus seiner individuellen Eigenart erflärbare, inhaltsleere Phrasen übrig bleibt.“

### Die enttäuschten Spekulanten.

Die bürgerliche Presse hat natürlich, ihrem üblichen Handwerk getreu, auch aus der jüngsten „Parteierte“ nämlich aus dem „Vorwärts“-Stonkist für sich Kapital zu schlagen gesucht und ist ebenso natürlich, wie jedesmal bis jetzt, mit fataler Gründlichkeit hereingefallen! Die zur „Arie“, zum „Parteiendal“ aufgebauete, an sich winzige Angelegenheit ist auf ihre wahren Dimensionen zusammengedrückt, die Spekulanten haben sich in ihren Hoffnungen auf neues „Material“ bitter getäuscht. Ramentlich die jüngste „Erklärung“ der sechs ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure hat ihnen aus naheliegenden Gründen die gute Laune endgültig verborgen. Um nun ihrer Wut über die erlebte Enttäuschung Luft zu verschaffen, phantastieren sie von neuen dunklen Vorgängen hinter den Kulissen der Sozialdemokratie. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Gewiß ist dieser Rückzug der sechs Redakteure erzwungen. Die sozialdemokratische Parteileitung hat einfach die „Hungerpeitsche“ geschwungen. Aber daß die Redakteure so schnell

zu Kreuze kriechen würden, hat wohl Herr Bebel selbst nicht zu hoffen gewagt. Jetzt triumphiert Bebel auf der ganzen Linie. Beim wirklich der „Vorwärts“-Stonkist, wie man jetzt aufkündigt, auf dem nächsthörigen sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim noch zur Sprache kommt, so wird er schwerlich die Geister von neuem aufeinanderplagen lassen. Denn mit Leuten, die im Notfall auch anders können, sind keine Schlachten zu gewinnen.“

In welcher Weise, in welchem Sinne die „sozialdemokratische Parteileitung“ nun wieder die „Hungerpeitsche“ über die sechs Redakteure geschwungen haben soll, darüber würde aus dem betreffenden freistündigen Schmod wahrscheinlich auch die hydraulische Presse nicht die geringste Angabe herauspressen können.

Das köstlichste jedoch bei der Sache ist das folgende Bild: bürgerliche Tintenkulis, gebungene „Rechts- und Linksreiter“ eines Rosie oder eines Scherl reden von der „Hungerpeitsche“, die der sozialdemokratische Vorstand über sozialdemokratische Redakteure schwingt! ... Es fehlt nur noch, daß Inhaber gewisser Häuser sich über den Verfall der „öffentlichen Moral“ enträsten. —

### Die Reichstagsersparwahl im Wahlkreis Bonn-Rheinbach.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumsparthei beschloß einstimmig die Wiederaufstellung des zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel ernannten bisherigen Vertreters Spahn. Der Oberkühändler ist 1903 mit 15 900 Stimmen von insgesamt 20 000 abgegebenen Stimmen in den Reichstag gewählt worden; es besteht also keine Gefahr, daß die Regierung künftig auf die erprobte Kraft dieses liberalen Regisseurs verzichten möchte.

Unsere Parteigenossen stellten als Kandidaten den Genossen Dr. Erdmann aus Köln auf. Der Wahlkreis Bonn-Rheinbach ist fast ganz ländlich. Der einzige Ort mit nennenswerter Parteibewegung ist Bonn. Von dort aus muß die ganze Bearbeitung des vollständig katholischen, sehr ausgedehnten Kreises betrieben werden. Trotz der schwierigen Verhältnisse geht es aber auch in Bonn-Rheinbach vorwärts; stieg doch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Wahl von 479 auf 1610. — Die Ersparwahl findet am 17. Januar statt. —

### Sozialdemokratische Anträge im badischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Anträge und Interpellationen im badischen Landtag eingebracht:

1. Eine Interpellation über die Fleischnot.
2. Einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der sogenannten Fleischsalze, einer badischen Sondersteuer auf Schlachtvieh, die jährlich zirka 800 000 M. trägt.
3. Einen Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen an die im Staatsdienste Beschäftigten Arbeiter, unteren und mittleren Beamten sowie Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen.
4. Eine Interpellation über die geplanten neuen indirekten Reichsteuern, die Tabaksteuer, Biersteuer, Quittungs-, Frachtbrief-, Fahrkartensteuer.
5. Eine Interpellation über den Stand der Arbeiterlammfrage.
6. Einen Antrag, für alle Gemeindevahlen derart das Wahlgeheimnis zu sichern, wie es jetzt bei der Reichstags- und badischen Landtagswahl der Fall ist, ferner die Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag stattfinden zu lassen.
7. Einen weiteren Antrag, Schöffnen und Geschworenen Tagelöhner zu gewähren und endlich
8. Einen Gesetzentwurf, der bezweckt, den Verwaltungsbehörden die polizeiliche Strafbefugnis zu entziehen und dieselbe ausschließlich den ordentlichen Gerichten vorzubehalten.

Die Sozialdemokraten sind als erste mit ihren Anträgen zur Stelle, hoffentlich gelingt es, wenigstens die Interpellationen vor Weihnachten noch zu erledigen.

Bei der Wahlsprüfung im badischen Landtag wurden 8 Wahlen beanstandet. Davon dürften bis vier sicher für ungültig erklärt werden. Die Sozialdemokraten haben Aussicht, dann noch 2 Kreise zu erobern. —

### Bayrischer Landtag.

München, den 14. Dezember 1903. (Privatdepesche, des „Vorwärts“.) In der Abend Sitzung der Abgeordnetenkammer gab bei der Beratung des Justizetats der Justizminister auf eine Anfrage folgende Erklärung ab:

„Nach dem Beschlusse der Konferenz, welche vor wenigen Tagen abgeschlossen worden ist, ist eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften über die Schwurgerichte nicht zu besorgen. Ich kann noch weiter mitteilen, daß Aussicht dafür besteht, daß auch die Wiedereinführung der Verurteilung in dem kommenden Entwurf einer neuen Strafprozessordnung enthalten sein wird.“ —

Fleischnot gibt's nicht. In Nürnberg hat der Konsum von Pferdefleisch derart überhand genommen, daß die Räumlichkeiten im Schlachthofe nicht mehr ausreichen, so daß sich der Magistrat veranlaßt sah, die Errichtung eines neuen Pferde-Schlachthaus ins Auge zu fassen, dessen Kosten auf 180 000 M. veranschlagt sind. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Ein Sieg Doumers.

Die Kammer hat am Dienstag mit einer knappen Majorität den Antrag der Linken abgelehnt, der die Regierung verpflichtete, die Frage der öffentlichen Wahl des Kammerpräsidenten noch vor Ablauf der Session zur Erledigung zu bringen. Diese Abstimmung ist eine sehr empfindliche Niederlage der „fortgeschrittenen Republikaner“ und ein erstes Warnungssignal für die Wahl des Präsidenten der Republik. Die Republikaner dürfen sich über die Gefahr auch nicht damit hinwegtäuschen, daß die starke republikanische Mehrheit des Senats die gestrige Stimmendifferenz in der Deputiertenkammer stark überwiegt. Wenn in der offenen Abstimmung sozial sogenannte Republikaner mit der Rechten gegangen sind, wieviel werden erst bereit sein, in der geheimen Wahl Doumer ihre Stimme zu geben! Am Dienstag stimmten für die Ablehnung des Antrages vom ehemaligen „Mod“ außer etlichen Leuten der demokratischen Union die radikalen Sezessionsisten wie Vos und Vaudin, die schon Combes in den Rücken gefaßt sind. Ebenso stimmte Herr Millerand, der damit seine Waffenbrüderschaft mit Doumer offen erklärt hat. Man sieht, wie tief die politische Korruption eingefressen hat. Das wirksamste Mittel dagegen, die demokratische Kontrolle des Landes, ist beseitigt — wer vermöchte da den Ernst der Situation zu verkennen? —

Ein Sachverständiger. Prinz Viktor Napoleon, der sich augenblicklich in London aufhält, hat an den Abgeordneten de Grand einen Brief gerichtet, worin sich der Prinz über das Trennungsgesetz ausspricht und erklärt, es sei eine Torheit der französischen Regierung, das Konstantinot gefändigt zu haben, welches den Frieden gewährleistet. —

### Dänemark.

#### Im Dienst des Jaren.

In Nr. 273 des „Vorwärts“ wurde mitgeteilt, daß im Kopenhagener Hafen eine nach Finnland bestimmte Sendung Munition von der Polizei mit Beschlag belegt worden war. Diese geschuldige Munition konnte jedoch nicht aufrechterhalten werden, und nach längeren Verhandlungen mit den Behörden sind die Waren wieder freigegeben worden. Dadurch hat sich jedoch die Polizei

nicht abhalten lassen, am Dienstag, und zwar wiederum auf „höheren Befehl“, eine nach Finnland bestimmte Sendung Munition in Beschlag zu nehmen. Es handelt sich um 208 Kisten scharfer Patronen, die mit dem Dampfer „Prägel“ von Havre in Frankreich angekommen waren. Sie waren als Transitgüter bezeichnet. Wahrscheinlich wird die Polizei ihre Liebedienerei für den russischen Despotismus hinter dem Vorwand zu verbergen suchen, daß die Munition im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig sei.

Uebrigens scheint es, daß jetzt auch russische Polizeibeamte in der dänischen Hauptstadt eine sehr rege Tätigkeit entfalten. Der Kopenhagener Korrespondent von „Auföbings Dagblad“ schrieb seinem Blatt am 7. Dezember, daß in der letzten Woche fast täglich eine Menge russischer Flüchtlinge in Kopenhagen angekommen seien. Viele hätten sich hier vorübergehend niedergelassen, während andere eiligt weiter nach der Schweiz oder nach Amerika reisten, weil sie glaubten, dort sicherer zu sein.

„Aus diesem Anlaß“ so fährt der Korrespondent fort, „hat die russische Geheimpolizei hier am Orte viel zu tun gehabt, um zu untersuchen, inwieweit sich unter den Flüchtlingen verdächtige Personen befinden, die man nicht passieren lassen darf. Aber nach ist, soweit wir erfahren haben, keine Verhaftung vorgenommen worden.“

Die Freiheit der russischen Regierung draußen scheint auch durch die härtesten Prügel im eigenen Lande nicht besiegt zu sein. —

### Norwegen.

#### 1000 Arbeitslose vor dem Storting und dem König.

Arbeitslosendemonstrationen gehören seit einigen Jahren in der norwegischen Hauptstadt zu den in jedem Winter ein paarmal wiederkehrenden Ereignissen. Man hat dem Volke erzählt, daß durch die Vorkriegszeit von Schweden und durch das „nationale“ Königtum eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eintreten würde, und mancher arme Schlucker, ja mancher Handwerksmeister hat bei der Volksabstimmung für den König gestimmt, um durch die Einzugserleichterungen wenigstens vorübergehend Arbeit und Verdienst zu erlangen. Für einige Tage war die Arbeitslosigkeit fast verschwunden. Aber nun droht das Elend härter als je zuvor über die Arbeiter hereinzubrechen.

1000 Arbeitslose zogen am Montagvormittag durch die Straßen der Stadt nach dem Stortingengebäude und von dort nach dem Schloß des neuen Königs. Vor der Präzidentenschaft des Storting erschien eine Deputation von 5 Mann und überreichte das Gesuch der draußen wartenden Menge. Vielen der Arbeitslosen ist der Verdienst des Sommers entgangen, weil sie als Soldaten auf der Grenzwaacht waren wegen der vermeintlichen Kriegsgelüste Schwedens. „Nun fordern wir als Ersatz für diese Grenzwaacht“ so schließt das Gesuch, „daß uns bald Arbeit zugewiesen wird, damit wir unsere Familien erhalten können.“ Wie im vorigen und im vorvorigen Jahre, antwortete der Stortingpräsident auch diesmal, daß das Gesuch sofort dem Storting überwießen und beraten werden solle.

Dieselbe Deputation wurde vom König empfangen, dem sie folgende Adresse überreichte:

„Ihrer König! Helfen Sie uns in unserer Not und veranlassen Sie die Staatsbehörden, uns Arbeit zu verschaffen; tausende von Arbeitern vergehen sonst vor Hunger.“

Der König dankte den Arbeitslosen, daß sie zu ihm gekommen. Aber, sagte er, als konstitutioneller König dürfe er nichts anderes tun als seine Räte auffordern, das Storting um Hilfeleistung zu ersuchen. Er wolle jedoch alles, was er könne, tun und hoffe, daß man Mittel zur Binderung der großen Not finden werde. —

Die Arbeitslosen von Kristiania sind in ihrem Mitleiden nicht wählerisch. Wandten sie sich doch Anfang dieses Jahres trotz der gerade in Kristiania weilenden, damals noch schwedisch-norwegischen Kronprinzen um Hülfel! Natürlich wurden ihnen auch damals unverbindliche Versprechungen zuteil, die keinen fatt machten. —

### Niederlande.

#### Ein Minister, der eine faule Sache verteidigt.

Die holländische Regierung hat, wie wir sehnertzt mitteilten, im Oktober dieses Jahres eine Kommission ernannt, die über die zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts notwendigen Verfassungsänderungen beraten soll. Diese Kommission wurde aber derartig zusammengesetzt, daß der Gedanke nahe liegt, als habe sie eigentlich die Aufgabe, das allgemeine Wahlrecht von vornherein für die herrschenden Klassen unschädlich zu machen. Diefem Gedanken gab auch unser Genosse Schaper bei der allgemeinen Staatsdebatte der Zweiten Kammer Ausdruck, und der Minister des Innern Vink sah sich genötigt, darauf zu antworten. Es gelang ihm aber so schlecht, diese faule Sache zu verteidigen, daß er nicht als einen allgemeinen Lacherfolg erzielte. Er erklärte, daß die Regierung eine kleine, stille Kommission haben wollte, und daß sie die Methode befolgt habe, nicht eine politische Kommission zu ernennen. Zwar hätte man die Politik nicht ganz ausschließen können, doch sollte sie nicht die Oberhand haben. Für die Arbeit der Kommission sei es besser gewesen, nicht die Führer der politischen Parteien zu ernennen; sonst hätte man sicherlich auch an Troelstra oder Taf gedacht.

Die Liberalen, die bei Ernennung der Kommission ebenfalls übergegangen wurden, suchte der Minister mit dem Hinweis zu trösten, daß das liberale Kommissionsmitglied Hofman an der liberalen „Freien Universität“ studiert und eine Dissertation über das Kirchen-eigentum verfaßt hat!

Selbstverständlich können die dummen Ausreden des Ministers nicht den Verdacht beseitigen, daß diese „unpolitische“ und, wie er noch besonders betonte, „sachverständige“ Kommission auf einen Wahlrechtsbetrug hinarbeiten soll. Sache der holländischen Arbeiterschaft wird es sein, sich trotzdem das allgemeine Wahlrecht unterkürzt zu erkämpfen.

### Amerika.

Der Streit um den Bürgermeisterposten von New York scheint für Hearst nicht sehr günstig zu stehen. Bei der Durchsicht der als ungültig erklärten Wahlzettel hat er nur wenige Stimmen gewonnen. Mc. Clellans Advokaten wehren sich dagegen, daß die Wahlurnen mit den als gültig gezählten Stimmen wieder geöffnet werden. Nun hat Hearst eine Entscheidung des Appellhofs des Obergerichts vom Staate New York erwirkt, nach welcher er das Recht hat, eine Durchsicht aller abgegebenen Stimmen vorzunehmen; aber die Advokaten finden immer neue Mittel, den Streit in die Länge zu ziehen. Bei der ungeheuren Zahl von Wahlurnen vor und nach dem Wahltag von seiten Tammanys ist es fast unmöglich, durch die Wahlzettel den Betrug bei der Wahl festzustellen. Man weiß nicht mehr, wie viele Wähler falsch registriert worden sind oder mehrfach gestimmt haben oder bezahlt worden sind, oder wie viele Wahlzettel man absichtlich ungültig gemacht hat. Einige Tammanyleute, die den Betrug im großen organisiert hatten, wurden angefaßt, verhaftet, aber gegen sehr hohe Bürgschaft bis zum Prozeß wieder freigelassen. Sie ließen ihre Bürgschaften, bis zu 5000 Dollar, im Stich und entflohen. — Man glaubt fast überall, daß Hearst gewählt worden ist, aber er wird es nicht beweisen können. Die „New Yorker Volkszeitung“ ist derselben Meinung und sagt, es wäre Hearsts Glück; denn er sei dadurch der Aufgabe entkoben, sich der arbeitenden Bevölkerung als wirklicher Freund zu zeigen.

Die „Liga für Municipalisierung öffentlicher Betriebe“, an deren Spitze Hearst steht, ist durch die hohe Stimmengzahl, die ihr Kandidat erzielte, zu Ansehen gekommen und versucht, ihre Position zu härten. Sie hat sich an die Staatslegislatur gewandt, um der Stadt New York alle Wege zu ebnen und alle Rechte zu sichern für die Einrichtung von städtischen Werken für Gas und elektrisches Licht und für die Uebernahme der Straßenbahnen. Ebenso werden größere Garantien für die Reinheit und Sicherheit bei den städtischen Wahlen verlangt. — Hearst selbst ist eifrig mit an der Arbeit, um die Liga zu einer einflußreichen Gesellschaft zu machen. —



# Gewerkchaftliches.

## Ein Breslauer Urteil.

Wegen eines angeblichen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung wurde der Genosse Klüh als Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ zu einem Tag Gefängnis verurteilt.

Das Urteil ist so milde, daß man an seiner Breslauer Herkunft verzweifeln möchte, wenn man nicht die näheren Umstände kennt. Klüh soll nämlich ins Gefängnis gehen, weil er eine Warnung vor Zugung in folgender Form brachte:

„Die Kollegen (nämlich die Holzbildhauer) werden er sucht, jede Arbeit für Anoske zurückzuweisen.“

Die „Volkswacht“ in Breslau, die an diesem Urteil mitwirkten, müssen in völliger Unkenntnis von der Bedeutung des § 153 der Gewerbeordnung gehandelt und den vorliegenden Verurteilung überstimmt haben. Anders ist ein solches Urteil nicht erklärlich. Der § 153 verbietet nicht die Aufforderung zur Teilnahme an Verabredungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern den Zwang zu einer solchen Teilnahme durch Drohungen, Ehrverletzungen, Berrufserklärung usw. Das vorliegende Breslauer Urteil aber macht jede gewerkchaftliche Aktion unmöglich, hebt den § 153 der Gewerbeordnung auf. Diese Konsequenz kennt auch der Verurteilte zweifellos, wenn sie selbst seinen Richtern fremd geblieben sein sollte. Wenn deswegen irgend welche Interessenten darauf spekulieren sollten, daß die geringe Strafe ihn abhalten könnte, gegen das Urteil zu appellieren, dürften sie sich verrechnen haben.

Das neueste Breslauer Urteil dürfte der Prüfung einer höheren Instanz — sei es selbst einer Breslauer — kaum standhalten und dürfte der Arbeiterbewegung nicht mehr Beschwerde verursachen, als ein Sandkorn einer Filzmaschinen!

## Berlin und Umgegend.

### Achtung! Klavierarbeiter!

Gegenüber den Mitteilungen von anderer Seite, daß zurzeit in den meisten Betrieben der Klavierbranche Überstunden gemacht werden, können wir auf Grund unserer Feststellungen bekannt geben, daß das durchaus nicht zutrifft. Wohl haben die Unternehmer an die Kollegen dieselben das Verlangen gestellt, aber freierabend zu arbeiten, doch ist dies in den meisten Fällen zurückgewiesen worden. Allein in der letzten Vertrauensmännerversammlung konnten wir annähernd 30 solcher Betriebe zählen, wo die Kollegen die geforderten Überstunden verweigert haben. Nur bei einer kleinen Anzahl von Firmen wird über Feierabend gearbeitet und dort in fast allen Fällen nur von einem Teil der Beschäftigten. Wir erfahren alle Klavierarbeiter, die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes sind, sich durch nichts in ihrem Verhalten beirren zu lassen und auch weiter in jedem Falle Überstundenarbeit, gemäß den Beschlüssen ihrer Organisation, strikte zu verweigern.

### Die Branchenleitung des Holzarbeiter-Verbandes.

Zur Beschlusse des Verbandes deutscher Gastwirtsgehülfen sei richtig gestellt, daß Herr Gastwirt Wienthal, Adlerstr. 123, seine Arbeitskräfte bisher vom kostenlosen Arbeitsnadausnahm.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Gastwirtsgehülfen.  
J. A.: Fr. Braun.

## Deutsches Reich.

### Gewerkchaftliche und politische Arbeiterbewegung.

Das Hamburger Gewerkschaftskartell hatte zum Mittwochabend eine Versammlung von Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorständen einberufen, in welcher eine noch nicht zum Abschluß gelangte Aussprache über das Verhältnis der gewerkchaftlichen zur politischen Arbeiterbewegung erfolgte. Die Kartellkommission empfahl folgende Resolution zur Annahme:

Die heute, am 13. Dezember, bei O. Springborn tagende Versammlung der Kartelldelegierten und Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände von Hamburg-Altona erklärt:

In Erwägung, daß eine erfolgverheißende Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren sozialen Begleiterscheinungen, als das sind: Lohnreduktionen, Unterdrückung der Koalition durch Aussperrungen usw., eine starke und finanziell gut fundierte Gewerkschaftsorganisation zur unerlässlichen Voraussetzung hat, um die wirtschaftliche Position der Arbeiter zu heben und zu kräftigen;

in Erkenntnis dessen, daß das Erregene durch den gewerkchaftlichen Kampf allein nicht gefördert und in erheblicher Weise weiter gefördert werden kann, es hierzu vielmehr der geschlichen Festlegung desselben bedarf, hält die Versammlung daher auch im Emanzipationskampf des Proletariats die politische Bewegung für ebenso notwendig wie die gewerkchaftliche;

in fernerer Erwägung, daß alle bürgerlichen Parteien der Arbeiterbewegung politisch feindselig gegenüberstehen und nur die Sozialdemokratie als die einzige Vertreterin der Arbeiter auf politischem Gebiet betrachtet werden kann, beschließt die heutige Versammlung:

Es ist Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, sich den sozialdemokratischen Vereinen von Hamburg-Altona anzuschließen und eine rege Agitation für dieselben zu entfalten.

Genosse Lütz (Holzarbeiter) vertrat die in der Resolution niedergelegten Anschauungen und bekämpfte scharf den Neutralitätsstandpunkt; ferner wies er auf das Mißverhältnis hin, das in der Zahl der gewerkchaftlich gegenüber der politisch organisierten Arbeiterkraft von Hamburg-Altona zum Ausdruck kommt. Von dem Ende 1904 dem Kartell angeschlossenen 51 300 Arbeitern gehören nur 15 300, noch nicht ganz 30 Proz., der politischen Organisation an. (Oder! hört!) Genosse von Elm vertrat dagegen den Standpunkt der Neutralität. Zunächst müsse man die indifferenten Arbeiter zu Gewerkschaftern machen, dann zu guten Sozialdemokraten, indem man die Gewerkschaften mit dem Geist befehle, von dem sie erfüllt sein müßten. In der Sache welche er von dem Referenten nicht ab, nur in der Frage der Taktik. Da vertritt er die Anschauungen des Genossen Sebel, den doch niemand für zahm halte. Die weitere Debatte wurde vertagt.

Bei den Arbeiterauswahlen im Ruhr-Revier „sagen“ die Christlichen in der bisherigen glanzvollen Weise weiter. Nur auf Beche „Bergmann“ haben sie nicht gesiegt, denn auf dieser Beche hat auch nicht ein Mann gewählt.

### Sum Streit auf Beche „Wienbahlbank“.

Lortmund, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Heute früh 9 Uhr waren die Delegierten der Streikenden zu einer Konferenz auf das Oberbergamt geladen. Der Vertreter der Bergbehörde erklärte unumwunden an, daß die Löhne der Schlepper und Pferdeträger auf „Wienbahlbank“ zu niedrig seien. Er habe auch mit der Direktion der Beche verhandelt, welche eine Aufbesserung versprochen habe. Er müsse aber dringend empfehlen, daß die Streikenden morgen früh die Arbeit wieder aufnehmen. An einer

Versammlung der Streikenden, die heute abend stattfindet, wolle er teilnehmen. Dann möge man nur alle Mißstände vortragen, soll aber streng bei der Wahrheit bleiben. Vorausichtlich wird morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

## Rusland.

### „Die passive Resistenz“.

Aus Mährisch-Ostera meldet ein Telegramm: Auf dem hiesigen Bahnhof der Kaiser Ferdinand-Nordbahn sind die Unterbeamten und Bediensteten auf Weisung des Wiener Organisationsbureaus in die passive Resistenz eingetreten. Falls die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium bis Sonnabend nicht von Erfolg begleitet sind, werden am Sonntag sämtliche Beamte und Angestellte der Privatbahnen in die passive Resistenz eintreten.

## Versammlungen.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft hielt am Sonntag im „Mosenhauer Hof“ ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Zunächst erörterte die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Mitglieder Böhmmer und Bendor durch Erheben von den Sitzen. Darauf gab Jedler den Bericht der Ortsverwaltung. Das ganze Quartier, so bemerzte der Redner, habe für die Metallarbeiter gewissermaßen im Feinden der Gärung gestanden. Einer Differenz mit den Arbeitgebern folgte die andere. Bei den Firmen Bergmann, Schwachluff, Etod, Ahrend galt es, entweder Lohnreduktionen abzuwehren oder die Arbeitsverhältnisse ein wenig aufzubessern. Auch bei der Erneuerung des Kohlepretarifs habe die Gewerkschaft für ihre Teil mitgewirkt. Prozentual am härtesten sei die kleine Organisation jedoch bei der Aussperrung in der Elektro-Industrie beteiligt gewesen, nämlich mit 456 männlichen und 34 weiblichen, zusammen also 490 Mitgliedern mit 488 Kindern. In Streikunterstützung wurden für diese gezahlt 17 140 M. Das sei gewiß eine gute Leistung der Organisation. Als besonders erfreulich könne es hierbei bezeichnet werden, daß eine erhebliche Zahl der ausgesperrten Mitglieder von vornherein auf jede Unterstützung verzichtet habe. Selbst eine Anzahl der nur sehr gering entlohnten Hilfsarbeiter hätten sich sofort andere Arbeit gesucht, damit ihr Unterhaltungsbeitrag anderen Aussperrten zugute kommen solle. Dieser Zug beweise, daß die Erziehung zum Idealismus in der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ bereits gute Früchte zeitige. Die Einsicht, daß derartig frivolen Aussperrungen von so enormer Ausdehnung mit Geldmitteln der Gewerkschaften auf die Dauer doch nicht entgegenwirken könne, gewinne immer mehr an Boden, und es stehe zu erwarten, daß sich bei künftigen Aussperrungen der Idealismus, wie er sich hier in dem Verzicht auf Unterstützung geäußert habe, in noch hellerem Lichte zeigen werde. Aber noch in anderer Beziehung sei das Verhalten der sogenannten lokalorganisierten Gewerkschaften während dieser Aussperrung entgegen dem Verhalten der großen Zentralverbände als vorbildlich zu bezeichnen: nämlich in der Betätigung der freien Solidarität. Welcher Kontrast in der Ausbringung der Geldmittel bei der kleinen Metallarbeiter-Gewerkschaft und dem großen Metallarbeiter-Verband! Noch stets hätten die Vertreter des großen Verbandes ruhredig mit ihrem noch größeren Geldsack geknurr und in allen Konzentrien den rettungslosen Untergang der kleinen Gewerkschaft prophezeit, sobald diese einmal bei einer „nennenswerten“ Aussperrung ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Nun, die Aussperrung in der Elektro-Industrie sei gewiß eine sehr nennenswerte gewesen, und die Gewerkschaft sei dabei verhältnismäßig härter in Mitleidenschaft gezogen worden, wie der Verband. Trotzdem habe die kleine Gewerkschaft dank des Prinzips der freien Solidarität die erforderlichen Geldmittel ohne jede Schwierigkeit zusammengebracht, während der große Metallarbeiter-Verband recht wehleidig vor seinem zwar sehr großen, aber auch sehr leeren Geldsack sah und Trübsal blasen mußte. Der großen Erbe in dem Geldsack des Verbandes, das heiße, dem ganzen, den Idealismus der Massen so nachteilig beeinflussenden Geld- und Unterstützungssystem in den Zentralverbänden, sei es zuzuschreiben, daß diese Aussperrung mit einer Niederlage der Arbeiter geendet habe. Sämtlicher hätte es auch nicht kommen können, wenn die maßgebenden Organisationen gleich anfangs zur energischen Offensive übergegangen wären. Aber jede Aktionsfähigkeit sei bei den Verbänden gelähmt, wenn sie nicht vor einer gefällten Klasse ständen. Da gewähre das Prinzip der freien Solidarität doch einen ungleich größeren Rückhalt; denn einmal bewahre es die Organisationsleitung vor unnützem Kochen auf den Geldsack, ferner sei aber auch das benötigte Geld besser zusammenzubringen.

Auch für den Metallarbeiter-Verband würden die erforderlichen Mittel zum notaus größten Teil eingekauft sein, wenn dieser sofort eingestanden hätte, daß Erbe in seiner Klasse sei und er die freie Solidarität appelliert haben würde. Statt dessen habe sich der Verband wie immer aufs hohe Pferd gesetzt, um sich dann zum Schaden der Aussperrten in eine läppliche Defensivnote zu begeben, und erst später, als die Niederlage da war, Heilauflauf einzusetzen, daß er aus gänzlichem Mangel an Mitteln an eine energische Kampfführung nicht habe denken können. So habe aber auch der Verlauf dieser Aussperrung wieder gezeigt, daß die stets als so besonders weise gepriesene Taktik der großen Verbände sehr reformbedürftig sei. Die kleine Metallarbeiter-Gewerkschaft aber könne getroffen Mutes in die Zukunft blicken. — Redner berichtete dann weiter, daß der Arbeitsnadausweis der Organisation verhältnismäßig gut funktioniere. Ferner seien 6 Mitglieder ausgeschlossen worden, davon zwei Arbeiterinnen wegen Denunziation einer Kollegin und ein Arbeiter wegen Spalierstehens. In der Diskussion schloß sich Schlenker den Ausführungen Jedlers an und ergänzte dieselben noch in bezug auf die Aussperrung. — Wiesner erregte sodann mit, daß der Kostenbericht in dieser Versammlung noch nicht gegeben werden könne, weil die Abrechnung wegen der aus der Aussperrung resultierenden Arbeitsüberlastung der Revisoren nicht rechtzeitig fertig geworden sei. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß den Vertrauensleuten Abzüge der Abrechnung zugestellt werden, sobald dieselbe abgeschlossen ist. Es folgten hierauf die Wahlen der Funktionäre. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter Schröder; als Geschäftsführer Jedler; als Kassierer Wiesner; als Schriftführer Grünberger und Deder; als Hilfskassierer für den Norden Wötter und Hense, für den Süden Scholz; als Revisoren Schmidt, Buth und Schätt; als Beisitzer zum Hauptvorstand Räden, Deder, Jurtert, Kimbs, Veese und Hempel; in die Prehkommission des Fachorgans „Solidarität“ Grath, Schmidt, Wohl, Grothe und Timm; in die Bibliothekskommission Riefenberg, Jurt, Grlach, Kübber und Hoffmeister; und als Expedient Grünberger. — Beschlossen wurde sodann, der Verwaltung die Aufnahme der ehemaligen Schöningischen Arbeitswilligen jetzt zu gestatten, nachdem diese ihren vor fast drei Jahren begangenen Fehler längst eingesehen und wiederholt um Aufnahme in die Organisation ersucht haben. In der Debatte hierüber kam allgemein zum Ausdruck, daß den betreffenden Kollegen mißerbende Umstände für ihr damaliges Verhalten zugubilligen seien, weil sie in der Hauptsache nur dadurch, daß der Metallarbeiter-Verband seinen Mitgliedern damals die Anfertigung von Streikarbeit gestattet hatte, zum Arbeitswilligendienst benommen worden seien. Ferner wurde beschlossen, dem Geschäftsführer vom 1. Januar 1906 ab das Gehalt auf 180 M. pro Monat zu erhöhen. Einverstanden war die Versammlung auch damit, daß für den Bezirk Ober-Schöneweide eine Bibliothek eingerichtet wird und wurden 200 M. zu diesem Zweck bewilligt. Zum Schluß wurde noch dringend der Ausbau der Branchenorganisation empfohlen. Ueber den Punkt „Agitation“ soll demnächst in einer besonderen Versammlung eine Aussprache erfolgen.

Die Treppengeländerarbeiter beschäftigten sich am Dienstag in einer gut besuchten Branchenversammlung mit den Verhältnissen

bei der Firma Joseph Drechsler. Der Referent Dahle führte aus: Die Unternehmer hätten schon bei der Regelung der Jahrgeldfrage gezeigt, daß ihnen der im Frühjahr abgeschlossene Tarifvertrag nicht genehm sei. Später habe dann die Firma Drechsler ein Verhalten gegen die Arbeiter an den Tag gelegt, welches sich gleichfalls nicht mit dem Vertrage vereinbaren lasse. Im vergangenen Sommer sei bei Drechsler ein Zwischenmeister eingeteilt, durch dessen Tätigkeit die ohnehin schon ungünstigen Verhältnisse der Arbeiter noch weiter herabgedrückt worden wären. Es handele sich um eine ungeheure Anspannung der Arbeitskräfte, hervorgerufen und gesteigert durch planmäßige Antreiberei. Schließlich hätten sich die Arbeiter geweigert, mit dem Zwischenmeister zusammen zu arbeiten. Die Arbeit sei auch niedergelegt, aber bald wieder aufgenommen worden, weil der Unternehmer die Entlassung des unliebsamen Zwischenmeisters zusagte. So sei über diesen Konflikt eine Einigung erzielt worden. Als dann aber die Konjunktur nachließ, habe Herr Drechsler die Vertrauensleute sowie andere organisierte Arbeiter gemahngelt. Er habe dann durch Vermittelung des katholischen Gesellenvereins den Betrieb mit christlichen Arbeitern zu besetzen versucht. In der Schlichtungskommission hätten die Unternehmer dieses Verhalten ihres Kollegen Drechsler gerechtfertigt, indem sie sagten, er habe das Recht, seinen Betrieb zu reinigen. Die Arbeiter seien jedoch der Ansicht, daß das Verhalten der Firma Drechsler gegen den Vertrag verstoße, und daß sie demnach auch nicht mehr an den Vertrag gebunden seien.

Ueber die Angelegenheit wurde lange und lebhaft diskutiert. Ein Vertreter der Firma Drechsler, der als erster Diskussionsredner sprach, bestritt nicht die angeführten Tatsachen, stellte sie aber in einem für die Firma günstigen Lichte hin und suchte dieselbe in jeder Hinsicht zu verteidigen. — Die zahlreichen Diskussionsredner aus den Reihen der Arbeiter waren dagegen einer Meinung in der Beurteilung des Vorgehens der genannten Firma. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung erklärt nach Prüfung der Sachlage, daß die Firma Joseph Drechsler sich durch Wahrung der von Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes resp. Werkstattovertrauensleuten des Vertragsbruchs schuldig gemacht hat. Da der Fall in der Schlichtungskommission nicht erledigt werden konnte, so steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß ein Vertrag, der zwischen zwei Organisationen abgeschlossen ist, von beiden Seiten unbedingt gehalten werden muß. Wenn ein Mitglied der einen Organisation den Vertrag nicht hält, dann sind auch die Mitglieder der anderen Organisation nicht mehr an den Vertrag gebunden. Die Versammlung ermahnt von den in der Werkstatt von Joseph Drechsler beschäftigten Kollegen, daß sie nach diesem Grundsatz handeln.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 10. Dezember in den „Industriefällen“, Weichstr. 20, eine außerordentliche Versammlung ab. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten hielt Genosse Alfred Schröder einen Vortrag über das Thema: Was lehrt uns der Kampf in der Elektro-Industrie? — Die Ausführungen des Redners wurden beifällig aufgenommen. In der folgenden lebhaften Debatte stimmten alle Redner in wesentlichen dem Vortragenden zu.

Der Vorsitzende Juppenlah berichtete dann über das Ergebnis der veranstalteten Erhebung. 1882 Fragebogen gingen ein. Vereinsmitglieder wurden beschäftigt bei 450 Arbeitgebern (1904 bei 443). Die Statistik betraf 918 Arbeitsstellen, während 1904 nur 721, 1903 nur 646, 1902 nur 612 betroffen wurden. — Die Intensität der Arbeit ist fortgeschritten. Beschäftigt wurden diesmal auf den 918 Arbeitsstellen 4584 Zimmerleute. Obwohl voriges Jahr zu gleicher Zeit nur 4043 feststellt wurden, ist diesmal die Arbeitslosigkeit doch größer, ein Beweis für den erheblichen Zugang von Zimmerleuten. (Paukonjunktur war gut.) Es arbeiteten auf 208 Holzplätzen 1836, auf Holzbauten 1273, auf Ausbauten 1432 und in Fabriken 43 Zimmerleute. Auf sieben Arbeitsstellen fehlten nach der Statistik die Unterkunftsräume. Darin fehlten auf 47 Baustellen die Fußböden, auf 78 Baustellen die Fenster und auf 83 Tische und Bänke. Auf 223 Arbeitsstellen war kein Verbandelassen. Aborte fehlten nicht. Bezüglich der Innehaltung der Arbeitszeit wurden alle Fragen gut beantwortet. Redner meint aber, es würde in bezug auf Unpünktlichkeit bei Schluß der Arbeitszeit noch genug gefündigt, indem wahrheitsgemäß die Uhren der Poliere abends öfter nachgingen. Die Kameraden müßten selber mehr auf Pünktlichkeit sehen. — Im königlichen Schloß wird die vertragmäßige Arbeitszeit nicht eingehalten. — In „Verschiedenen“ wurde die Frage erörtert, ob und wie diesmal, wo der Vortrag von Weihnachten ein Sonntag sei, die Vertragsbestimmung zu beachten wäre, wonach an den Vorlagen der großen Feste noch eine Stunde früher Feierabend sei wie sonst am Sonnabend. Der Vorsitzende regte an, am Sonnabend vor Weihnachten nach der Bestimmung zu handeln. —

## Eingegangene Druckschriften.

Werde gesund! Heft 12. Herausgeber Dr. med. G. Lieke. Monatlich ein Heft. Preis vierteljährlich 75 Hg. Verlag: Th. Krüsch, Erlangen. Staats-Kredit. 20 Seiten. Verlag: Carl Heimig, Berlin W., Unter den Linden 3.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine neue Aussperrung.

Kostka, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Auf der Reptunwerft in Kostka wurden heute 1600 Arbeiter ausgesperrt. Im Betriebe arbeiten nur noch die Reisser und Lehrlinge.

### Die Berg-Gewerbegerichtswahl.

Böhm, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Bergarbeiter-Verband erhielt bei der Wahl 65 Stimm, der Gewerksverein 14, Polen und Fachsenpartei je 2 Beisitzer. Aus drei Parteien fehlt noch das Resultat der Wahl.

### Beruhigungslügen.

Petersburg, 14. Dezember. (Ueber Ebdtkuhnen, von einem Privatkorrespondenten.) Die Meldung einiger Blätter, daß infolge des Abschlusses der Einlagen des Publikums und der Einschränkung der Auslandskredite hiesige Privatkontokorrentbanken genötigt gewesen wären, ihre Diskontogeneration einzustellen, zumal sie keine Unterstützung seitens der Staatsbank fanden, ist eingezogener Information unbegründet. Unter dem Druck des gestörten Normalganges des Handels und der Industrie, hauptsächlich unter der Wirkung des Post-, Telegraphen- und des verangegangenen Eisenbahnstreiks sowie der zeitweiligen Unterbrechung der normalen Tätigkeit einiger Fabriken legen unsere großen Banken eine gewisse Zurückhaltung bei der Eröffnung von Krediten an den Tag. Es sind sogar Anzeichen vorhanden, daß das Publikum sich zu bezüßigen beginnt.

### Matrosenrevolte auf dem „Zefarewitsch“.

Colombo (auf Insel Ceylon), 14. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Von der Besatzung des russischen Kriegsschiffes „Zefarewitsch“ meuterten hier 100 Mann. Nachdem vom Land militärische Hilfe erbitten, wurden 60 Mann an Land gebracht, worauf der „Zefarewitsch“ seine Reise fortsetzte. Die Meuterer sind in dem Heim für Matrosen und Soldaten untergebracht, wo sie voraussichtlich bis zur Ankunft anderer russischer Kriegsschiffe verbleiben werden. Die Meuterer verhalten sich ruhig. Sie belagern sich über zu harte Anstrengung, da das Schiff nicht volle Besatzung gehabt habe.



Reichstag.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Sojadowsh, v. Zirzig, Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Handelsprovisoriums mit England.

Abg. Schlumberger (natl.) bedauert als Vertreter der effizienten Baumwollindustrie die Herabsetzung des Zolls auf Baumwollgarn im neuen Zolltarif; dadurch werde die deutsche, namentlich die effizienteste Baumwollspinnerei der englischen Konkurrenz gegenüber geschädigt.

Unterstaatssekretär Wermuth sucht diese Befürchtungen zu widerlegen, bleibt aber auf der Tribüne — ebenso wie der Vortredner — fast unverständlich.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Der Abg. Schlumberger hat hier als Vertreter der deutschen Baumwollindustrie gesprochen, nicht als Vertreter des deutschen Volkes. Aber aus ein großer Teil der Baumwollindustriellen hat sich sehr günstig über die Herabsetzung der Zölle auf Garn ausgesprochen. Als Vertreter der Baumwollindustrie hätte der Abg. Schlumberger seinerzeit gegen den Zolltarif stimmen sollen, das hat er aber nicht getan. Er hätte also jetzt mit seinen Schwestern lieber in sich gehen sollen, statt hier erst noch zu reden. (Beifall links.)

Darauf schließt die Debatte. Das Handelsprovisorium mit England wird in dritter Lesung angenommen. — Sodann wird der bulgarische Handelsvertrag in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die

Generaldebatte über den Etat fortgesetzt.

Abg. Graf Stolberg (L.): Von der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte ist die große Mehrheit des deutschen Volkes so überzeugt, daß die Vorlage der verbündeten Regierungen zweifellos angenommen werden wird. Ich habe nur das Wort genommen, um gegen einige Ausführungen des Staatssekretärs Grafen Sojadowsh zu polemisieren. Ich tue es ungern; denn ich schätze den Grafen Sojadowsh sehr hoch. Aber die Sache verlangt es. Er hat die interessante Frage erörtert, weshalb gerade in Deutschland im Gegensatz zu anderen Kulturlationen die Sozialdemokratie sich so rasch entwickelt hat. Er hat es zurückgeführt einmal auf die rasche Entwicklung der deutschen Industrie; darin bin ich vollkommen mit ihm einverstanden. Als zweiten Grund hat er genannt, daß in den lokalen Institutionen die Kleinlichen Gesichtspunkte des früheren Polizeistaats, die in die heutige Zeit nicht mehr passen, noch nicht ganz überwunden seien. Das will ich nicht bestreiten. Aber wenn es der Fall ist, so sind wir nicht schuld an derartigen Erscheinungen, es ist vielmehr Sache des Reichslanzlers, dafür zu sorgen, daß in den Einzelstaaten der Hofs oder die Höfe abgeschafft werden. (Sehr richtig!) Weiter hat Graf Sojadowsh gemeint, daß im Laufe der letzten 30 oder 40 Jahre die Lebenshaltung der bestehenden Klassen sich bedeutend gebessert habe und daß diese Hebung die Mühsal der Arbeiter erzeuge. Daß die Lebenshaltung der bestehenden Klassen sich gebessert hat, ist nicht zu leugnen, aber auch die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen hat sich gehoben (Lebhafte Zustimmung rechts), und zwar weit mehr als die der bestehenden Klassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten; lebhaft Zustimmung rechts.) Gemüß tritt uns ab und zu ein übertriebener Luxus entgegen (Rufe links: nur ab und zu?), aber der wird weit mehr in Berlin als in den Provinzen getrieben. Namentlich die Großgrundbesitzer Ostpreußens leben außerordentlich einfach. (Fröhliche Heiterkeit links.) Die sind schon beim Morgengrauen auf dem Felde, und ein Theaterbesuch in einer benachbarten Großstadt ist für sie ein seltenes Vergnügen. Jetzt in friedlichen Zeiten treten die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund; sollten aber wieder kritische Zeiten wie 1813 oder 1870 kommen, so würde sich der deutsche Idealismus wieder zeigen! Er zeigt sich auch jetzt bei den Soldaten und Offizieren der Schutztruppe. Dort gilt keine Genfer Konvention. Eine Nation, die eine solche Menge von idealistisch denkenden Offizieren und Mannschaften dorthin senden kann, ist noch nicht so materialistisch geworden, wie der Herr Staatssekretär behauptet hat. (Beifall rechts.)

Abg. Bedel (Soz.):

Der Abg. Gröber und verschiedene andere Herren sind im Laufe der Debatte auf die Diätenfrage eingegangen. Ich würde kein Wort darüber sagen, wenn nicht gestern der Abg. Gröber Andeutungen gemacht hätte, die ich als meine Partei gemüßigt auslegen mußte. Wir sind jederzeit für die Diäten eingetreten, aber sie sind in jedem Jahre verweigert worden aus Rücksicht auf unsere Partei. Nun hat sich aber ergeben, daß gerade diejenige Partei, gegen die sich die Diätenverweigerung in erster Linie richtete, nicht den geringsten Nachteil davon gehabt hat, während die übrigen Parteien, von denen man am leichtesten hätte erwarten sollen, daß sie die Diätenlosigkeit überwinden könnten, am meisten darunter zu leiden haben. (Sehr richtig! links.) Es ist selbstverständlich, daß sehr viele nicht in der Lage sind, Monate von ihrem Geschäft und Beruf entfernt hier in Berlin zuzubringen ohne Diätzahlung. Wenn wir einen Blick auf die Jahrzehnte zurückwerfen, so sehen wir: Die Aufgaben des Reichstags haben sich erheblich vermehrt und die Sessionen erheblich verlängert. Ich erinnere an die Opposition, die in den 60er Jahren gegen Lassalle auftrat, als er verlangte, daß der Reichstag sich mit der Lage der Arbeiter beschäftigen sollte. Alle Parteien waren darin einig, daß bei Aufgäbe der Einzelstaaten, und heute sehen Sie, welche große Zahl von sozialpolitischen Gesetzen der Reichstag seit langer Zeit beschaffen hat.

Herr Gröber hat die Notwendigkeit von Diäten auch damit begründet, daß er ausführte, man habe gehofft, mit der Diätzahlung würde man wirkliche Arbeitervertreter bekommen; denn das, was sich jetzt als Arbeitervertreter ausbebe, wären keine wirklichen Arbeiter. Das ist vollkommen richtig. Aber wenn Sie auch die Diäten zahlen, so werden Sie doch die gewünschten Arbeiter nicht bekommen, aus dem einfachen Grunde, weil — sobald ein Arbeiter überhaupt ein Mandat bekommt — er aus der Arbeit herausgeworfen wird, mag er sein, bei welcher Partei er will! Sie werden keinen Arbeiter finden, der einen sogenannten Paradiesarbeiter auf seine Kosten unterhält, der sich sieben Monate außerhalb der Arbeit befindet. — Denken Sie an den verstorbenen Herrn Stögel und auch an den jetzigen Arbeitervertreter des Zentrums, Herrn Giesberts. Herr Giesberts war Arbeiter, warum ist er es nicht mehr? Aus dem einfachen Grunde, weil er von keinem einzigen Unternehmer mehr angestellt wurde. Das liegt in dem ganzen Wesen unserer Gesellschaftsordnung, in dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

Roch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Gröber über den Kolonialetat. Es war ja nichts Neues, was er vortrug, aber aus seinem Munde war es doch interessant. Uebrigens hat sich auch hier gezeigt: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Wenn Herr Gröber hier Beschwerden über die Behandlung der Eingeborenen vorbringt, dann macht das einen ganz anderen Eindruck, als wenn wir das vorbringen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ja, aber wir haben dieselben Beschwerden schon vor zwei Jahren vorgebracht.

Der Abgeordnete Südekum hatte schon damals ausgeführt, daß man dem Samuel Maharero große Ländereien abgelassen hat, die er gar nicht abtreten konnte, auf die er gar kein Recht hatte, weil sie nicht ihm gehörten, sondern dem ganzen Stamme! Weil wir alle diese Eigentumsverhältnisse, diese rechtlichen Zustände gar nicht kennen, weil wir den Eingeborenen mit falschen Anschauungen entgegenzutreten, so ist es schon aus diesen Gründen gar nicht zu vermeiden, daß Irrtümer der Verwaltung, daß Mißstände und Un-

gerechtigkeiten entstehen, daß sich ein Groll anhäuft, der schließlich zum Aufstande führen muß. Der Herr Abg. Gröber führte aus, daß, obgleich er glaube, daß seitens der Deutschen dort manche Mißstände hervorgebracht seien, er dennoch den Ruf nach der Eingeborenen nicht billigen könne. Herr Kollege Gröber, wenn es mit den schwäbischen Bauern gemacht würde wie mit den Eingeborenen in den Kolonien, dann hätten wir wieder einen Bauernaufstand wie in den Jahren 1525 und den folgenden. Auch die schwäbischen Bauern von 1905 ließen sich nicht so behandeln wie die afrikanischen Eingeborenen. Ich will mich nun gegen die Angriffe des Herrn Reichslanzlers vom 9. Dezember dieses Jahres wenden, die er sowohl gegen meine Partei im allgemeinen als gegen den Abg. Ledebour im besonderen erhoben hat. Ledebour hatte sich bei der Beratung der Eisenbahnvorlage von Lüderichs nach Rubus energisch gegen die Art der deutschen Kriegsführung ausgesprochen. Nun hat soeben Abg. Graf Stolberg davon gesprochen, daß die Genfer Konvention nicht für die Kolonien gelte. Da haben wir die Bestätigung: Man glaubt gegen die Eingeborenen... (Rufe rechts: Nein! nein! Umgekehrt!) So, dann habe ich die Worte mißverstanden. Es ist mir und meinen Parteigenossen niemals eingefallen, die Offiziere und Mannschaften, die dort unten im Kampfe ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, irgendwie herabzusetzen. Im Gegenteil, wir erkennen es voll an: es wird dort unten seitens der Deutschen mit einem Mut, mit einer Kühnheit gekämpft, die wirklich bewundernswürdig ist. Wenn Fehler in der Kriegsführung gemacht werden, die einer zivilisierten Nation unwürdig sind, so schiele man uns nicht, wenn wir diese Fehler brandmarken. Der Ruf des Generals v. Trotha und das Ausschreiben der Prämien auf die Häupter der Hereros, das sind Mißregeln, die in keiner Weise in einer zivilisierten Kriegsführung hineinpaffen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichslanzler hat sich ja ebenfalls gegen den Ruf v. Trothas ausgesprochen. Da kann man uns doch keine Vorwürfe machen, daß wir derartiges zur Sprache bringen. Ich habe mich aber doch sehr gewundert, daß der Reichslanzler, der sich veranlaßt gesehen hat, unsere Partei anzugreifen, einen Punkt vollständig im Dunkeln gelassen hat, dessen Aufklärung dringend notwendig ist. Abg. Ledebour hatte darauf hingewiesen, daß eine Depesche, die in der „Zukunft“ veröffentlicht war und in der dem Reichslanzler Verhandlungen mit Worenga über einen Waffenstillstand vorgezogen wurden, hier von Berlin aus in verschiedener Weise desavouiert worden sei, und er hat daran die Bemerkung geknüpft, daß, wenn das wahr wäre, dann die Verantwortung für die weitere Kriegsführung den hiesigen Behörden zuzuschreiben sei. Nun ist mir mitgeteilt worden, daß heute in der Budgetkommission die Mitteilung gemacht worden sei, der Reichslanzler wäre an der ganzen Angelegenheit nicht beteiligt. Das Telegramm sei vielmehr an den Chef des Generalstabes gegangen, und die Verhandlungen seien von dieser Instanz gepflogen worden. Ich nehme an, daß der Direktor der Kolonialverwaltung heute noch die Erklärung, die in der Budgetkommission abgegeben worden ist, hier wiederholen wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich muß aber meine Verantwortung darüber ausdrücken, daß, wenn ein Vorgang in der „Zukunft“ geschildert worden ist (Reichslanzler Fürst Bülow betritt den Saal), der sich als falsch herausstellt, der Reichslanzler nicht langst Verantwortung genommen hat, gegen eine derartige falsche Behauptung zu protestieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte doch nicht falsche Behauptungen monatelang hinausgehen lassen, wenn man mit Leichtigkeit ein Mißverständnis beseitigen kann, zumal wenn es sich um das Ansehen des Deutschen Reiches handelt.

Wenn der Herr Reichslanzler es bei jeder Gelegenheit notwendig findet, aus ähnlichen Vertretern der Presse über seine Aufschauungen allerlei Mittelungen zu machen, dann könnte das deutsche Volk auch verlangen, daß in solchen Fragen, die innerhalb der deutschen Nation selber das größte Aufsehen erregen, rechtzeitig von der entscheidenden Stelle eine Aufklärung erfolgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Daß wir mit unserer Kolonialpolitik gründlich hineingefallen sind, werden allmählich auch wohl die Kolonialenthusiasten erkennen. Das Weihnachtsgeschenk, das uns gestern der Herr Staatssekretär der Reichsfinanzen mit dem vierten Nachtragsetat von 30 Millionen Mark auf den Tisch des Hauses legte, wird doch viele stutzig machen, und ich fürchte, daß wir im Laufe dieses Jahres noch einen fünften Nachtragsetat bekommen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich bin im höchsten Grade erstaunt, daß die Herren vom Zentrum sich dieser ganzen Frage so laßbällig gegenübergestellt haben. Vor einigen Monaten hat die „Ahnische Volkzeitung“ einen Artikel über die „Welt- und Kolonialpolitik“ gebracht, der so lautet war, daß, wenn die dort vertretenen Anschauungen der Standpunkt des Zentrums wären, das Zentrum heute zu einer glatten Ablehnung aller Kolonialforderungen kommen müßte; denn der Tenor des Artikels ging darauf hinaus, daß seit 1898, seit der Besetzung von Kiautschow, nicht weniger als 800 Millionen Mark in die Kolonial- und Weltpolitik gesteckt worden und daß die materiellen, finanziellen und handelspolitischen Resultate gleich Null wären! Schärferer Anklagen sind kaum von der sozialdemokratischen Presse je ausgesprochen worden. Es zeigt das wieder, daß derjenige irrt, der glaubt, sich auf die Versicherungen angegebener Zentrumsorgane verlassen zu können; diese sind oft genug durch die Haltung des Zentrums im Reichstage desavouiert worden. Als ich die Reden des Herrn Erzberger las, sagte ich mir auch: wenn das Zentrum dieser Meinung ist, dann werden wir ja im nächsten Reichstage überraschende Dinge erleben. Bis heute aber habe ich von Herrn Erzberger nur wenig gehört, und ich fürchte, ich werde auch künftig nichts von ihm hören. Der Abg. Gröber hat weiterhin ein reichhaltiges soziales Programm für die Zukunft des Zentrums aufgestellt. Ich sitz mir denn zwischen dem Telle, der für den Mittelstand und dem, der für die Arbeiter aufgestellt war, ein starker Widerspruch aufgefallen. Der Abg. Gröber sprach von der bedrängten Lage eines großen Teils des Handwerks und forderte unter den kräftigen gesetzgeberischen Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes auch eine energische Förderung seiner genossenschaftlichen Organisation. In demselben Atemzuge aber verlangte er Maßregeln gegen die Warenhäuser und die Arbeiterkonsumvereine! Eine derartige Verdrängtheit der Behandlung von Arbeiterkonsumvereinen und Warenhäusern ist doch mehr als sonderbar. Aber ich meine ja, daß in den Kreisen der Rechten und des Zentrums sehr starke Gelüste bestehen, den Arbeiterkonsumvereinen an den Krügen zu gehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An Arbeiterfreundlichkeit liegen freilich weite Kreise des Mittelstandes längst nicht mehr zu wünschen übrig, und sie bringen sie selbst dann zum Ausdruck, wenn die Arbeiter von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machen, ihre Schwarzgrößen zusammenzuliegen und Konsumvereine zu gründen, in denen sie billiger kaufen können als beim Händler. In Sachsen wendet man zur Unterstützung der ländlichen Genossenschaften jährlich Millionen auf, aber für die Arbeiterkonsumvereine hat man nichts übrig als Umlagekern. Der Dresdener Konsumverein zum Beispiel wird vom 1. Januar 1906 an von einem Stück fetten Speck aus Amerika eine vierfache Steuer zahlen müssen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten): Reichssteuer, Landessteuer, den Ekroi der Stadt Dresden und nun noch die Umsatzsteuer. Dies eine Beispiel zeigt recht deutlich, welche ungeheuren Opfer den Arbeitern jetzt durch die Steuererhebung aufgelegt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Belonderen Nachdruck legte der Abg. Gröber auf den Antrag seiner Fraktion, ein Vergesetz zu schaffen. Viel schöner wäre es, wenn seine Parteigenossen im preussischen Abgeordnetenhaus dafür gesorgt hätten, daß das Vergesetz überhaupt nicht angenommen worden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese famose Vergesetznovelle hat bei den Vergarbeitern den größten Unwillen hervorgerufen. Aber im Namen des Zentrums erklärte bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus am 23. Mai der Abg. Geißler: „Ich meine doch, daß unsere Pflicht

auch im preussischen Abgeordnetenhaus ist, die Arbeiterinteressen zu fördern, damit es nicht dahin kommt, daß ein Vergesetz im Reichstage beschloffen wird. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdem.) Damals handelte es sich noch um die Regierungsvorlage. Aber als diese auch bedeutend verschlechtert wurde, hat das Zentrum für die verschlechterte Vorlage gestimmt und die Chancen eines Reichsvergesezes dadurch ganz bedeutend verringert. Die vom Geßler konstituierten Arbeiterverschüsse haben bei den Arbeitern eine allgemeine Ablehnung gefunden. So haben auf Jede Konstantin von 5000 Arbeitern nur 121 ihre Stimme abgegeben, auf Jede Oberhausen von 2500 Arbeitern nur 119 (Hört! hört! b. d. Soz.), auf Jede Hannibal von 2500 nur 89 (Hört! hört! links), auf Jede Chamrod von 3500 nur 35 (Vielfaches Hört! hört! b. d. Soz.), auf Jede Recklinghausen von 3800 nur 8 und auf Jede Freierivolge von 700 nur 1! (Vielfaches Hört! hört!). Ein demütigendes Verdict ist damit von der Vergarbeiterschaft, nicht nur von den Mitgliedern des Verbandes, sondern auch von den christlichen Vergarbeitern, über diese Vergesetznovelle gefällt worden.

Auch die Streiks haben ja im Laufe der Verhandlung wiederholt lebhaftes Erörterungen hervorgerufen. Sie sind eine notwendige Folge der Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Arbeitsbedingungen, denen sie unterworfen sind. Aber wie oft sind die Arbeiter gezwungen, sich gegen die Zumutung einer Lohnherabsetzung, einer Verlängerung der Arbeitszeit oder gegen schlechte Behandlung zu wehren, nur um den alten Zustand aufrechtzuerhalten. Diese Abwehrkämpfe machen fast die Hälfte aller Streiks, in manchen Jahren noch mehr aus. Die Riesenausperrungen, die jetzt von den Unternehmern in immer größerem Umfange angewandt werden, hat selbst der Abg. Wassermann bedauert.

Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Arbeitgeber weit besser organisiert sind, als die Arbeiter (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich spreche das mit Bedauern aus. Im Kohlenrevier sieht nahezu kein einziger Unternehmer außerhalb des Verbandes. (Rufe rechts: Das wollen Sie wohl nicht?) Ich habe nichts da gegen. Wollen Sie (nach rechts) aus, daß die Arbeitgeber ein Recht haben, einen moralischen Druck auszuüben, dann sollen Sie auch keine Anklagen gegen die Arbeiter erheben. Sie erheben aber Angriffe nicht gegen die Unternehmer, die schlimmer handeln als die Arbeiter, sondern gegen die Arbeiter. Diese sind immer der Schwadenbock. Was machen die Unternehmer? Sie tun diejenigen in den gesellschaftlichen Boykott, die ihren Verbänden nicht beitreten. Die Unternehmer zwingen die Verbandmitglieder, hohe Sozialbeiträge zu hinterlegen für den Fall der Nichterfüllung der Verbandsbestimmungen. Sie wären bankrott im Falle eines Bruchs der Bestimmungen. Sogar die Lieferanten von Rohmaterial und Halbfabrikaten zwingt man, nicht an außerhalb der Organisation stehende Unternehmer zu liefern. Indessen: c'est la guerre! Im Kriege gilt Kriegsgesetz! Aber wir können doch verlangen, daß Sonne und Wind gleich verteilt sind. Für die Unternehmer besteht weder das Strafgesetzbuch noch § 153 der Gewerbeordnung. Die Arbeiter dagegen werden, wenn sie den geringsten Druck ausüben, auf Monate ins Gefängnis. Das ist ungleiches Recht! (Beifall b. d. Sozialdem.) Es sind nicht für beide Teile gleiche Bedingungen vorhanden. Es fällt einem Arbeiter niemals ein, wenn er in den Streik tritt, Leute zur Teilnahme daran zu zwingen, die mit seiner eigenen Forderung nichts zu tun haben. Umgekehrt ist es bei den Unternehmern. Das haben die großen Ausperrungen in diesem Sommer gezeigt. Wenn Leute in den Streik treten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, so werfen die gesamten Unternehmer alle Arbeiter auf die Straße, ohne Rücksicht darauf, ob diese am Streik beteiligt waren oder nicht. Es ist einmal das Wort gefallen, daß jeder, der einen anderen an der Arbeit verhindert, ins Zuchthaus gehöre. Aber auch ohne Zuchthausvorlage kommt es jeden Tag vor, daß wenn einmal ein Arbeiter einen anderen zum Eintritt in den Streik veranlaßt, der Staatsanwalt dagegen einschreitet. Aber wenn Unternehmer wochen- und monatelang zehntausende von Arbeitern ausperren und deren Familien dem Elend preisgeben, so gibt es diesen gegenüber keinen Staatsanwalt und selbstverständlich auch keinen Richter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das haben wir bei den Ausperrungen der Berliner Metallarbeiter, der sächsischen Textilarbeiter und der Dresdener Zigarrenarbeiterinnen gesehen. Wohlthätig ist es in der Berliner Elektrizitätsindustrie gewesen. Ueberlegen Sie sich denn nicht, was es auf die Massen der Arbeiter für einen Eindruck machen muß, wenn die Unternehmer kraft ihrer Macht und Willkür zehntausende völlig unschuldige Wochen und Monate auf Strafbefehlshaus werfen, ohne Rücksicht darauf, welchen Glauben und welche politische Ueberzeugung sie haben? Das muß allerdings das Massenbewußtsein der Arbeiter in hohem Maße stärken. Das ist eines der Momente für das Wachstum der Sozialdemokratie, worüber man sich hier gestern und heute gestritten hat.

Weinen Sie, daß der Arbeiter, der einmal ausgesperrt ist, noch an die Heiligkeit der heutigen Gesellschaftsordnung glaubt? Graf Sojadowsh und Herr Wassermann haben sich den Kopf darüber zerbrochen, weshalb die Sozialdemokratie so gewaltig zunimmt. Gemüß, in erster Linie liegt das an der heutigen Wirtschaftsordnung und an den gesellschaftlichen Gegensätzen, die diese Wirtschaftsordnung ins Leben ruft, an der Proletarisierung großer Massen, die nicht mehr auf eine menschenwürdige Existenz in dieser Gesellschaft rechnen können und zur Sozialdemokratie übergehen. Als ich vor jetzt mehr als vierzig Jahren mich in Leipzig als Reichsmüller etablierte, genigten mir wenige Hundert Mark, um mein Geschäft zu errichten und ein Jahrzehnt der Konkurrenz standzuhalten. Wer sich aber heute etablieren will und nur einige hundert Mark anwendet, der hat den sicheren Konkurs in der Tasche. (Sehr richtig! links.) Wo früher Hunderte ausreichten, genügen heute kaum Tausende. Die notwendige Folge ist, daß die Zahl derjenigen, die in die Lage kommen, überhaupt noch eine selbstständige Existenz zu führen, immer geringer wird, je mehr die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich konzentriert. Das Bild des Herrn Wassermann von dem Neudalredensschwurm war ganz bezeichnend. Die Sozialdemokratie wächst immer mehr, bis sie die ungeheure Mehrheit der Nation repräsentiert (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und bis sie dann kraft ihrer Mehrheit und kraft ihrer Intelligenz (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) den sozialen Unterbau und den politischen Oberbau der Gesellschaft von Grund auf in einer ihren Interessen entsprechenden Weise umgestaltet. Die moderne Arbeiterklasse tut dabei gar nichts anderes, als was das moderne Bürgertum der Neuabordnung der Dinge gegenüber getan hat. (Sehr richtig! links.) Wie die bürgerliche Gesellschaft die Minister, den Reichslanzler, selbst den Kaiser zwingt, nach ihren Interessen zu handeln, eben so ist die Arbeiterklasse bestrebt, sich in der Sozialdemokratie eine Vertretung ihrer Interessen zu sichern. Der Graf Sojadowsh meinte, die Sozialdemokratie könnte durch die stützige Wiedereingebung des Bürgertums zurückgebrängt werden! Da haben wir innerlich gelacht! Aber ich fürchte, auch draußen im Publikum wird mancher, der es gelesen hat, gelacht und gelacht haben: „Wie sieht doch der Herr Staatssekretär als Ideologe die Welt an!“ Aber selbst ein Ideologe wie unser Schiller ist einmal in den Stoffen zer ausgebrochen:

Einstweilen, bis den Lauf der Welt  
Philosophie zusammen hält,  
Erhält sich das Getriebe  
Durch Hunger und durch Liebe.“

Sehr materialistisch! Aber der Materialismus ist eben die Grundlage des sozialen Lebens. Was hülfte mir alle Ideologie, wenn ich nicht weiß, wie ich meine Kinder ernähren soll! Denen, die um ihre Existenz kämpfen, können Sie keinen Idealismus predigen. Und auf der anderen Seite den Unternehmern Idealismus zu predigen, das hieße gerade so viel, als wenn man dem Wolf zumuten sollte, das Lamm nicht zu fressen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Man kann einzelnen Profanen geben, man



Kann an einzelnen Punkten Not und Elend mildern, auch vielleicht beseitigen, aber man kann durch Idealismus unmöglich die ganze Fülle von Elend, die auf der Welt verbreitet ist, beseitigen. Wenn aber jemand doch noch auf die Opferbereitschaft des Bürgertums gerechnet hat, dann wären die Ausführungen des Grafen Stolberg-Wernigerode die glänzendste Widerlegung gewesen. (Lebhafte Beifall links.) Man rechnet es in diesen Kreisen dem Grafen Poladowsky einfach zum Verbrechen an, daß er der bürgerlichen Gesellschaft Vorwürfe gemacht hat. Aber Graf Poladowsky hat einfach die Wahrheit über unsere Gesellschaftsordnung gesagt. Wenn aber einer aus Ihrer Mitte es einmal wagt, gegen den Staat zu lächeln (Puruf rechts: So ist es bei Ihnen! Heiterkeit) so wird er zurückgewiesen (Zwischenrufe: Nehren Sie vor der eigenen Tür! Heiterkeit), wie jetzt Graf Poladowsky durch den Grafen Stolberg. Der Finanzminister von Rheinbaben hat gesagt, das Einkommen der Arbeiter sei schneller gestiegen als das der anderen Schichten. Ja kann das im allgemeinen nicht zugehen, aber in einigen seltenen Fällen mag es geschehen sein, in Fällen, wo die Löhne vorher ganz hundsmiterabel waren, so daß jetzt ein Unternehmer zu den alten Löhnen keine Arbeiter mehr findet. Aber selbst, wenn es wahr wäre, was will das bedeuten, wenn jetzt ein Landarbeiter, der früher 400 M. bekommen hat, wirklich 600 M. bekommt? Das genügt doch noch immer nicht, um eine menschenwürdige Existenz zu führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und den Freisinnigen.) Wenn das Einkommen der Arbeiter in 17 Jahren von 600 M. auf 900 M. gestiegen ist, also um 50 Proz., so ist das ganz etwas anderes, als wenn das Einkommen der Arbeiter in einem Jahre von 36 000 M. auf 50 000 M. erhöht wird. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Selbst der dümmste Mensch wird zugeben müssen, daß hier die Besserstellung der Arbeiter eine viel weitergehende ist als die des Arbeiters. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß Sie (nach rechts) dafür sorgen, daß die Arbeiter sich immer weniger für ihren Lohn kaufen können. Der Verbrauch für Lebensmittel und für Miete, den die Arbeiter heute gegen früher haben, wiegt dreifach auf, was sie sich an Mehreinkommen durch schwere Kämpfe erworben haben.

Herr Wassermann hat dann etwas ganz übersehen, nämlich die politische Rechtlosigkeit der Arbeiter. Er hat kein Wort davon geredet, daß seine Parteigenossen in Sachen den dortigen Wählern auf dem Gewissen haben; er hat nicht gesprochen von der Wahlentziehung in Hamburg, in Lübeck und in den thüringischen Staaten, und da wundern er sich, daß der Radikalismus der Sozialdemokratie immer mehr zum Ausdruck kommt, daß man von Massenstreik und dergleichen redet? Ich wundere mich nur, daß Sie sich wundern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn wäre es nicht unnatürlich, wenn es anders wäre? Wie können Sie denn glauben, daß der deutsche Arbeiter, der durch seine Intelligenz, sein Wissen, seine Tatkraft und seine politische Bildung es mit dem Arbeiter eines jeden Landes der Welt aufnehmen kann (Sehr richtig! rechts) ... wie können Sie denn glauben, daß dieser Arbeiter sich als Paria, als Isoliert wird behandeln lassen? (Große Unruhe rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich begreife nicht, wie man angesichts der Wahlentziehung die Stimm haben kann, das zu bestreiten. (Unruhe rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff hat es lebhaftest Beschwerde gemacht, daß in Süddeutschland das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht sich weiter ausbreitet; seinen Parteifreunden ist es dabei heiß über den Rücken gelaufen. Herr v. Redlich hat kürzlich im „Tag“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er auch lebhaft darüber klage führt, daß Süddeutschland demokratisiert würde; es sei notwendig, dem vorzubeugen, damit nicht eine neue, Nord- von Süddeutschland trennende Mainlinie entstehe. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Herr v. Kardorff, Sie waren einst anderer Meinung. Sie sind im Jahre 1869 im norddeutschen Reichstage dafür eingetreten, daß das Wahlrecht der Einzelstaaten sich dem Wahlrecht des Reiches anpasse. (Hört! Hört! links.) Herr v. Kardorff wies auf das englische Wahlrecht hin. Dort besteht allerdings ein Wohnungszensus, wonach nur die wählen kann, der eine eigene Wohnung hat. Doch ist dieses Wahlrecht noch weit besser als das preussische. Sie (nach rechts) mögen ja recht haben, wenn Sie behaupten, daß die Sozialdemokratie in England schwach ist. Woher kommt das aber? Die englische Bourgeoisie war so außerordentlich vernünftig, den englischen Arbeitern nach allen Richtungen in weitem Maße entgegenzukommen. England ist ein parlamentarisches Land und da haben sich die Arbeiter bisher gesagt: Tun wir uns zu einer besonderen Partei zusammen, so können wir die bisherigen Parteigruppierungen und können höchstens Nachteil davon haben. Diese Anschauung ist jetzt allerdings ins Wanken gekommen. Bei den Wahlen im Januar und Februar werden Sie sehen, welche elementare Erfolg die sozialistische Propaganda hat.

Herr v. Kardorff hat in seiner letzten Rede wieder gezeigt, daß er immer den Himmel voller Geigen sieht. Er hat gleichzeitig bewiesen, daß wir eine grundverschiedene Auffassung über die maßgebenden Gesichtspunkte haben. Seine Anschauung ist diktiert von dem sozialen Empfinden seiner Klasse. (Rufe rechts: Des Vaterlandes!) Bis her ist das Vaterland Ihr Vaterland gewesen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Da begreift man allerdings, daß Sie sich für das Vaterland erwärmen. Erfreulich ist, was schon der Abgeordnete Wassermann dem Abgeordneten v. Kardorff gesagt hat, daß auch in unserer Justiz nicht alles so ist, wie es sein sollte. Auch in dieser Beziehung hat der Herr v. Kardorff ein sehr wertvolles Geständnis gemacht, indem er sagte, das Urteil des Richters werde natürlich durch das Milieu beeinflusst. Da stimmen wir ja überein. Wir haben eine Klassenjustiz, weil wir Richter aus einer ganz bestimmten Klasse, aus der herrschenden Klasse haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Weis denn Herr v. Kardorff auch gar nicht, daß die Kommission zur Vorberatung der Strafsprozessreform einen Entwurf zustande gebracht hat, der bewirkt, daß ein Schrei des Entsetzens ausgebrochen ist über dieses Werk, das reaktionärer ist als man es für möglich gehalten hätte? Die vornehmste Aufgabe ist es doch, Recht zu sprechen ohne Ansehen der Person. Wenn aber die Rechtsentscheidungen so geschaffen werden, daß Recht ohne Ansehen der Person nicht mehr möglich ist, dann hat der Staat seine vornehmste Aufgabe preisgegeben, dann hat er sich seinen Aufgaben in einer der wichtigsten Beziehungen unwürdig erwiesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir leben in einer Periode der Reaktion, das kann nicht bestritten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge der Reaktion ist aber stets die Revolution gewesen. Da, wo die herrschenden Klassen versagten, wenn es sich darum handelte, an den bestehenden Zuständen die bessere Hand anzulegen, ist die Revolution entstanden. So war es bei der französischen Revolution, so auch bei der Revolution von 1848, und so war es überall, wo Revolutionen ausgebrochen sind. Ich bin überzeugt, daß so, wie sich die Zustände anderwärts entwickelt haben, es auch in Deutschland kommen muß. Mit Recht wird in einer Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß man nicht über die Ausbreitung der Sozialdemokratie klagen solle und daß, wenn man nicht ganz andere Wege einschlägt, es in Deutschland genau so kommen werde, wie es in Rußland gekommen ist. Machen Sie doch Reformen! In dem kaiserlichen Lande Deutschlands verlangt man seit mehr als 30 Jahren eine Reform des Wahlrechts, ohne daß es zu einer solchen kommt. Windthorst hat schon vor 30 Jahren für Preußen das geheime gleiche Wahlrecht verlangt, aber man hat dort Angst vor diesem Wahlrecht.

Der Abg. Graf Stolberg wandte sich in seiner Rede gegen die Ausführungen des Grafen Poladowsky. Graf Poladowsky hat es so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, die besitzenden Klassen leisten nichts. Das habe ich nicht gesagt, das kann ich nicht sagen, ich gehöre doch auch zu den besitzenden Klassen. (Heiterkeit.) Ich habe ausgeführt, daß zu dem, was die Flottenvorlage und die neuen Steuervorlagen fordern und überhaupt zu den Ausgaben des Reiches die besitzenden Klassen außerordentlich wenig beitragen in Vergleich gegen andere Länder. Der Finanzminister hat die

Opferwilligkeit der besitzenden Klassen gelobt und auf den großen Patriotismus dieser Klassen hingewiesen. Wir haben aber bei der preussischen Steuerreform gesehen, daß man bis zu einem Höchstmaß von 4 Proz. bei der Vermögenssteuer gekommen ist. Das ist das höchste, was man an Patriotismus geleistet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Finanzminister wies darauf hin, daß 22 Millionen steuerfrei seien, und das hat auf der Rechten eine lebhafteste Zustimmung erweckt. Es ist ein trauriges Zeichen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn 22 Millionen Einwohner ein Einkommen unter 900 Mark haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bezüglich 12 Millionen Einwohner haben ein Einkommen von 900—2000 M., auch das ist keine glänzende Lage. Gladstone hat einmal im englischen Parlament erklärt, daß der ganze ungeheure Zuwachs von Reichtum und Macht sich ausschließlich auf die besitzenden Klassen beschränkt. Das war ein Mann, der der Wahrheit die Ehre gab. Als 1893 Laffalle seine Agitation begann, wies er in einer Broschüre nach, daß nur 4 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen von über 3000 M. habe.

Damals wurde er von der ganzen Presse angegriffen. Was hat sich seitdem geändert? Die Einkommen über 3000 M. betragen nicht mehr 4 Proz., sondern 4,45 Proz., also knapp 4 1/2 Proz. Also auch hier ist das Wachstum des Reichtums den herrschenden Klassen zu gute gekommen. Vergleichen Sie die Leistungen der besitzenden Klassen in Preußen mit denen in England, so erscheint doch die Opferbereitschaft der Preußen in einem ganz anderen Lichte. Ganz ohne Grund spricht man auch von der ungeheuren Opferwilligkeit der Unternehmer in der Arbeiterversicherung. Welchen Glanz zeigt heute das Leben! Der ungeheure Aufschwung des Kunstgewerbes zeigt deutlich die Entwicklung der Nation. Wenn heute jemand im Westen von Berlin seinen Freunden ein Essen für 20—30 000 Mark gibt, so beweist das doch, welcher Ueberfluß vorhanden ist. Dann wurde sogar die Opferwilligkeit der Gewerkschaften angegriffen! Ungeheure Summen werden von den Arbeitervereinen aufgebracht für Krankenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung usw. Eine solche Opferwilligkeit der Arbeitervereine sollte man preisen! Krausig genug, daß sie nötig ist! Ferner hat man von einem frivolsten Elektrikerstreik gesprochen. Demgegenüber stelle ich fest: Es ist einfach nicht wahr, daß die Arbeiter der Berliner elektrischen Industrie gestreikt haben: 300 Arbeiter forderten die Erhöhung von 30 Pf. Stundenlohn auf 33 Pf. Eine andere Arbeiterkategorie wollte statt 38 Pf. 45 Pf. Im ganzen waren nur 500 Arbeiter im Ausstande. Deswegen wurden nun aber 35 000 Arbeiter ausgeperrt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn so etwas möglich ist, dann haben die Arbeiter vollständig recht, wenn sie mit einem solchen Staatswesen unzufrieden sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Um nun auf die Reden der letzten Tage über die auswärtige Politik einzugehen, so stand Herr Wassermann leider auf seinen Beinen, die behaupten, in England hege man einen Haß gegen uns wegen unseres Handelsaufschwungs. Ich bedaure ganz lebhaft, daß derartige Behauptungen hier ohne jeden Beweis ausgeprochen werden konnten. Es ist ja gar nicht zu bestreiten, daß hier bei uns in gewissen Schichten, namentlich in den Kreisen des Flottenvereins, aufreizende Reden gegen England geführt worden sind.

In der englischen Presse wurde es in letzter Zeit fast einstimmig abgelehnt, daß in England irgend welcher Haß gegen Deutschlands Handelsentwicklung vorhanden sei; England habe im Gegenteil das größte Interesse an dem Handel mit Deutschland und an der deutschen Kaufkraft für englische Waren. Ich stimme in diesem Punkte ganz mit den Ansichten des Fürsten Bismarck überein. Fürst Bismarck hat 1890 erklärt, er müsse es ganz entschieden bestreiten, daß irgend ein Grund vorläge, der zu einem Kriege zwischen Deutschland und England führen könnte. Das ist auch ganz meine Ansicht. Nach meiner Ansicht gibt es jetzt ebensowenig irgend einen Grund, der zu einem Kriege mit England führen könnte. Ich behaupte, daß nirgends die gemeinsamen Interessen so innig sind, als zwischen England und Deutschland. Wenn es möglich wäre, ein Bündnis, ein Friedensbündnis zwischen England und Deutschland herbeizuführen, so wäre der Friede Europas dauernd gesichert. Und da behauptet der Herr Reichskanzler, ich hätte England durch meine Rede Wasser auf die Mühle geliefert. Das heißt doch in der Tat, mir etwas zuzutrauen und die Engländer sehr unterschätzen, wenn man meint, ich hätte England etwas Neues gesagt. Glauben Sie denn, daß man in England die Flugblätter des Flottenvereins nicht liest und nicht Kenntnis nimmt von allen den Reden, die doch die ganze Welt gehört hat und die seit 1895 eine immer deutlichere Spitze gegen England genommen haben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein englisches Blatt hat geschrieben, daß ich durch meine Rede vor acht Tagen den Interessen der deutschen Nation mehr genügt habe, als der Herr Reichskanzler mit seiner Rede. (Hört! hört! links.) Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß der deutsche Votschafter sich in Marokko als Mandatar Europas geriert habe. Ich nehme an, daß diese Erklärung des Herrn Reichskanzlers in gutem Glauben abgegeben ist. In der französischen Presse ist aber erklärt worden, daß dem französischen Votschafter ein derartiger Auftrag nicht gegeben ist, und der französische Votschafter bestreitet, eine derartige Note abgegeben zu haben. Jedenfalls war die Note des Kaisers nach Tanger der allerunwürdigste Schritt in dieser Situation. Daß der Herr Reichskanzler jetzt die Verantwortung hierfür übernimmt, versteht sich von selbst. Wäre aber Fürst Bismarck, Fürst Hohenlohe oder Graf Caprivi Reichskanzler gewesen, so wäre diese Note nicht unternommen worden; denn sie widerspricht allen Gepflogenheiten der Diplomatie. (Puruf rechts: Der Erfolg beweist das Gegenteil!) Nun, daß die Franzosen einen solchen Vorgang nicht zum Casus belli (Grund zur Kriegserklärung) gemacht haben, begrüße ich. Minister Delcassé wollte es ja zum äußersten bringen, und ich konstatiere, daß es mein Freund Jaurès war, der in energischer Weise gegen diese Politik Opposition gemacht hat. Bis zur Note nach Tanger haben wir die Marokko-Politik des Reichskanzlers voll gebilligt, erst dann änderte sich unsere Auffassung. Der Herr Reichskanzler hat selbst öffentlich erklärt, daß in einer bestimmten Periode im Frühjahr die Situation äußerst gefährlich war. Wenn wir gegen eine solche auswärtige Politik Front machen, so handeln wir damit nur im Interesse des Vaterlandes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wie ist denn unsere Stellung überhaupt in allen internationalen Fragen? Wir unterstützen jeden Schritt, der die Kulturen einander in Frieden und Freundschaft nähert. Wir würden den Tag als den großartigsten seit vielen Jahrhunderten in der Menschheit ansehen, an dem ein internationales Parlament geboren würde, wo die Vertreter der verschiedenen Kulturen sich über Differenzpunkte verständigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre die großartigste Kulturerrungenschaft, die ich mir denken kann. Graf Wolff hat vor 31 Jahren das Wort gesprochen: „Wir sind in Europa wohl gefürchtet, aber nirgends beliebt.“ Ob wir heute noch überall gefürchtet, lasse ich dahingestellt. Das eine aber weiß ich: Wir sind nicht nur nicht beliebt, sondern leider vielfach gehäht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deutschland hat das Signal zur Flottenpolitik mit seiner Verankerung der Flotte gegeben. Andere Staaten waren gern bereit gewesen, ihre Flottenrüstungen zu vermindern. So hat z. B. der frühere englische Marineminister Goschen erklärt: „Wir sind bereit, unser Neubautenprogramm umzuändern. Wir haben die Bewegung nicht beabsichtigt, sondern sind ihr gefolgt; aber ich erkläre Ihnen namens der Regierung, daß, wenn andere Mächte ihre Bauten verringern, wir denselben Weg beschreiten werden.“ Und noch 1893 hat Chamberlain erklärt: „Ich sende Ihnen diesen Ausdruck Goschens mit der Erklärung, daß, was der Marineminister damals gesagt hat, noch heute seine Gültigkeit hat.“ Die englische Regierung ist diesem Grundsatze gefolgt. Sie hat das Flottenbudget dieses Jahres noch um achtzig Millionen vermindert, und Minister Balfour hat auch den neuen Etat noch um 30 Millionen herabgesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bemerkenswert ist, daß die Verneinerung der Flottenrüstungen sich in Europa in steigendem Maße vollzieht, obgleich im Jahre 1890 einstimmig zwei Resolutionen auf der Haager

Konferenz angenommen wurden, in denen es heißt, es sei eine Beschränkung der zur Zeit die ganze Menschheit bedrückenden Militärausgaben, die zur Förderung des materiellen und moralischen Wohls der ganzen Menschheit höchst erwünscht sei, zum Studium zu machen. Das Gegenteil von dem Beschlusse der Haager Konferenz ist ausgeführt worden, obgleich ein zweites Zusammenkommen jetzt geplant ist. Es ist doch eigentümlich, daß man solchen Beschlüssen zustimmt — und zu Hause geschieht dann das Gegenteil. Wie sind ja im Deutschen Reich leider in der Erörterung der auswärtigen Politik noch sehr weit zurück. Meine Partei ist ja die einzige gewesen, die auf die Frage der auswärtigen Politik eingegangen ist.

Gegenüber den Aeußerungen des Reichskanzlers will ich noch bemerken, daß an demselben Tage, als der Reichskanzler seine Rede gegen mich hielt, der französische Abgeordnete Faure den Antrag gestellt hat, den Ministerpräsidenten Rouvier in Anklagezustand zu versetzen, und an demselben Tage hat mein Parteigenosse Jaurès Herrn Delcassé angeklagt. Ein früherer Votschafter in Berlin hat in einer Revue einen Artikel veröffentlicht, in dem er den früheren Minister Delcassé in der bittersten und blutigsten Weise verhöhnt. Danach kriecht in Frankreich kein Hahn. In Amerika wurden die bestigsten Anklagen gegen die Art der Kriegsführung auf Kuba erhoben. Dagegen ist alles, was in Deutschland gegen unsere Regierung gesagt wird, das reinste Kinderpiel. Der Reichskanzler hat in seiner Rede direkt von Landesverrat gesprochen, den ich unter dem Schutze der Immunität begehungen habe. Ich bestreite auf das allerentschiedenste, daß in meiner Rede ein Satz enthalten ist, der so ausgelegt werden kann. Der Reichskanzler hat auch darauf hingewiesen, daß ich in Konstanz in ähnlicher Weise gesprochen hätte. Nun, mir ist diese Rede nicht mehr im Gedächtnis, aber sie ist offiziell von Polizeibeamten aufgenommen worden, und es ist bisher keine Anklage erfolgt. Warum nicht? Da sprach ich nicht unter dem Schutze der Immunität. Gegenüber den Angriffen des Reichskanzlers auf meine Partei bin ich verpflichtet, noch auf die Hauptstelle meiner Rede einzugehen. Ich führte aus, daß was das russische Volk gezeigt habe, unter Umständen auch die Völker Westeuropas ihren Herrschern zeigen könnten; sie ließen sich in keinen Krieg mehr gehen, sie müßten wissen, was durch den Krieg erreicht werden solle, und nur wenn sie das Ziel billigten, seien sie für den Krieg zu haben, anders nicht mehr. Auch wir wollten uns nicht jede Provokation gefallen lassen, auch wir nicht deutsches Land aufheben. Aber es gäbe mancherlei andere Gründe, aus denen Kriege herbeigeführt würden. Diese Auffassung mag Ihnen (nach rechts) ja nicht gefallen, aber es ist die Auffassung der internationalen Sozialdemokratie, die einseitig der Meinung ist, daß allerdings auch in der auswärtigen Politik das Volk nicht mehr wie eine Hammelherde geführt und verachtet werden könne. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Recht der freien Entscheidung werden wir uns unter keinen Umständen nehmen lassen. (Erneute Zustimmung.) Auf einer andern Stelle wies ich auf die allgemeine Entwertung und Arbeitslosigkeit hin, die ein europäischer Krieg zur Folge haben werde, und warf die Frage auf, ob angesichts dieser schrecklichen Not das Volk sich mir nichts dir nichts in einen solchen Krieg werbe hineintreiben lassen. An einer dritten Stelle zog ich dann die Schlussfolgerung: Wenn Sie wollen, daß die deutschen Arbeiter freudig für ihr Vaterland eintreten, so machen Sie sie zu gleichberechtigten Bürgern, zu gleichberechtigten Menschen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Auffassung, die die ganze Sozialdemokratie Deutschlands bis auf den letzten Mann teilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei Ihnen liegt es, diese billigen, gerechten, selbstverständlichen Forderungen zu erfüllen — oder nicht. Wenn Sie es aber nicht tun, so werden Sie alles weitere zu verantworten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler gab die Erklärung ab: so lange er auf seinem Posten stehe, werde er zu verhindern wissen, daß die Sozialdemokratie irgend welchen Einfluß auf die auswärtige Politik Deutschlands gewinne. Die sollte nicht in der Hasenheide gemacht werden. Daß die auswärtige Politik Deutschlands nicht in der Hasenheide gemacht wird, wissen wir auch. (Heiterkeit.) Aber was will denn Fürst Bismarck dagegen machen, daß wir uns auch um seine auswärtige Politik kümmern, in unserer Presse und in Versammlungen, selbst in der Hasenheide. Oder will er einen neuen Paragraphen im Strafgesetzbuch vorschlagen, der unter Gefängnisstrafe verbietet, daß über die auswärtige Politik des deutschen Reiches gesprochen wird? Ob er es erlaubt oder nicht erlaubt, daß wir uns um die auswärtige Politik Deutschlands kümmern, das machen wir, wie wir wollen. Als Bürger dieses Staates, die alle Lasten und Pflichten zu erfüllen haben, werden wir uns das selbstverständliche Recht nicht nehmen lassen, uns nicht nur um die innere, sondern auch um die äußere Politik Deutschlands zu kümmern, die oft noch viel gefährlicher ist als die innere. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie (nach rechts) das „Landesverrat“ nennen, nun, im nächsten Jahre können die Herren von der Rechten das große 100jährige Jubiläum eines nie dagewesenen Landesverrats feiern, nämlich der Zeit, da preussische Adlige die Festungen Magdeburg, Spandau, Küstrin, Stettin usw. in der schmachvollsten, feigsten Weise dem auswärtigen Feinde ausgeliefert haben. (Sehr gut! links.) Einen solchen Vaterlandsverrat hat die deutsche Sozialdemokratie niemals begangen, einen solchen Vaterlandsverrat werden Sie ihr niemals nachweisen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sollte Deutschland je in einen Krieg mit Frankreich und England verwickelt werden, so wäre das ein großes Unglück; denn über unsere Bundesgenossen habe ich so meine eigenen Gedanken. Es spricht nicht gerade für unsere Uebereinstimmung mit den uns verbündeten Mächten, daß wir uns von der gemeinsamen Flottendemonstration gegen die Türkei so vollständig fern gehalten haben. (Hört! hört! und Lachen rechts.) Ich will gar nicht darüber sprechen, ob diese Flottendemonstration an sich gut und nützlich ist, aber ich bemerke, daß Deutschland der einzige Großstaat ist, der bei dieser Flottendemonstration nicht beteiligt ist, während unsere Bundesgenossen, Italien und Oesterreich, teilnehmen! — Nun hat der Herr Reichskanzler von den russischen Verhältnissen gesprochen. Ich protestiere im Namen meiner russischen Parteifreunde dagegen, daß der Reichskanzler ihnen Nord und Brandstiftung vorgeworfen hat. Die Wälder und Brandstifter waren ganz andere Leute, das waren Werkzeuge der russischen Regierung. (Unruhe rechts), die von der Sozialdemokratie nach Möglichkeit von Nord und Brandstiftung abgehalten wurden. (Lachen rechts.) Das waren Werkzeuge jener russischen Regierung, mit der die unsrige, so viel ich weiß, noch immer gut Freund ist. In Rußland gilt das alte Wort: „Hier herrscht der Despotismus, gemindert durch den Meuchelmord.“ (Sehr richtig! links.) Ich erinnere an Paul I., Peter III., Paul III. Wer hat seine Hand im Spiel gehabt bei der Ermordung Stambulows in Bulgarien? Wer hatte seine Hand im Spiele bei der Ermordung des letzten Obrenowitsch in Serbien? (Sehr richtig! links.) Wer hatte seine Hand im Spiele beim Boykott in China? Das waren ganz andere Leute als die Sozialdemokraten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Welchen Eindruck macht das Sabelgerassel, wenn man nach dem Osten blickt? Hat das auswärtige Amt zu Repressalien gegriffen wegen der fortgesetzten Grenzverletzungen, die sich russische Soldaten in geradezu unerhörter Weise zuschulden kommen ließen? Wenn in Ostasien ein paar Wochen ins Gefängnis gesteckt wird, dann wird gleich ein Schiff in Bewegung gesetzt. In der Ostgrenze können Tag für Tag die unerhörtesten Grenzverletzungen vorkommen, und in Berlin in der Wilhelmstraße regt sich kein Mensch darüber auf. Wenn ein Mann der Wissenschaft, wie Regierungsrat Martin auf Grund seiner Studien eine Schrift veröffentlicht mit der Tendenz: „Die russischen Finanzen sind schlecht“, dann wird sofort die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mobil gemacht, um den deutschen Kapitalisten klar zu machen, daß die russischen Finanzen ganz gut sind. Die Wortreden gegen unschuldige Menschen hätten längst für ganz Europa Veranlassung sein sollen, ein erstes Wort mit Rußland zu reden. Sind die russischen Nachbarn nicht mehr imstande, Nord und Brand fernzuhalten, dann haben sie jede Gegenseitigkeit verloren, dann soll die ganze Kulturwelt gegen eine solche Regierung Front machen. In Odessa sind



In einem Monat von den schwarzen Wunden, die notorisch von der russischen Polizei unterhalten werden, 8500 jüdische Familien getötet und beinahe 300 Personen getötet und ein Schaden von 1/2 Millionen angerichtet!

In einem Artikel, der mir vor einigen Tagen zugegangen ist, wird den organisierten Arbeitern in Rußland von gegnerischer Seite die größte Anerkennung ausgesprochen. Sie tun uns bitter Unrecht, wenn Sie uns mit Mordern und Brandstiftern auf eine gleiche Stufe stellen. Das weise ich mit aller Energie zurück. Der deutsche Arbeiter steht auf der Höhe der Aufgaben der Zeit. Er will sein volles Menschenrecht haben, beansprucht gleiches Recht für alle. Wir verlangen dieses gleiche Recht, und wir werden es erreichen mit Ihnen oder gegen Sie! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich will aus den langen Ausführungen des Herrn Vorredners nur zwei Punkte herausgreifen. Herr Bebel hat erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die besten Beziehungen zu England wünscht. Ich antworte: Warum, wenn dem so ist, ist die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt befreit, in England das Mißtrauen gegen uns zu erregen? (Sehr gut! rechts.) Das hat der Herr Vorredner bestritten wollen; er hat gemeint, die deutsche Sozialdemokratie und ihre Presse signalisiere nur die zwischen Deutschland und England bestehende Spannung, aber sie trage zu einer solchen nicht bei. Das bestritte ich auf das allerentschiedenste. Daß wir England gegenüber keine aggressive Politik verfolgen, habe ich hundertmal gesagt, und es ist Unfinn, uns solche Pläne unterzuschleichen. Diese unwürdige und falsche Behauptung wird fortgesetzt von der sozialdemokratischen Presse wiederholt. (Hört! hört! rechts.) Das leitende Blatt der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, brachte am 13. August, gerade in dem Augenblick, wo der Besuch der englischen Flotte in der Ostsee weniger bei uns als an unseren Grenzen eine gewisse Erregung hervorgerufen hatte, einen Artikel, in dem es wörtlich hieß: „Eines scheint ganz sicher, daß am Ausgang des vorigen Jahres Deutschland im Begriff war, England den Krieg zu erklären.“ (Hört! hört! rechts.) Das ist eine Lüge. (Hört! hört! rechts.) Weiter hieß es in dem Artikel: „Daß tatsächlich die Flotte damals mobil gemacht worden ist, ist feinerzeit von uns aus absolut sicherer Quelle mitgeteilt worden.“ Das ist Unfinn! (Weiterleitet rechts.) Wir haben niemals mobil gemacht. Weiter: „Als das Unwetter vorübergegangen war, wurde für das harte Wort „Robilmachen“ irgend ein anderer milderer technischer Ausdruck gebraucht. Die Sache selbst hat man nicht mehr in Abrede stellen können.“ Gleicher Unfinn! (Weiterleitet rechts.) „In soweit also stehen wir auf festem Boden.“ Unfinn! (Weiterleitet rechts.) Das steht gar nicht auf festem Boden. Darüber besteht nicht im mindesten Zweifel, daß England von diesen Vorgängen genau unterrichtet ist und daß darauf die Erregung in England mit zurückzuführen ist. Nur darüber ist man sich im übrigen, welche geheimnisvollen Vorgänge diese Kritik nahegerückt haben.“ So sprechen Leute, die sich für wohlinformiert ausgeben. „Seit Wochen ist in jener Presse ungeniert davon die Rede, daß die Ursache jenes drohenden Zusammenstoßes in einem schweren Konflikt zwischen Wilhelm II. und König Eduard zu suchen sei — das ist eine blödsinnige Lüge! (Große Heiterkeit rechts.) Daß dadurch dem Auslande nicht Material für Verleumdungen geliefert wird und daß das nicht der Zweck solcher Ausstreunungen ist, das werden wohl wenige bezweifeln, die außerhalb des Vannes der sozialdemokratischen Doktrin stehen. Demgegenüber erkläre ich auf das allerbestimmteste als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik: Es ist unwahr, daß wir uns England gegenüber niemals mit aggressiven Plänen getragen hätten, es ist unwahr, daß wir jemals im Begriff gestanden hätten, England den Krieg zu erklären, es ist unwahr, daß wir im vergangenen Winter die Flotte gegen England mobil gemacht haben sollten, daß wir England in irgend einer Weise gereizt oder provoziert hätten, und mit größter Entschiedenheit trete ich den Versuchen entgegen, den deutschen Kaiser, der seit 18 Jahren so viel Beweise christlicher Friedensliebe gegeben hat, als Friedensförderer hinzustellen. (Lebhafte Beifall rechts.) Am 9. August hat die „Wagdeburger Zeitung“ einen Artikel gebracht, an dessen Schluß es hieß: „Kaiser Wilhelm hat keine kriegerischen Pläne; das beweist nicht nur sein stilles Regiment in Deutschland, nicht nur die letzte Rede im alten ehrwürdigen Rathaus zu Bremen, sondern das liegt vor allem in der Natur der Dinge, in dem Charakter des Volkes, an dessen Spitze der Kaiser steht. Deutschland will nichts, als für seine eigene Entwicklung den gleichen Ellenbogenraum, den andere Völker genießen.“ An den Rand dieses Artikels schrieb damals Seine Majestät: „Richtig! habe ich heute wörtlich dem Könige von Dänemark gesagt.“ Der „Vorwärts“, das leitende Blatt der Sozialdemokratie, hat diese Verleumdungslampagne während des ganzen Herbstes fortgesetzt. Im September schrieb er: „Je eifriger Deutschland seine Flottenrüstungen betreibt, desto näher rückt die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit England, das ja gar nichts anderes annehmen kann, als daß die kolossalen deutschen Marinerüstungen gegen England gerichtet seien.“ (Hört! hört! rechts.) Dazu bemerke ich 1. daß die deutschen Flottenrüstungen nicht kolossal sind. (Weiterleitet.) Der Führer der Sozialdemokratie hat in seiner neulichsten Rede selbst zugeben müssen, daß unsere Flottenrüstungen relativ mäßige sind. 2. wiederhole ich, daß es eine Unwahrheit ist, daß sie irgendwie einen aggressiven Charakter gegen England haben. Der Vorredner hat freilich gesagt, die Sozialdemokraten hätten niemals in irgend einer Weise Deutschland gegenüber feindselige Absichten an den Tag gelegt. Im Frühjahr dieses Jahres erklärte aber noch Nydman, einer der sozialdemokratischen Führer, in dem Blatte „Justice“, bevor der Kaiser nach Langer ging: England müsse sich mit Frankreich verbinden, damit es der deutschen Flotte unmöglich gemacht werde, ihre Flagge auch nur eine Woche auf dem Meere zu halten. (Hört! hört! rechts.) Zwischen dem Führer der englischen Sozialdemokratie und dem der deutschen Sozialdemokratie besteht nur der eine Unterschied, daß der erstere aus mißverständlichen Patriotismus feilscht, während bei dem deutschen Führer der Sozialdemokratie Motive mitspielen, die ich nicht weiter charakterisieren will. (Sehr richtig! rechts.) Weiter hieß es im „Vorwärts“ im Oktober, ein Teil der Presse habe die Enthüllungen des „Matin“ als ungläubwürdig behandelt; in Wirklichkeit wäre es für urteilsfähige Leute von vornherein klar gewesen, daß die Enthüllungen im Kern wahr sein müßten: England sehe in den deutschen Flottenrüstungen lediglich die Aussicht eines zukünftigen Angriffs auf die englische Weltmacht. Welchen Zweck sollte denn auch sonst die ungeheuer wachsende Flotte haben? Nur Suche es seinerseits durch einen Angriff allen zukünftigen Eventualitäten vorzuzufassen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten: Lesen Sie doch die Randbemerkung!) Wenn die Stimmung zwischen Deutschland und England nicht so ist, wie sie nach Ansicht der verständigen Leute sein sollte, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß es in jedem dieser beiden Länder Leute gibt, die dem anderen Lande Absichten, Pläne und Tendenzen unterzuschleichen, an die die Mehrheit der verständigen Leute in dem anderen Lande nicht denkt. Wenn so viele Engländer an die böse Absicht Deutschlands glauben, so ist das zweifellos auch zurückzuführen auf die Agitation der Sozialdemokratie, die beständig ihr eigenes Land als den Störenfried hinstellt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn unsere Weltpolitik oft falsch ausgelegt wird, können wir uns wiederum bei der Sozialdemokratie befehlen, da sie es ist, die sie falsch ausgelegt und interpretiert. Wir wollen niemand angreifen, auch England nicht. Aber wir wollen so stark sein, um einen brutalen, einen ungerechten Angriff des Auslandes mit Ehren zurückweisen zu können. (Beifall rechts.)

Nun meint der Vorredner auch, ich hätte mit Unrecht gegen ihn den Vorwurf erhoben, daß er und seine Partei auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sich stets in Widerspruch setze mit den wirklichen nationalen Interessen des Landes; er hat sich und die Sozialdemokratie von dem Vorwurf reinigen wollen, daß sie eine Politik treibe, die den wahren deutschen Interessen widerspreche. Alpha und Omega jeder richtig geleiteten auswärtigen Politik muß aber sein das nationale Interesse des Landes. (Sehr richtig! rechts.) In diametraler Gegenlage dazu ordnet die Sozialdemokratie grundsätzlich und mit Bewußtsein die Interessen, die Sicherheit des Landes

ihren eigenen Partei-Interessen und Tendenzen, ihren utopistischen und destruktiven Sonderinteressen und Tendenzen unter. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Soz.) Gegenüber dem Widerspruch will ich auf den Interpretieren der Marx'schen Parteidogmatik, Kautsky, hinweisen. Er führt aus, daß, wenn die individuellen und die nationalen Interessen zu den Interessen des Emanzipationskampfes des Proletariats in einem Gegensatz treten, daß dann das individuelle und nationale Interesse zurücktreten müsse. (Hört! hört! rechts.) Weiter fährt Kautsky aus, daß die Sozialdemokratie nicht nach dem Grundsatz handeln könne: „Right or wrong, my country“ („Recht oder Unrecht, ich stehe auf der Seite meines Vaterlandes“), sie müsse entsprechend dem, was ihr im Emanzipationskampf des Proletariats in den Weg trete, handeln. (Hört! hört! rechts.) Weiter weist Kautsky u. a. darauf hin, daß die Sozialdemokratie während des deutsch-französischen Krieges den internationalen Ansprüchen des eigenen Landes entgegengetreten wäre, weil sie im Widerspruch gestanden hätten mit den Interessen der internationalen Sozialdemokratie. Nach diesen Grundgedanken müsse sich die Sozialdemokratie auch gegen die Selbständigkeitsgelüste aller Völker verhalten. Dagegen betreibe sie die Wiederherstellung Polens, weil es die Interessen der internationalen Sozialdemokratie verlangten. (Hört! hört! rechts.) Auf meine neuliche Frage, ob die Sozialdemokratie im einzelnen Falle entscheiden wolle, ob die nationalen Interessen des eigenen Landes oder die internationalen Interessen maßgebend sein sollen, habe ich allerdings ebenso wenig eine Antwort bei Kautsky gefunden, wie in den Ausführungen des Herrn Bebel. Kautsky läßt allerdings gar keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie das Vaterland nur dann verteidigt, wenn es der Sozialdemokratie in ihren Kram paßt. Denn er sagt: Die Sozialdemokratie habe nur dann die Pflicht, am Kampfe teilzunehmen, wenn die proletarischen Interessen mit denen der allgemeinen menschlichen Entwicklung zusammenfallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist eine häßliche Illustration zu den begeistertsten Friedensstrahlen, eine häßliche Illustration zu den sozialdemokratischen Resolutionen aus dem Sommer, in denen Sie das Monopol der Friedensarbeit und Friedensliebe für sich in Anspruch nahmen. In Widerspruch mit dem, was der Vorredner ausführte, wird ausdrücklich erklärt, daß nicht einmal jeder Angriffskrieg zu verurteilen sei. Die Unterscheidung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg sei überhaupt in den meisten Fällen zweifelhaft. Die Sozialdemokratie könne sehr wohl in die Lage kommen, einen Angriffskrieg zu fordern. Im Jahre 1848 hätten Marx und Engels einen deutschen Angriffskrieg gegen Rußland für notwendig gehalten. Später hätten sie sich bemüht, England zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland aufzufacheln. Dürfen wir sie, fragt Kautsky, wegen dieses Russiachens tadeln? Sicher nicht, antwortet Herr Kautsky. Er hätte hinzufügen können, daß es von seinem Standpunkte aus begrifflich war, daß vor einem Jahre die sozialdemokratische Presse anlässlich des Vorfalls an der Doggerbank England zu einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu ermutigen suchte, daß es ganz erklärlich war, daß die deutsche sozialdemokratische Presse, als einige deutsche Handelschiffe verzeichnetlich von russischen Schiffen aufgebracht worden waren, trotz der augenscheinlichen Bereitwilligkeit der russischen Regierung, jede Benutzung zu geben, alles aufzubete, um uns in einen Krieg gegen Rußland hineinzuhetzen, der durchaus nicht den Interessen des deutschen Volkes entsprach, aber in den sozialdemokratischen Parteikram hineinpähte. Die sozialdemokratische Presse handelte logisch, handelte konsequent, handelte im Rahmen der sozialdemokratischen Doktrin und Tradition, wenn sie uns mit Rußland zu verfeinden suchte. Aber warum bespricht denn der Führer der Sozialdemokratie bei der Etatsberatung im vorigen Jahre, daß die Sozialdemokratie bemüht sei, unsere Beziehungen zu Rußland möglichst zu verschlechtern? Warum leugnete er denn mir gegenüber das, was sein Freund Kautsky ganz offen zugibt? (Sehr gut! rechts.) Ich gestehe, daß ich jetzt einigermaßen skeptisch den Versicherungen des sozialdemokratischen Führers gegenüberstehe, wenn sie auch noch so pathetisch abgegeben werden. (Weiterleitet rechts.) In Wahrheit und Wirklichkeit sind die Friedensversicherungen der Sozialdemokratie Schaumflügelereien. (Bravo! rechts. Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Aufse: Selbst Schaumflügel!) — ein Deckmantel, unter dem sie ihre partizipolitischen Ziele zu verbergen sucht. (Erneute Unruhe bei den Sozialdem.) Was die Sozialdemokratie in Wirklichkeit will, das ist: das deutsche Volk in einen Krieg mit Rußland hineinzehetzen, damit es sich für die internationalen Pläne der Sozialdemokratie verblutet. (Große anhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Und während in dieser Weise die deutsche Sozialdemokratie bemüht ist, überall Mißtrauen gegen uns zu säen, uns nach außen zu diskreditieren, und während das offiziellste aller sozialdemokratischen Blätter nicht jeden Krieg, nicht einmal jeden Angriffskrieg gegen Deutschland mißbilligt, verweigert die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Volke die Mittel, deren es zu seiner Verteidigung bedarf. Und während des vergangenen Sommers erklärte unter dem Weifall der ganzen sozialdemokratischen Presse das leitende sozialdemokratische Organ Süddeutschlands, die „Münchener Post“, daß der Heldentod auf dem Schlachtfelde, den viele Söhne unseres Volkes, den Kleist, Theodor Körner, Feldmarschall Schwerin gefunden haben, den noch jetzt mancher unserer Brüder in Afrika findet, dem Tode des Schweines auf der Schlachtabank gleiche. (Stürmische Pluirae rechts, lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Wärmende, vielfach wiederholte Zwischenrufe: Unwahr! Lüge! Gemeine Fälschung!) Daß Sie (zu den Sozialdemokraten) zu einem solchen Zitat „Sehr richtig!“ rufen, beweist, daß Treitschke recht hat, wenn er sagt, daß es Dinge gibt, die nur in Deutschland der Parteidogma hervordringen können. (Anbauender Widerspruch und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Sie sind nicht nur nicht national, sondern Sie stellen sich überall in Gegensatz zu den wichtigsten Interessen des Landes. Ich spreche nicht von der großen Masse der deutschen Arbeiter — ich erkläre das vor dem Auslande — ich erkläre, daß die große Masse der deutschen Arbeiter das Herz auf dem rechten Fleck hat (Weifall rechts), daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, die große Menge der deutschen Arbeiter zu verführen. Ich erkläre, daß die große Masse der deutschen Arbeiter, auch derjenigen, die in den Reihen der Sozialdemokratie stehen, im Falle der Not ihre Pflicht tun wird. Daß es Ihnen nicht gelungen ist, den deutschen Arbeiter ihre deutsche Bestimmung auszutreiben. Aber die Sozialdemokratie selbst denkt anders darüber. Sie denkt so darüber, wie sie es schon 1870 getan hat. Damals haben Sie die Legende, die Unwahrheit in die Welt gesetzt, Bismarck sei der Urheber des Krieges gewesen, eine Legende, die dann im Auslande weit verbreitet wurde und überall zu unserem Schaden ausgenutzt wurde. Sie haben sich immer auf Seiten unserer Feinde gestellt, möge es sich um Chinesen oder um Hottentotten, um Boxer oder um Pereros handeln. (Weiterleitet rechts.) Ich erinnere an jene Aeußerung, die der Führer der deutschen Sozialdemokratie in Amsterdam getan haben soll (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Haben soll!), jene Aeußerung, daß es ihm nicht unangenehm wäre, wenn Deutschland auf dieselbe Weise Republik würde wie Frankreich im Jahre 1871. (Luste rechts: Hört! hört! Pfui!) Wenn die Aeußerung wirklich gefallen ist, wenn der Führer der deutschen Sozialdemokratie wirklich ein solches Unglück über Deutschland herabwünscht, nur damit es der Sozialdemokratie nütze, wenn Sie einen Brand herbeiwünschen, nur damit Sie an diesem Brande Ihren Parteipotop lösen können, so fehlen mir wiederum die Worte, um eine solche Partei zu charakterisieren. (Lebhafte Beifall rechts.) Die Sozialdemokratie tut alles, um uns im Auslande verächtlich zu machen. Während der Maroffo-Affäre ist dies soweit gegangen, daß das leitende Blatt der Sozialdemokratie, wenigstens dasjenige Blatt, welches den Führern wohl am nächsten steht, daß die „Leipziger Volkszeitung“ (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten) die Erwartung ausgesprochen hat, Frankreich werde wegen der Maroffo-Affäre bis zum äußersten gehen. Mehr als einmal habe ich in französischen Blättern gelesen, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit wäre, die Grenzprovinzen an Frankreich zurückzugeben. Deshalb freut man sich im Auslande über jeden sozialdemokratischen Wählerfolg, weil durch ihn unsere Stellung in der Welt geschwächt werde. Ein begabter englischer Dichter, der aber leider auf uns sehr

gütig zu sprechen ist, ich meine Dr. Kipling, hat im Gespräch mit einem französischen Journalisten sich gleichzeitig günstig über das Wachsen und Gedeihen von zwei Bewegungen ausgesprochen, nämlich über das des britischen Imperialismus und das der deutschen Sozialdemokratie. (Hört! hört! rechts.) Es ist durchaus kein Zufall, daß zwei große Blätter, wie die englische „Times“ und der Pariser „Temps“ sich nicht genug darin tun können, Gutes über die Rede des Herrn Vorredners zu sprechen. So sieht ein Kaufmann, der selbst in seinem Bureau auf strenge Fucht hält, es nicht ungern, daß sein Rivale Angestellte hat, die unter Umständen nicht zögern würden, das Bureau in die Luft zu sprengen. Wenn jemals unsere Sozialdemokraten dies Ziel erreichen sollten, so würde es sich nicht nur um den Verlust einiger Grenzprovinzen handeln, sondern wir würden wieder dastehen wie in den jämmerlichsten Zeiten unserer Geschichte: als Zummelplatz für fremde Bestiege. Ich habe oft Parallelen gelesen zwischen französischen Jakobinern und deutschen Sozialdemokraten. Ich leugne nicht, daß eine gewisse Ähnlichkeit besteht, eine Ähnlichkeit im Fanatismus und Dogmatismus, eine Ähnlichkeit in der Redeweise, eine Ähnlichkeit vielleicht auch in der freundschaftlichen Gefinnung der Herren unter einander. (Weiterleitet rechts.) Ein großer Unterschied aber besteht: die französischen Jakobiner wollten ein großes und starkes Frankreich, sie wollten ihr Bestes hingeben für die Größe Frankreichs. Unsere Jakobiner dagegen fangen damit an, alle unsere Grenzprovinzen aufzugeben, und die Mittel für unsere Wehrkraft zu verbergen, sie wollen ein engeres, kleineres und schwächeres Deutschland. Ihr Mangel an Verständnis für unsere Stellung in der Welt ist es, der den stärksten Unterschied bildet zwischen ihnen und uns. Man hat in Ihren Kreisen eine Paralle zwischen unseren Zuständen und den Zuständen kurz vor der französischen Revolution ausgesprochen. Kaum jemals ist mir ein tödlicherer Vergleich vorgekommen. Wir leben in einem Rechtsstaate (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) — jedenfalls in einem besseren Rechtsstaate, als er bei Ihnen herrschen würde. (Weiterleitet rechts.) Verschonen Sie uns also mit solchen Vergleichen. Sollten Sie aber noch Reden zu Taten übergeben, sollten Sie einen Postillenknecht unternehmen, so würden Sie sehen, was dabei für Sie herauskommen würde. Ich wiederhole meine Worte von neuem: Geben Sie nicht von Medensdarten zu Taten über! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Erzberger (Z.): Hätte Fürst Bismarck vorausgesehen, daß die deutschen Kolonien und in 20 Jahren 1/2 Milliarden Mark kosten würden, ohne unseren Handel oder unsere Kultur zu verbreiten, so hätte er das Reichsschiff schwerlich in das Fahrwasser der Kolonialpolitik gesteuert. In den meisten Kolonien ist Hopfen und Malz verloren. Ist es wirklich wahr, daß man jetzt noch den schwer kompromittierten Karl Peters wieder in den Reichsdienst übernehmen will? Unsere ganze Kolonialpolitik ist völlig systemlos, dabei aber so bürokratisch, daß über die Frage, ob ein Brief mit „Behorlamt“ oder „Ergebenst“ zu unterzeichnen ist, seitenlange Schriftstücke gewechselt werden. (Große Heiterkeit.) Der Redner bringt dann eine große Reihe einzelner Beschlüsse vor: über Südwestafrica auf Grund der Proklamation einer Frau Sonnenburg, über die Fälle Vöhlau und Groneveld, und er hebt gegen die Regierung die Anklage, daß sie den Reichstag wiederholt durch falsche Berichte täuscht und in seinem Budgetrecht verlegt habe. Er sei mit der festen Überzeugung in den Reichstag gekommen, daß alles, was ein Bundesratsmitglied sage, so fest stehe wie Gottes Wort in der Bibel. (Große Heiterkeit.) Weil er jetzt entdeckt habe, daß sehr oft dem Reichstage Unrichtiges mitgeteilt werde, sei er in der Presse als ein Altkwad Nummer 2 hingestellt worden, aber er verfolge nur den Zweck, durch ein positives Programm, das die Missionsgesellschaften sicher stelle (Lachen bei den Sozialdemokraten) und die Rechte der Eingeborenen schütze, endlich die Zustände in den Kolonien zu bessern. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Frhr. v. Rittschhausen bestritt, daß die Regierung den Reichstag durch falsche Mitteilungen oder wesentlich falsche Berechnungen irreführt habe, und versichert, daß die Regierung bemüht sei, die besten und tüchtigsten Männer als Beamte hinauszuschicken, damit sie sowohl die Rechte des Staates gegenüber den Landgesellschaften energisch wahren, als auch die Eingeborenen gerecht und milde behandeln.

Geheimrat Helfferich bezeichnet das Material des Abg. Erzberger als falsch und lügenhaft.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. Kuchendem auf Vorschlag des Abg. Camp, dem niemand widerspricht, vorher noch die südwestafrikanische Wahlvorlage.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

B. B. Was Schlichte zu verlangen haben, richtet sich nach der getroffenen Vereinbarung. — G. G. 6. Nicht der Unternehmer, sondern die Kasse kauft Ihre Frau, falls, wie nach Ihrer Schilderung anzunehmen, Krankenversicherungspflicht vorliegt. Werden die Ansprüche von der Kasse abgeholt, so wenden Sie sich an die Gewerbeabteilung, Straßburgerstr. 1-3. — G. G. 21. 1., 2., 4. Pa. 3. Bis zum Nünzehnten. — G. G. 3. Die Frau haftet in Ihrem Falle für die Rente nicht. — A. 21. Für den durch den Kleinen angerichteten Schaden haben Sie zu haften, wenn der Richter annimmt, Sie hätten die Abten obliegende Aufsichtspflicht verletzt und durch diese Verletzung sei der Schaden entstanden. Eine solche Ihnen anzuliegende Annahme dürfte in Ihrem Falle für ausgeschlossen zu erachten sein. Demnach hätten Sie nicht zu zahlen. — A. 1879. 1. und 2. Wein. — M. G. 1000. Einen neuen Vertrag brauchen Sie nicht anzunehmen. Im übrigen dürften, soweit ersichtlich, rückständig Rückzahlung der Bestimmungen Ihres alten Vertrages auch für Ihre jetzige Wohnung gelten. — P. C. 16. Rein. — A. R. 2. 13. Waren Sie als Beamter angestellt, so hätten Sie noch Anspruch auf Zahlung bis zum 9. November, sonst nicht. — 999. Die Parteien betragt 20 Wochen. Von dem das Alter ausgeht wird, ist gleichgültig. — M. 100. Pa. — 6789. Rein. — G. G. 20. Johannisthal. Pa. — 29. 9. In der Verhandlung von Hofmann, Blumenstr. 14. — G. 16. Sie müssen zunächst bei der Gewerbeabteilung (Straßburgerstr. 1/3), gegen deren Beschluß eventuell bei dem Amtsgericht klagen. — T. C. K. Sie müßten eine polizeiliche Genehmigung einholen. — A. 2. Wegen des Zahlungsoverbot haben Sie nicht bei dem Gerichtskollaudat, sondern bei dem Gericht unter Vorlegung Ihrer Gründe Beschwerde einzulegen; der Richter kann darauf nicht gehen. — C. 23. 3. Sie können Ihre Forderung lediglich beim Amtsgericht einbringen. — Eine Weite. Weides. — P. V. 2. Sie können auf Erfolg für die nötigen Reparaturkosten klagen. — A. 2. 21. Die Kosten müssen Sie bezahlen, wenn Kosten darüber bei Gericht in Ihrem Falle nicht erwachsen. — A. 24. Die Rechnungsadressen finden Sie im zweiten Teile des Adreßkalenders. — A. 100. Pa. — A. 26. 6. 1. Sie sollten den Verding schleunigst aus der Lehre nehmen, bei der Gewerbeabteilung auf den Wistand aufmerksam machen und gegen den Meister und die Gesellen auf vollen Schadenersatz für Ihr Kind klagen. 2. Die Almosen können noch einmaltig werden. — Papier 21. Rein. — A. K. 05. Pa. — A. 2. Können Sie die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit beweisen, so können Sie mit Aussicht auf Erfolg klagen. — G. R. 6. Da eine bestimmte Mietzeit nicht vereinbart und die Rente vierteljährlich zu zahlen ist, so müßte bis spätestens am dritten des Quartals zum Quartalsende gekündigt werden. Sie können auch früher, z. B. im Januar zum 30. Juni kündigen. — G. 7. Die Gewerbeabteilung für Rechtsbeschwerden betragt 14 Tage. Vor sich innerhalb dieser Zeit das Rechtsbeschwerden gezeigt, so haften Sie den Verfall. — G. 2. Angelegenheiten sind erforderlich. In seiner Verweisung liegt das von Ihnen Angeführte nicht aus. — Wattenplan. — A. R. 60. Zunächst ist nach Wahl des Klägers: 1. das Gewerbeamt, in dessen Bezirk die Arbeit zu verrichten und der Lohn zu zahlen ist (also in der Regel das der Arbeitstätte); 2. das, in dessen Bezirk die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers sich befindet; 3. das, in dessen Bezirk beide Parteien (nicht nur Kläger oder nur Beklagter) ihren Wohnsitz haben, und endlich 4. für Binnenkläger das Gericht des Heimatortes (des Ortes, von dem aus die Schlichtung mit dem Schlichter betrieben wird). — A. 6. und andere Darlehnsfragen. Sie können entweder den Erlaß eines Zahlungsbelehrens beim Gericht beantragen oder sofort die Klage einreichen. Beispiele für den Erlaß eines Zahlungsbelehrens finden Sie S. 507/508 des Arbeiterrechts, für eine Darlehnsklage S. 229 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.



## Für Weihnachten

empfehlen wir unseren werten Lesern nachstehende Werke, die sich zu Geschenken besonders eignen, zur gefälligen Beachtung.

**Fritz Reuters sämtl. Werke** in einer neuen illustrierten Prachtausgabe 2 Bände, elegant in Halbheinen gebunden, Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch.  
**Preis nur 3 Mark.**

**Gesundheitsschutz** in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Keryten und Fachgelehrten von Emanuel Urm. 824 Seiten. Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 184 in den Text gedruckten Abbildungen.  
**Preis nur 4 Mark.**

**Ferdinand Freiligraths sämtl. Werke** in drei elegant. Leinenbänden nur 3 M. (bisher. Pr. 15 M.)

### Sonstige Klassiker-Ausgaben.

Börne . . . . . 3 Bde. 6,— M.	Hebel . . . . . 4 Bde. 6,— M.	Lessing . . . . . 2 Bde. 4,50 M.
Chamisso . . . . . 1 Band 1,75	Heine . . . . . 4 „ 6,—	— „ . . . . . 3 „ 5,—
Schopenhauer . . . . . 2 Bde. 3,50	Hoffmann . . . . . 4 „ 8,—	Rückert . . . . . 3 „ 6,—
Gaudy . . . . . 1 Band 1,50	H. v. Kleist . . . . . 1 Band 1,75	Schiller . . . . . 4 „ 6,—
Goethe . . . . . 6 Bde. 10,—	Körner . . . . . 1 „ 1,80	Shakespeare . . . . . 4 „ 6,—
— Auswahl in 4 „ 6,—	Lenau . . . . . 1 „ 1,75	Stifter, Werke . . . . . 2 „ 4,—
Hauff . . . . . 2 „ 3,50		Abland, Werke 1 Band 1,75

Dieselben Klassiker-Ausgaben in besser. Ausstattung u. Halbfranz je 50% teurer. — Hauffs, Heines, Lessings, Schillers, Shakespeares Werke je 1 Band, geb. a 3 M., Goethes Werke in Auswahl, 1 Band 4 M.

### Internationale Bibliothek, I. Serie. (Vergriffen sind Band 3, 4, 5, 7, 15, 19.)

- |  |  |  |   |
|--|--|--|---|
| 1. Haveling, Die Darwinische Theorie. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M.       | 14. Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.             | 23. C. Hugo, Die engl. Gewerkschaftsbewegung. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M.                       | 30. K. Marx, Die Kritik der politischen Ökonomie. Geb. 4,— M.                           |
| 2. K. Kautsky, Marx' Ökonomische Lehren. 2,— M.                          | 15. f. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.                          | 24. K. Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M.       | 31. Josef Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M. |
| 3. H. Bebel, Charles Fourier. Geb. 2,50 M.                               | 16. Franz Mehring, Die Lessing-Legende. Brosch. 3,— M., geb. 3,50 M.                                 | 25. Rud. Peters, Der Glaube an die Menschheit. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.                      | 32. Josef Dietzgen, Kleine philosophische Schriften. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.       |
| 4. Stern, Die Philosophie Spinozas. 1,50 M.                              | 17. H. Lux, Etienne Cabet und der Pariser Kommunismus. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M.                  | 26. H. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. I. Serie. 3 Teile. Geb. 5,50 M.                        | 33. Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien. Brosch. 3,— M., geb. 3,50 M.               |
| 5. H. Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.  | 18. G. Plechanow, R. O. Tschernschevski. Brosch. 2,50 M., geb. 3,— M.                                | 27. C. Hugo, Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus in England. Brosch. 2,— M., geb. 2,50 M. | 34. H. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. II. Serie. Brosch. 3,50 M., geb. 4,— M.       |
| 6. Lissagaray, Die Geschichte der Kommune. Illust. Ausgabe. Geb. 3,50 M. | 19. Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Brosch. 2,50 M., geb. 3,— M.        | 28. G. Moch, Die Armee der Demokratie. Brosch. 1,— M., geb. 1,50 M.                              | 35. Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Brosch. 5,50 M., geb. 6,— M.                 |
| 7. Fr. Engels, Ursprung der Familie. 1,50 M.                             | 20. Josef Dietzgen, Das Acquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M. | 29. G. Plechanow, Beiträge zur Geschichte des Materialismus. Geb. 4,— M.                         | 36/37. Karl Marx, David Ricardo. Brosch. 10,50 M., geb. 11,50 M.                        |
| 8. K. Marx, Das Elend der Philosophie. Brosch. 1,50 M., geb. 2,— M.      |  |  |   |
| 9. K. Kautsky, Das Erfurter Programm. Geb. 2,— M.                        |  |  |   |

**Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:**

**Geschichte der französischen Revolution von 1848** und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von P. Hérisler . . . . . anstatt 6,50 M. jetzt 5,— M.

**Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Bloss . . . . . anstatt 5,70 M. jetzt 5,— M.

Diese Bücher sind sämtlich in Prachteinbänden gebunden. — Der Text ist durch

**Die Tierwelt** von R. Dommell anstatt 7,10 M. jetzt 5,— M.

**Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt v. D. Röhlert anstatt 6,50 M. jetzt 5,— M.

**Weltschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von D. Röhlert anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

zahlreiche Illustrationen und viele farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

### Geschichte des Sozialismus.

- Vorläufer, Die, des neueren Sozialismus.** Erster Teil. Von Plato bis zu den Wieder-täufern. Von Karl Kautsky. Geb. in Leinw. 4,50 M., in Halbfrz. 5,50 M.
- Zweiter Teil: Von Thomas More bis zum Vorabend der französischen Revolution.** Von K. Kautsky, P. Lafargue, E. Bernstein und C. Hugo. Geb. in Leinw. 4,50 M., in Halbfrz. 5,50 M.
- Mehring, Fr., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.** 2. Aufl. 4 Bände. Brosch. a 4,— M., geb. a 5,— M.
1. Band: Bis zur Märzrevolution.
  2. „ Bis zum preussischen Verfassungstreit.
  3. „ Bis zum deutsch-französischen Krieg.
  4. „ Bis zum Erfurter Programm.

- Victor Hugo: 1793. Historischer Roman** aus der französischen Revolution. In Prachtband (statt 4,— M.) 2,— M.
- Bilderbuch für große und kleine Kinder.** Jahrg. 1900 . . . . . — 75 M.
- Daselbe.** Jahrg. 1898, 1894, 1895, auf. 1,50 M.
- Der Storch** und andere Märchen für erwachsene Kinder. Von R. Ewald 1,— M.
- Ausgewählte Märchen von R. Ewald.** Brosch. 1,— M., geb. 1,50 M.
- Feierabend.** Ein Buch für die Jugend. Von E. Adler. 2,— M. kart. 1 M.

### Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Laffalle

herausgegeben von f. Mehring — 4 Bände gebunden anstatt 31 M., für 20 M.

**Laffalle, Marx und Engels. Kunst-Porträts.** Bebel, Liebknecht, Singer. In bester Ausführung auf Japanpapier 1,50 M. (Kartongr. 65:85 cm. — Jedes Bild nur 4 M.)

**„Die Freiheit führt das Volk“** Kupfergrabüre. Bildgr. 43:54 cm | **„Der erste Mai“** Kupfergrabüre. Bildgr. 47:68 cm | **„Die Marcella“** Kupfergrabüre. Bildgr. 47:68 cm

**Rembrandts Mutter** gerahmt Preis 2,25 M. | **Worpeweder Landschaften** gerahmt Preis 2,25 M.

**„Die Hohenzollern-Legende“** Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis 20. Jahrhundert von dem der erste Band vorliegt. Gebunden in Halbfranz 8 M., in Leinen 7 M.

**„Wider die Pfaffenherrschaft“** Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. u. 17. Jahrh., von G. Rosenow (fortgeführt von G. Stroebel). 3 Bände, gebunden in Halbfranz 16 M., in Leinen 14 M.

**„In freien Stunden“** von denen jetzt sieben Bände erschienen sind, über deren Inhalt das Schriftensverzeichnis Auskunft gibt. Pro Band: in Halbfranz 4 M., in Leinen 5,50 M.

Von dem Roman **Berta von Suttner: Die Waffen nieder!** ist eine billige Volksausgabe erschienen. Der Preis beträgt 1,— M.

**Jugend-Bücherschatz**

Eine herrliche Sammlung von Märchen, Fabeln und Erzählungen, in reichster Weise illustriert.

1. Das häßliche Entlein von Andersen (61 Illust.)
2. Der Froschprinz von Grimm . . . . . (63 „ )
3. Die Geschichte vom Rotkehlchen von Eyrer . . . . . (64 „ )
4. Karnickels Abenteuer von Remus (128 Illust.)
5. Remeke Fuchs . . . . . (188 „ )
6. Schätzig Fabeln Kefops . . . . . (222 „ )

a Band 60 Pfennig. Je 2 Teile in 1 Band geb. a 1,20 M. — je 3 Teile in 1 Band geb. a 1,80 M.

### Jugendschriften mit farbendruckbildern.

- Der schwarze Bison** a 1,— M. Robison Crusoe
- Der Glöckpeter** von G. Chr. Andersen. In eleg. Ausstattung. Regulärer Preis 4,— M., jetzt 1,— M.
- v. Wildenradt: Der Zöllner von Klausen.** Illustriert von E. M. Lilien. In Leinen (statt 4,— M.) 2,— M. In Halbheinen 1,— M.
- Gullivers Reisen nach Broddingnag** a 2,— M. B. Hauffs Liechtenstein Hebbels Schachkästlein
- Coopers Lederstrumpf-Erzählungen** a 1,50 M. 1. Der Bildhauer 2. Der letzte Mohikaner 3. Der Pfadfinder 4. Lederstrumpf — Die Prairie
- Mythologie der Griechen und Römer** von Dr. D. Seemann. Geb. 2,— M., auf besserem Papier gedruckt und mit Goldschnitt 2,50 M.
- Heiden der Menschheit.** Lebensbeschreibungen weltgeschichtlicher Persönlichkeiten. Mit 145 Illust. Geb. 2,50 M.
- Die bunte Kuh von Flandern.** Eine Erzählung aus der Zeit der Hanja. (Illustriert.) 3,— M.
- Deutsche Heldensagen** von Gust. Schall. (Illustriert.) 5,— M.
- Römische Heldensagen** von Gust. Schall. (Illustriert.) 4,— M.

### Jugend-Bibliothek.

- Herausg. von Ferd. Schmidt und Jul. Lohmeyer. Jeder Band in Leinwand gebunden u. mit Illustrationen versehen. Preis pro Band (statt M. 4,—) jetzt M. —,60.
- |                                    |  |   |
|------------------------------------|--|---|
| Bd. 4. Hermann und Xusneida.       | Bd. 20. Götter und Heiden.               | Bd. 36. George Washington.              |
| 5. Die Ridelungen.                 | 21. Heroen- u. Heldengeschichten.        | 37. Benjamin Franklin.                  |
| 6a. Nürnen Bullenweder von Lübeck. | 22. Lehius und sein Geslecht.            | 38. Alexander von Humboldt.             |
| 6. Herder als Knabe u. Jüngling.   | 23. Friedrich Schiller.                  | 39. Heinrich Pestalozzi.                |
| 7. Die Törken vor Wien.            | 24. König Lear.                          | 40. Libanon.                            |
| 8. Andreas Hofer.                  | 25. Der Kaufmann von Venedig. — Racheh.  | 41. Polos Wendelsohn.                   |
| 9. Johann Gottlieb Fichte.         | 26. Walter und Hildegunde — Rotengarten. | 42. Gotthold Ephraim Lessing.           |
| 10. Gudrun.                        | 27. Die Fritjofsage.                     | 43. Amerikanische Jagd- u. Keltensagen. |
| 11. Robinson.                      | 28. Goethes Jugend und Jünglingszeit.    | 44. Albrecht Dürer.                     |
| 12. Wilhelm Tell.                  |  | 45. Geschichte und Dichtung.            |
| 13. Die Alchemisten.               |  | 46. Heidenjahren.                       |

### Bilderbücher in besserer Ausstattung.

- Der gestirnte Kater . . . . . —,60 M.
- Wie's uns gefält . . . . . —,75
- Sozus Focus. Ein lustiges Verwandlungsbilderbuch . . . . . —,90
- Der Zoologische Garten (statt 2,— M.) 1,—
- Draußen und Daheln . . . . . 1,—
- Kinderstube . . . . . 1,25 M.
- Zimmer froh tagaus, tagein . . . . . 1,25
- Die Bube. Überhand Schalksnaed für Kinder, hochfeine Illustrationen. 4,—
- Alle Kinderreime. Mit Künstlerillustrationen von E. Kreidolf . . . . . 5,—

### Märchenbücher etc. mit farbendruckbildern.

- a 60 Pfennig Märchen nach Gebr. Grimm Verlen und Edelsteine
- a 1,20 M. 2. Wehlers Märchenbuch mit 84 Holzschlitten
- a 1,20 M. (statt 2,— M.) Die Wiesenwege von E. Kreidolf G. Chr. Andersen's Märchen Häufige Märchen Rosen und Dornen
- a 1,25 M. (statt 2,— M.) Märchenstrauch für die Kinderstube Schatzkästlein der schönsten Märchen
- Hauffs Märchen (Einzelausgabe) Die Karawane 1,50 M. Der Schick von Alexandria 1,50 M. Das Wirtshaus im Speessart 1,80 M.



Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige Sitzung war nur von kurzer Dauer. Die Verhandlungen werden vom Vorsteher Dr. Langerhans gegen 5 1/2 Uhr eröffnet.

Mit der Befestigung einer neuen Fluchtlinie auf der Ostseite der Neuen Grünstraße von der Grünstraßenbrücke bis zum Grundstück Nr. 16, sowie mit der Aufhebung der bestehenden Fluchtlinie vor dem früheren Ravenéischen Grundstück, Wallstraße 92/93, auf dem ein Schmelzplatz angelegt werden soll, hat sich der niedergesetzte Ausschuss nach längerer Beratung einstimmig einverstanden erklärt.

Nach einigen Bemerkungen des Stadtv. Mentel (V. L.) wird die Vorlage angenommen.

Für die im Jahre 1906 auf den städtischen Kieselgütern beabsichtigten Bauten wird in 21 verschiedenen Posten ein Gesamtkredit von 300 000 M. verlangt, wovon 32 600 M. aus Anleihemitteln, 276 400 M. aus laufenden Mitteln bestritten werden sollen.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Das Grundstück Nigaerstraße 9/10 will der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Stadtsynode zum Zweck der Erbauung einer zweiten Kirche für die Samaritergemeinde käuflich erwerben; er hat 100 M. pro Quadratmeter, also 89 200 Mark, geboten unter der Bedingung des Erlasses der ordnungsgemäßen Anliegerbeiträge, die etwa 13 000 M. betragen würden. Der Magistrat empfiehlt, auf das Gebot einzugehen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. Die Abreise und Schneefuhr auf den Straßen und Plätzen Berlins soll für die drei Jahre vom 1. April 1906 bis 1909 an die Unternehmer Gebrüder Krause, Paul Friede, S. Brechme sen., S. Brechme jun., Otto Berndt, C. Raud und A. Labbert für die Mindestforderung von jährlich 1,054 000 M. für die Abfuhr und von 3 M. für jede Fuhr Schneefuhr vergeben werden. Seit 1. April 1903 bis Ende März 1906 hat der Unternehmer Labbert die Abfuhr zu bewirken; er erhält 910 400 M. für die jährliche Abfuhr und 2,85 M. für jede Fuhr Schnee. Die Renaudschreibung war in 8 Lose geteilt und hatte die fünf Ersteinnahmen als Mindestforderung ergeben; ihnen haben sich dann Raud und Labbert angeschlossen.

Für eine Reihe von Baustellen des Virchow-Krankenhauses legt der Magistrat die Kostenanschläge zur Mobilisierung und Inventarhaltung vor und sucht deren Genehmigung nach.

Ohne jede Debatte werden auch diese drei Vorlagen von der Versammlung genehmigt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die südafrikanische Kriegsbahn wurde gestern in der Budgetkommission gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt. In der Debatte erklärte Unterstaatssekretär Tzewe die Bereitwilligkeit der Regierung, an der Regelung der Landfrage in den Schutzgebieten mitzuarbeiten. Erst nach mehrmaliger Prüfung und nach gemessener Überzeugung, daß der Bahnbau von großen finanziellen wie militärischen Nutzen sei, habe die Regierung der Vorlage zugestimmt. Auf viele Jahre hinaus müsse mit einer starken militärischen Besetzung Südafrikas gerechnet werden. Abg. Ledebour sprach sich für energisches Vorgehen gegen die Kolonialgesellschaften in der Landfrage, unter eventueller Anwendung des Enteignungsverfahrens, aus. Die zweifelhafte bestehende Abfiht, die Bahn bis Beemanshoop zu bauen, hieße die jetzt geforderte Summe verdrängen. Ganz entschieden verlangte er nun Auskunft über die mit Morenga gepflogenen Unterhandlungen und über Trothas Proklamationen. Geheimrat Hefferich teilte nach den Akten mit, daß Trotha nur die Aufständischen mit dem Tode bedrohte, die zu Beginn des Aufstandes Weiße ermordet oder den Befehl dazu gegeben haben. Trotha gab daher den geflohenen Wörtern den Rat, nicht zurückzukehren, denn ihr Leben sei verwirrt. Die Unterhandlungen mit Morenga seien nur durch Vertrauensbruch bekannt geworden, die daraus bezüglichen Briefe Trothas nicht an den Reichsanwalt, sondern an den Generalstab gerichtet gewesen. In die Frage, ob verhandelt werden soll oder nicht, habe sich der Reichsanwalt nicht hingemischt. Oberst v. Deimling erklärte dazu ergänzend: Morenga hat Trotha um Friedensverhandlungen angegangen, worauf Hauptmann Salzmann unterhandelte. Morenga erklärte: die Deutschen ließen ihn nirgends in Ruhe, raubten sein Vieh, töteten seine Leute und viel Vieh sei fußlahm geworden. Die Antwort Salzmanns lautete: Ergebung und Abgabe aller Gewehre, worauf Morenga meinte, das müsse er sich überlegen und seinen Unterleuten fragen, wozu der Entfernung wegen drei Wochen Zeit erforderlich seien. Obwohl Trotha dem Morenga keinen Glauben schenkte, wurde die Frist gewährt, nach deren Ablauf Morenga, statt eine Antwort zu geben, der ihm gegenüberstehenden Kompanie alle Reittiere raubte, eine andere Abteilung überfiel und ihr 55 Mann tötete. Bei diesem Raubzuge gebe es nur eins: entweder Unterwerfung oder Vernichtung. Abg. Müller-Gulda (S.) weist darauf hin, daß die Bahn nicht nur bis Beemanshoop, sondern sicherlich auch bis Windhof ausgedehnt werden solle; das ist eine ungeheuer große Strecke. Abg. Erzberger (S.) erklärte, daß nach ihm gewordener Information ein höherer Offizier im Schutzgebiet geäußert haben soll, am liebsten ließe er eine Anzahl Kaufleute erschießen, weil diese durch den Verkauf guter Waffen an die Aufständischen sich des Hochverrats schuldig gemacht haben. Abg. Ledebour erklärte die Auskunft der Regierung für ungenügend; er werde weitere Auskunft fordern, ziehe aber für heute den tags vorher gestellten Antrag (Verkaufgabe des Schriftwechfels) zurück. — Anher der Vorlage wurde eine Resolution Müller-Gagans (fr. Sp.) angenommen, daß der Polizeischutz in den Schutzgebieten auf einen möglichst engen Bezirk beschränkt werde, wobei die wirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen. Annahme fand auch die Resolution Erzberger (S.) auf eventuelle Aufhebung der den Gesellschaften verbleibenden Land- und Bergwerksrechte; ferner, daß die Gesellschaften verpflichtet werden, das zum Bahnbau nötige Gelände nebst einem breiten Streifen Land zu beiden Seiten der Bahn umsonst herzugeben, und endlich ein hierzu gestellter Zufahrtstrag Dr. Semmler's (natl.), daß die Gesellschaften auch entfernt liegende Quellen abgeben müssen, wenn deren Besitz sich als notwendig erweist. Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entspann sich über die Antragung, die Vorlage am Freitag in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Abg. Dr. Bachem (S.) führte nämlich aus, daß schließlich, wenn die Annahme der Vorlage durch das Plenum in zweiter Lesung geschehen sei, die Regierung eventuell schon bauen lassen könne und dann um Indemnität nachsuche, oder die bauausführende Firma inzwischen alle Vorbereitungen treffe. Weibes wäre dem Reichstag gewiß nicht unangenehm. Das beste sei, möglichst die dritte Lesung am Freitag zu erledigen, was nur geschehen könne, wenn kein Mitglied des Hauses widerspreche. Abg. Singer erklärt es für unbegreiflich, wie ein Reichstags-Abgeordneter solche Ausführungen wie Bachem machen könne, aus denen schließlich die Regierung herauszulesen vermöge: der Bahnbau kann schon nach der zweiten Lesung beginnen, die Annahme und Indemnität ist verbürgt. Die Sozialdemokratie würde den entscheidenden Einspruch erheben, wenn es sich die Regierung einfallen lassen wollte, auch nur

ein Pfennig auszugeben, bevor die Vorlage vom Reichstag endgültig bewilligt sei. — Aus den Äußerungen der Redner der bürgerlichen Parteien war zu entnehmen, daß sie der dritten Lesung am Freitag zustimmen werden. —

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Die Schmiehe Hamburgs nahmen am 9. Dezember in einer Mitgliederversammlung eine Resolution an, in der sie gegen die Haltung der „Schmiehezeitung“ zum „Vorwärts“-Konflikt protestieren und als die Pflicht der Gewerkschaftspresse die Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Parteigenossen erklären.

Eine Mitgliederversammlung des Sattlerverbandes (Hilke Leipzig) beschäftigte sich am Sonnabend mit den bekannten Artikeln in der „Schmiehezeitung“ und dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ und nahm eine Protestresolution gegen die genannten Blätter an.

Genosse Leimpeters bewahrt sich in einer längeren Ausführung in der „Vergarbeiter-Zeitung“ gegen die im „Vorwärts“ vom 9. d. M. erschienene Resolution der Zahlstelle Brackel bei Dortmund, die durch ihre Überzeugung Parteigenossen erklären, er werde, als ob die Redaktion der „Vergarbeiter-Zeitung“ der Kritik an ihrer Haltung die Aufnahme verweigert hätte.

„Es lag also gar keine Ursache vor, schreibt Leimpeters, den Weg über Berlin zu nehmen, um die Redaktion beim Vorstand oder den Mitgliedern anzuklagen, oder hat man nicht den Mut, den geraden Weg zu beschreiten?“

Die Redaktion der „Vergarbeiter-Zeitung“ irrt sich. Die fragliche Resolution ist und nicht direkt aus Brackel zugesandt, sondern von und der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen worden.

Leimpeters schließt seine Erklärung mit den Worten:

„Diejenigen Redaktionen, die mit Wohlbehagen diese Resolution abdrucken, mögen sich gefast sein lassen, wenn wir mal so weit heruntergerückt sind, daß wir nur noch durch Sympathie-resolutionen unser Können attestieren lassen müssen und wenn wir nichts Besseres mehr zu tun haben, als solche Dinge fabrizieren und annehmen zu lassen, holen wir uns jeden Tag und in jeder Zahlstelle einstimmig die schönste Vertrauensresolution und in Brackel die erste.“

Für das Zeugnis der Urteilsfähigkeit und der geistigen Reife, das Leimpeters mit diesen Worten den Mitgliedern des Vergarbeiter-Verbandes ausstellt, mögen sich diese bei ihm selbst bedanken.

Sisyphusarbeit.

Der „Grundstein“ setzt die Hege gegen die Partei fort, und zwar unter dem Titel „Der Materialismus an der Arbeit“. Wir brauchen nicht erst zu bemerken, daß das Leitmotiv dieses Elaborats die vermeintliche Feindschaft gegen die Gewerkschaften ist, die man in gewissen Kreisen mit Heiß und Ausdauer, die eines edleren Predes würdig wären, den „radikalen“ Sozialdemokraten angudichten sucht. Der „Grundstein“ eignet sich dabei die auf allen Seiten in der Partei mit respektwürdigem, wenn auch diskretion Pöbeln aufgenommenen Kaschandraufe der Genossen Probe, Elm und Besche gegen die „jedem realistische Denken vermissen lassende Revolutionäromantik“ an. Insbesondere aber soll diesmal das folgende „Material“ herhalten:

Nach einigen Zeitungsberichten soll Frau Rosa Luxemburg in ihrem Leipziger Vortrag die gewerkschaftliche Arbeit geradezu als „Sisyphusarbeit“, als völlig nutzloses Mühen bezeichnet haben. Nun, wie sie über die Gewerkschaften denkt, ist ja längst bekannt. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte im Januar 1903 einen Artikel von ihr, in dem es wörtlich heißt: „Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Teile der proletarischen Massenbewegung bezeichnet. Diese Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Massenbewegung ist. Sie organisiert den Arbeiter nicht als Arbeiter im allgemeinen, nicht als Glied seiner Klasse, sondern im Gegenteil, als Arbeiter im speziellen, als ein Glied seines Standes, als Buchdrucker, Schreiner, Bildhauer. Die Gewerkschaftsbewegung ist als solche nicht nur keine Massenbewegung, sondern das Gegenteil einer Massenbewegung; an die Stelle des Solidaritätsgefühls mit dem Genossen setzt sie das Solidaritätsgefühl mit dem Kollegen. Ihrer ganzen Natur nach ist sie beschränkt auf einen kleinen Kreis der arbeitenden Massen, und zwar auf ihren bestbezahlten und geistig entwickeltesten. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegenläufigen, sondern in gar keinem Verhältnis zu der proletarischen Massenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht.“

Dieses Zitat gibt dem „Grundstein“ Gelegenheit, eine ganze Spalte lang die edelste Entrüstung über die „politische Lieberbetlung“ und was dergleichen Geschwätzigkeiten mehr sind, auszugießen.

Es tut uns sehr leid, dem „Grundstein“ und den anderen Gewerkschaftsblättern, die, wie die „Vergarbeiter-Zeitung“, mit Wohlgehen den Artikel bewerten, ihre ernste Arbeit der Legendensbildung gestören zu müssen. Der „Grundstein“ hat sich nämlich aus den Fingern gesogen, daß das obige Zitat aus der „Leipziger Volkszeitung“ von der Genossin Luxemburg stammt, genau so wie er sich aus den Fingern gesogen hat, daß Genossin Luxemburg je in irgend einer Versammlung oder auch in irgend einem Artikel den gewerkschaftlichen Kampf schlechthin als „Sisyphusarbeit“ bezeichnet hätte. Die Legende von der „Sisyphusarbeit“ ist erst vor wenigen Wochen von Genossen Hue bereits frustifiziert, gleich darauf aber im „Vorwärts“ als gewissenloser Demagogentrick festgenagelt worden. Es wurde dabei an der Hand von Zitaten erwiesen, daß Genossin Luxemburg in ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution“ nicht den gewerkschaftlichen Kampf um die materielle Hebung der Arbeiterklasse, sondern das den Gewerkschaften von bürgerlichen Sozialreformern oder von einigen sozialdemokratischen Revisionisten gestellte Können, durch Lohnkämpfe den Kapitalismus abzuschaffen, als Sisyphusarbeit bezeichnet und wissenschaftlich nachgewiesen hat.

Das ganze Lamento des „Grundstein“, sowie seiner Kollegen, beruht also auf dreifach erfundenen Tatsachen.

Doch was verlohnt's? Man kann die holde Legende von der Feindschaft der Sozialdemokratie oder eines Teils derselben gegen die Gewerkschaften noch so oft zerstören, — es bleibt dabei!

Beweist doch schon die ganze menschliche Kulturgeschichte, daß der Kampf gegen Legenden, die irgend jemand nützlich sind, stets — Sisyphusarbeit ist.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Ueber dieses Thema referierte Genosse Karl Liebknecht am letzten Sonnabend in Leipzig in einem zweistündigen, mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress führte er aus, auf dem Jenaer Parteitag und in der Presse und in der Zeitschriften ist das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung wieder auf das lebhafteste diskutiert worden. Hierbei spielt die Auslegung des Wortes Politik eine große Rolle. Unpolitische Gewerkschaften gibt es ebensowenig, wie es unmöglich ist zu sagen, daß in den Gemeindevertretungen keine Politik getrieben werde. Unter Politik versteht man doch die Mitwirkung an der Regierung, an der Verwaltung, an der Gesetzgebung, kurz, die Einwirkung auf die organisierte Staatsgewalt.

Im Programm der sozialdemokratischen Partei sind die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Arbeiterbewegung dargelegt, deren Durchführung eine völlige Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung bedingt. Jeder politische Kampf ist auch zugleich ein wirtschaftlicher. Man kann also nicht sagen, daß das wirtschaftliche Gebiet die alleinige Domäne der Gewerkschaften ist. Es ist nur eine kurzfristige Auffassung, wenn die Gewerkschaften das Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes für sich reklamieren. Die politischen Rechte sind der Träger der wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Dasjenige, was die heftig geführten Debatten über das Verhältnis von der Partei zu den Gewerkschaften hervorgerufen hat, ist der Geist, der sich seit einiger Zeit in den Gewerkschaften breit macht, der für die Gewerkschaften selbst als unheilvoll angesehen werden muß. Es ist der Geist der engherzigen Auffassung über Politik, die nicht über die Nasenspitze hinausgeht, vor der der Genosse v. Elm warnte. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress haben sich Erscheinungen gezeigt, die sehr bedauerlich sind. Da sind solche oberflächliche Reden über wirtschaftliche und politische Fragen gehalten worden, wie die über die Kaiserin und den politischen Klassenstreit, daß sie die Verwunderung allenthalben hervorgerufen haben. Auch die Reden über die Ruhe, die die Gewerkschaften brauchen, sei sehr bedenklich.

Erfreulich sei es, daß die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Führer desabwärtet, und sich in klipp und klarer Weise gegen eine derartige Anschauung über die Gewerkschaftsbewegung erklärt habe. Zu fragen haben wir, wie solche Anschauungen entstehen könnten, und zwar bei Leuten, deren parteigewissenhafte Gesinnung untadelhaft sei. Sie sind dadurch entstanden, daß man in den Gewerkschaften nur noch mit der Quantität, aber nicht mit der Qualität der Mitglieder rechnet. Laßt uns nur erst noch Millionen von Mitgliedern haben, dann werden wir das tun, was ihr schon heute als Aufgabe der Gewerkschaften hinstellt. Es wird aber dabei vergessen, daß die Schlagkraft der Gewerkschaften nicht sowohl von der Quantität, als vielmehr von der Qualität der Mitglieder abhängt. Das Unterstützungswesen ist auch vielfach als Grund für das Versinken des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften angeführt worden. Nach der Ansicht des Redners ist diese Auffassung irrig. Bei dem Unterstützungswesen handle es sich nicht um das Ob, sondern um das Was, um das Maß der Unterstützungseinrichtungen.

Auch den in neuerer Zeit so stark hervortretenden Bürokratismus in der Gewerkschaftsbewegung hat man für das Nachlassen des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaft als Grund angeführt. Alle diese Erscheinungen dürfen durchaus nicht tragisch genommen werden. In Deutschland brauchen wir keine Sorge um das Abflauen des Massenkampfes zu haben, daß dies nicht eintritt, dafür sorgt schon die deutsche Justiz. Die gegenwärtig betriebene Reichspolitik läßt nicht nur keine Abflauung des Massenkampfes zu, sondern verschärft ihn vielmehr in jeder Weise.

Die gemeinsame Aufgabe der Gewerkschaften und der Partei ist die Erziehung der Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern, und dann solche Aktionen gemeinsam durchzuführen, wozu beide Teile der Bewegung interessiert sind; damit ist auch die Bewegung selbst unüberwindlich gemacht. Mögen dann auch die herrschenden Klassen sagen, daß sie die Macht noch haben, und mögen sie auch versuchen, das Rad der Weltgeschichte zurückzudrehen, indem sie die Arbeiterschaft mit Zwangsmitteln niederhalten, das wird ihnen nicht gelingen, sie fordern vielmehr damit nur um so schneller ihren Sturz.

Partei-Genosse Wendel tritt am 1. Januar in die Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme“ ein. Er betätigte sich bisher als freier Schriftsteller in der Parteipresse, war auch in Dresden in letzter Zeit agitatorisch für die Partei tätig.

Sächsische Stadtvorordneten- und Gemeindevertretungs-Wahlen. In Jena gelang es diesmal unseren Genossen, zwei Vertreter ins Stadtvorordneten-Kollegium zu entsenden. Die gegenwärtigen kommunalen Verhältnisse brachten es mit sich, daß der Hausbesitzerverein die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten unterstützte. — Unterlegen sind unsere Genossen bei den Gemeindevorwahlen in Reichenberg, eben so bei den Stadtvorordnetenwahlen in Pegau. In Grohshocher-Kindorf stiegen in der vierten Klasse die sozialdemokratischen Kandidaten. — In Frankenberg brachten wir es nur zu einem ziemlich erheblichen Stimmengewinn.

Soziales.

Ein Beitrag zur Notwendigkeit der Gewerkschaften für Landarbeiter. Im Dorfe A. im Kreise Gumbinnen hatte sich ein älterer, kränklicher Landarbeiter bei einem Besitzer als Hirte vermittel. Am 8. August d. J. befohl der Besitzer ihm, er solle auf dem Felde Gerste binden. Der Hirte erwiderte in durchaus bescheidenem Tone, er könne diese schwere Arbeit nicht verrichten, denn er habe erhebliche Schmerzen im Rücken und Schwindel im Kopfe, wenn er sich zur Erde bücke. Mit Rücksicht auf die dringende Ernte-Arbeit sei er aber bereit, Hafer zu mähen. Der Besitzer bestand jedoch auf seinem Verlangen und war über die Weigerung des alten Hirten so empört, daß er diesen sofort aus der Arbeit entließ und bei dem Amts-vorsteher einen Strafantrag wegen Verweigerung des Gehorsams stellte. Der Amtsvorsteher schickte dem Hirten schon am nächsten Tage eine Strafverfügung über 10 M. oder 2 Tage Haft wegen Ungehorsams und Widerspenstigkeit im Dienste auf Grund des Befehles vom 24. April 1854.

Gegen diesen Strafbefehl erhob der Hirte unter Begründung seiner Arbeitsverweigerung Beschwerde beim Landrat. Wie ungerechtfertigt die Strafverfügung des Amtsvorstehers war, geht daraus hervor, daß nun, als der Amtsvorsteher veranlaßt wurde, Zeugnis zu vernehmen und den Fall genau zu untersuchen, derselbe Amtsvorsteher folgende schriftliche Entscheidung den Parteien stellte:

Entscheidung.

In der Gefindestreitssache zwischen dem Hirten L. und dem Gutbesitzer A., beide aus A., wird hiermit folgende Entscheidung getroffen: Der Hirte L. ist in seinem Dienstverhältnis und somit auch in seiner Wohnung und mit seinem vollen Lohn bis zum Ablauf seiner kontraktlichen Dienstzeit zu belassen.

Gründe:

Die Aussagen der zu Protokoll genommenen Zeugen haben keinen Beweis dafür ergeben, daß L. ungehorsam und widerspenstig gegenüber den Anordnungen seines Vorgesetzten gewesen ist, bis auf einen Fall, wo L. Gerste binden sollte. Dieser Fall erscheint jedoch durch krankhafte Zustände des L. ausreichend entschuldigend. Die gegen L. erlassene Strafverfügung wird hiermit aufgehoben. Wegen dieser Entscheidung steht den Parteien die Befreiung des Rechtszweiges frei. Der Amtsvorsteher.

Der Besitzer hielt die Entlassung trotzdem aufrecht und erhob gegen die Entscheidung Widerspruch. Der alte Mann hatte von dem Besitzer an rückständigem Lohn und 6 1/2 Scheffel Roggen, 2 Scheffel Gerste, 1/2 Scheffel Erbsen und 5 Zentner Einkornfladen zu bekommen. Mit der Entscheidung in der Hand ging er zum Besitzer und bat um seinen verdienten Lohn. Dieser lehnte das Begehren mit den Worten ab, er habe die Sache einem Rechtsanwalt übergeben und habe mit ihm nichts mehr zu tun. Dem Hirten stand auch kontraktlich das Mähen einer Aue, die 6 Liter Milch pro Tag gab, zu seinem Bedarf zu. Auch dies wurde ihm vom Tage der Entlassung ab entzogen. Ferner hatte er 9 Scheffel Kartoffeln ausgelegt. Davon sollte er jetzt nur den vierten Teil erhalten. So fand denn der Mann vollständig mittellos mit seiner Familie da. Ihm blieb die Hoffnung, daß vielleicht nach Monaten



Das zuständige Amtsgericht der Entscheidung des Amtsvorsetzers Rechtskraft verleihen könnte.

Inzwischen hatte der Besitzer durch seinen Rechtsanwalt die Emotionsklage gegen den Landarbeiter angekreuzt. In dem vierten Termin, der vor dem Amtsgericht in dieser Angelegenheit stattfand, behauptete der Besitzer, daß der Arbeiter ihm im Sommer einmal mit dem Hingerichted gedroht habe totzuschlagen. Nur aus diesem Grunde halte er jetzt die Entlassung aufrecht. Der Arbeiter bestritt das ganz entschieden. Ein Rechtsanwalt stand ihm aber nicht zur Seite. In seiner Rechtsunkenntnis und Befangenheit vor Gericht ging er auf den Vorschlag des Richters, sich als schuldig zu bekennen, ein. Die Folge dieses Anerkenntnisses war seine Verurteilung. Ueberdies hat der kränkliche, mit seiner Familie ruinierte Mann noch 13,60 M. Kosten für den gegnerischen Anwalt zu zahlen. Freilich könnte der Hirte seinen Anspruch auch jetzt noch weiter verfolgen — aber ihm steht das leider abgegebene Anerkenntnis entgegen und überdies würden viele Monate verstreichen, bis etwa zu seinen Gunsten entschieden wird.

### Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung.

11 379 692 Einwohner haben insgesamt die deutschen Großstädte (über 100 000 Einwohner) aufzuweisen, deren Zahl, wie aus der im wesentlichen durchgeführten Personenstandsaufnahme hervorgeht, 40 beträgt, gegen 33 im Jahre 1900 und 25 im Jahre 1895. Die Zahl der Städte über 1/2 Million Einwohner beträgt 5 gegen 2 im Jahre 1900. Bei der vorigen Volkszählung hatten die 40 Städte insgesamt 9 840 159 Einwohner aufzuweisen, ihre Zahl hat sich somit um 1 539 533 vermehrt. Auch in der Reihenfolge der Großstädte ist eine wesentliche Verschiebung eingetreten; so ist beispielsweise Dresden, welches früher auf der 6. Stelle stand, nach den neuesten Feststellungen die drittgrößte Stadt des Deutschen Reiches. Der besseren Uebersicht halber führen wir nachfolgend die deutschen Großstädte in ihrer gegenwärtigen Reihenfolge auf. Die vor den Ortsgemeinden stehenden Zahlen bedeuten die Reihenfolge, welche die betreffenden Großstädte nach der Zählung im Jahre 1900 einnahmen.

	1905	1900
1. Berlin . . . . .	2 034 000	1 888 848
2. Hamburg . . . . .	800 882	705 738
3. München . . . . .	538 898	490 032
4. Dresden . . . . .	514 283	490 659
5. Leipzig . . . . .	502 570	441 255
6. Breslau . . . . .	470 018	422 709
7. Köln a. Rh. . . . .	425 944	372 220
8. Frankfurt a. M. . . . .	336 985	288 989
9. Nürnberg . . . . .	293 868	261 081
10. Düsseldorf . . . . .	252 630	218 767
11. Hannover . . . . .	249 610	235 649
12. Stuttgart . . . . .	246 988	216 088
13. Chemnitz . . . . .	243 964	206 913
14. Magdeburg . . . . .	240 709	229 667
15. Charlottenburg . . . . .	237 231	189 306
16. Stettin . . . . .	230 578	210 090
17. Essen, Ruhr . . . . .	229 270	118 863
18. Königsberg i. Pr. . . . .	220 212	187 897
19. Bremen . . . . .	214 953	182 918
20. Duisburg . . . . .	191 551	93 005
21. Dortmund . . . . .	175 292	144 374
22. Halle a. S. . . . .	169 640	156 724
23. Elberfeld . . . . .	167 700	156 968
24. Altona . . . . .	167 590	161 272
25. Straßburg i. Elz. . . . .	167 342	151 041
26. Kiel . . . . .	163 289	121 824
27. Mannheim . . . . .	162 607	140 384
28. Danzig . . . . .	159 088	147 301
29. Darmstadt . . . . .	155 974	141 944
30. Riga . . . . .	152 538	90 422
31. Gelsenkirchen . . . . .	146 742	40 500
32. Aachen . . . . .	144 110	135 235
33. Schöneberg . . . . .	140 932	95 998
34. Braunschweig . . . . .	136 423	128 226
35. Posen . . . . .	135 743	117 033
36. Krefeld . . . . .	122 000	105 928
37. Kassel . . . . .	120 272	108 034
38. Karlsruhe . . . . .	111 337	97 185
39. Flauen i. W. . . . .	105 182	73 888
40. Wiesbaden . . . . .	100 994	86 086

Stuttgart, Duisburg und Gelsenkirchen haben ihre gewaltige Vergrößerung durch Einverleibung von Vororten erfahren, wodurch Duisburg circa 70 000, Gelsenkirchen circa 90 000 Einwohner zugenommen hat. Die oben angegebenen Zahlen beruhen größtenteils auf amtlichen Feststellungen und berichtigten frühere Veröffentlichungen. So beträgt die Einwohnerzahl von Charlottenburg 237 231 und nicht, wie früher gemeldet wurde, 238 634.

Zur Gewerbegebietswahl in Vohum. Der Erfolg des alten Verbandes bei der Gewerbegebietswahl in Vohum ist noch erfreulicher als wir gestern melden konnten. Es sind 64, nicht nur 51 Kandidaten des alten Verbandes gewählt.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein Vollblutagrарier.

Gegen die Kaliindustrie in Hannover zieht der Generalsekretär der Landwirtschaftlichen Vereinigung der Provinz Hannover mit dem ganzen Rüstzeug eines unerschrockenen — bescheidenen Agrарiers zu Felde. Der Herr äußerte, man sollte Kali dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst, nur nicht in die Lüneburger Heide. Durch den Bergwerksbetrieb würde allerlei Lumpengeistel herangeholt, ein Bild liefere der rheinisch-westfälische Industriebezirk, wo zum Teil nur polnisch gesprochen und gar kein Deutsch mehr gehört würde, sogar ein polnischer Abgeordneter aufgestellt werden solle. Die Vorenen sollten bei ihrer Arbeit und ihren einfachen Sitten bleiben und im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot verdienen, der Bauer müsse seinem Verufe erhalten bleiben und durch die Kaliindustrie nicht entfremdet werden. Reichtum mache nicht glücklich, das sage man am besten in Viehe. Die enormen Einkommen aus Delagaben hätten nur dazu gedient, daß die Bauern sich dem Trunke ergeben, als Rentiers in die Großstädte zögen und ihren Söhnen eine bessere Erziehung gäben, da ihnen der Bauernstand nicht mehr gut genug sei; das Proletariat der Akademiker würde dadurch nur vergrößert und die Landleute ihrem Verufe entfremdet. Es wären überhaupt genügend Kalliverte im Betriebe, um den Bedarf für Deutschland zu decken.

Daß die Agrарier den Reichtum hassen, beweisen sie ja durch ihren Schutzvortrag. Allerdings, um gerecht zu sein, muß man auch anerkennen, daß die noblen Passionen der Feudalisten mit der Devise „Pferde, Weiber, Hunde ist unser idealer Lebenszweck“ außerordentlich viel verschlingen. Selbstverständlich muß zur Erhaltung solcher nützlichen Erzählungen dem Segen der Armut und Verschidenheit gepredigt werden. Was den Edlen von Art und Halm in ihrem menschenfreundlichen Bestreben in die Quere kommt, ist natürlich per se schlecht und verdammenswert. Deshalb die Industrie den Herren ein Greuel ist, das offenbart der streitbare Agrарier zum Schluß seiner Moralepistel. Er sagt:

„Durch den Export von Kali würde die deutsche Landwirtschaft geschädigt, da wir der Konkurrenz im Auslande mit Kali nur die Mittel liefern, mehr Feldfrüchte zu erzeugen, nach Deutschland zu importieren und daselbst die Preise zu drücken, man müsse deshalb schon gegen Ausschließung weiterer Kallilager sein.“

Nun zweifelt noch ein Mensch, daß die schöne Pause nicht lediglich zärtlicher Vorsorge für die armen — Notleidenden entspringen ist.

Keine Gemeinschaft. Bei der Erörterung des Abschlusses einer Interessengemeinschaft zwischen der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und dem Zentralverband Deutscher Industrieller ist verschiedentlich eine Verwechslung zwischen der Zentralstelle und dem Handelsvertragsverein erfolgt. Der Handelsvertragsverein macht darauf aufmerksam, daß solche Annahme auf Irrtum beruhe und sagt weiter, „daß er zu der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen in gar keiner Beziehung steht, wenn nicht in der, daß er die Ziele, von denen in ihren Satzungen die Rede war, praktisch auch dann noch als berechtigt anerkannte und verfolgte, als die Regierung geküßt auf das Hochschützöllnertum in der Landwirtschaft und in der schweren Industrie eine Politik einschlug, die von dem Standpunkte der Sicherung der deutschen Weltmachtstellung aus sehr bedenklich und gefährlich erscheinen mußte.“

Vom Baumwollmarkt. Die internationale Vereinigung der Baumwollspinnerei und Fabrikanten hat eine Erhebung über Baumwollverbrauch und über Vorräte veranstaltet. Das Ergebnis der Umfrage, welches darzut, daß die Stimmen über drohende Baumwollnot

lediglich spekulativen Zwecken dienen, war im „Manchester-Guardian“ veröffentlicht worden. Die Vereinigung hat dann an das Blatt ein Schreiben gerichtet, durch welches jene Angaben noch näher bewertet werden. Es heißt darin:

Es ist allgemein bekannt, daß am 31. August 1904 die Spinnerei überall wenig Baumwolle auf Lager hatten; es folgt daher, daß die Spinnerei des Kontinents und Großbritanniens während der am 31. August 1905 zu Ende gehenden Baumwoll-Saison bedeutende Vorräte in ihren Fabriken angesammelt haben müssen, und dann kommt noch hinzu, daß die Hafenvorräte sehr groß waren. Der amerikanische Bureaubericht zeigt, daß während derselben Periode die Vorräte in den Spinnereien der Nord- und Südstaaten, sowie in den Spinnereien, auf den Plantagen und im Transit nicht unbedeutend gewachsen waren. Wenn man diese Punkte in Erwägung zieht, so ist es klar, daß ein Saldo von mehr oder weniger 3 000 000 Ballen aus der letzten Saison, welche am 31. August zu Ende ging, übrig blieb. Dieses Resultat, zu welchem wir durch Betrachtung der Vorräte am 31. August gekommen sind, wird gleichfalls durch eine Prüfung der Baumwollherzeugung und des Konsums der Welt bestätigt. Mit Ausnahme der in China wachsenden Baumwolle, welche auf primitive Art im selben Lande verarbeitet wird, schätzen wir die Baumwollproduktion der ganzen Welt für das am 31. August beendete Jahr auf circa 19 000 000 Ballen per 500 Pfund engl. Den Konsum schätzen wir auf 16 000 000 Ballen per 500 Pfund engl., so daß 3 000 000 Ballen ungefähr übrig bleiben.“

Diese Publikationen werden den Hausfiskuspekulanten wohl das Handwerk etwas erschweren.

Schweizerische Betriebszählung. Das eidgenössische, statistische Bureau veröffentlicht soeben die vorläufigen Resultate der eidgenössischen Betriebszählung vom 9. August dieses Jahres. Daraus geht hervor, daß die Schweiz zwar immer noch überwiegend als Agrarland zu gelten hat, daß es aber doch nicht an hochentwickelten Industriezentren fehlt. So kommen z. B. auf Basel (Stadt) von je 1000 Betrieben 20 auf die Landwirtschaft, 895 auf Industrie, Gewerbe und Handel und 83 auf Heimarbeit. In Genf ist das Verhältnis: 172 bzw. 806 bzw. 23. Es folgen sodann die Kantone Glarus, Zug, Jürich usw. Dagegen herrschen die agrarischen Betriebe vor in Valais, Tessin, Graubünden, Freiburg, Schaffhausen usw. Der Durchschnitt für die Schweiz beträgt von je 1000 Betrieben 443 auf Landwirtschaft, 430 auf Industrie usw. und 127 auf die Heimarbeit.

Keine Erhöhung der Beteiligungsziffer. Die Beiratsitzung des Stahlverbandes lehnte eine Erhöhung der Beteiligungsziffer für Stahleisen und Walzdraht ab.

Kohlennot in Russisch-Polen. In Russisch-Polen ziehen die Kohlenpreise enorm an. In Warschau werden für 100 Kilogramm 1 1/2 bis 2 Rubel gefordert. Aus verschiedenen Bezirken kommen Kohlenhändler nach Rattowitz zum Ankauf von Kohlen auf sofortige Abladung. Infolge der massenhaften Verfrachtungen nach Sosnowice beginnt sich für die ober-schlesischen Hüttenwerke Mangel an Kohlenwagen bemerkbar zu machen.

Preissteigerung. Die Eisenbahndirektion Berlin hatte 285 000 Kilogramm Federstahl und 25 000 Kilogramm Rührstahl für die Direktionsbezirke Berlin, Stettin, Danzig, Königsberg, Bromberg, Halle und Magdeburg ausgeschrieben. Es gingen nur neun Angebote ein. Die Preise haben meist Erhöhungen von 50 Pf. pro 100 Kilogramm erfahren.

Steigerung der Stahlproduktion. Der Verband des Stahlverbandes betrug im Monat November 438 459 Tonnen, gegen Oktober weniger 28 405 Tonnen, gegen November des Vorjahres mehr 90 732 Tonnen; davon Verband an Halbjug 173 000 Tonnen, weniger 4126 Tonnen bzw. mehr 30 404 Tonnen. Der Verband von Eisenbahnmateriale betrug 145 758 Tonnen, weniger 11 014 bzw. mehr 14 333 Tonnen; an Formeisen 119 641 Tonnen, weniger 13 855 Tonnen bzw. mehr 36 905 Tonnen. Der Gesamtverband vom 1. April bis 30. November beträgt an Produkten 3 569 192 Tonnen, gegen das Vorjahr mehr 508 697 Tonnen. Dabon Halbjug 1 316 907 Tonnen, mehr 235 083 Tonnen; Eisenbahnmateriale 1 096 587 Tonnen, mehr 190 760 Tonnen; an Formeisen 156 288 Tonnen, mehr 83 135 Tonnen. Der Novemberverband beträgt 7,06 Proz. über Beteiligung; der Achtmonatsverband 8,94 Proz. über Beteiligung.

Mehr Dividende. Der Aplerbecker Aktienverein, Jede Margarethe in Solde, will diesmal 10 Prozent Dividende, gegen 8 Prozent im Vorjahre, zur Verteilung bringen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

## Theater.

Freitag, 15. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Der Roland von Berlin.  
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.  
Neues Opern-Theater. Geschlossen.  
Neues. Ein Sommernachtsstraum.  
Wesken. Der Hugenottenbaron.  
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Berliner. Der Geigenmacher von Cremona. — Der G'wissenswurm.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Sanjulians Kinder.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Kapfenreich.  
Leffing. Stein unter Steinen.  
Central. Der Bettelstudent.  
Kleines. Das vierte Gebot.  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Residenz. Der Prinzgemahl.  
Trianon. Die herbe Frucht.  
Lustspielhaus. Nemesis.  
Thalia. Bis früh um fünf! Carl Weiß. Von Stufe zu Stufe.  
Vesken. Der Kaufmann von Venedig.  
Deutsch-Amerikanisches. Aber Herr Herzog!  
Metropol. Auf ins Metropol.  
Kassino. Das Opferlamm.  
Nyphos. Prinzessin Rosine. Ein delikates Menü.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Gerrufeld. Familienfest im Hause Brellstein.  
Wintergarten. Eugenie Fougère. — Spezialitäten.  
Folies Caprices. Soll und Haben.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Passage. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Alpen- und Wüstenfahrten im Ballen.  
Invalidenstr. 57/62.  
Friedrichstr. 185.  
Schattenspiel in 9 Bildern.  
Restaurant: Harburger Säger.  
Friedrichstr. 104-104a.  
Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr:  
Hoffmanns Erzählungen.  
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonntag, Montag: Die Bohème.  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Holtsander. Rauchen in allen Räumen gestattet.

## Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:  
Der G'wissenswurm.  
Vorher: Der Geigenmacher von Cremona.  
Sonnabend nachmittag 3 Uhr: Die Wunderglocke.  
Abends 7 1/2 Uhr: Annemarie. Vorher: Der Geigenmacher v. Cremona.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Ein Sommernachtsstraum.  
Morgens und folgende Tage:  
Ein Sommernachtsstraum.  
Abends 8 Uhr:  
Das vierte Gebot.  
Sonnabend:  
Marquis von Keith.  
Zentral-Theater (Operette). Abends 8 Uhr:  
Der Bettelstudent.  
Abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
Der Kaufmann von Venedig.  
Sonnabend: Die Waise a. Lowood.  
Sonntag nachm.: Encenwiltchen.  
Abends: Der neue Herr.  
Montag: Der neue Herr.  
Täglich 8 Uhr:  
Die glänzenden erstenklassigen Dezember-Spezialitäten.  
9 1/2 Uhr:  
Prinzeß Rosine von Paul Lincke.  
Im letzten Bild: Ein delikates Menü.  
Am 1. und 2. Weihnachtstage, nachmittags 3 Uhr: Frau Luna und das unverkürzte Spezialitäten-Programm.

## Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:  
Die glänzenden erstenklassigen Dezember-Spezialitäten.  
9 1/2 Uhr:  
Prinzeß Rosine von Paul Lincke.  
Im letzten Bild: Ein delikates Menü.  
Am 1. und 2. Weihnachtstage, nachmittags 3 Uhr: Frau Luna und das unverkürzte Spezialitäten-Programm.

## Urania

Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten im Ballen.  
Invalidenstr. 57/62.

## Sternwarte

P. CASTAN'S PANOPTICUM.  
Friedrichstr. 185.

## „Ernte“.

Schattenspiel in 9 Bildern.  
Restaurant: Harburger Säger.

## Wanderung durch das Niltal.

Restaurant: Harburger Säger.

## Komische Oper.

Friedrichstr. 104-104a.  
Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr:  
Hoffmanns Erzählungen.  
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonntag, Montag: Die Bohème.

## Metropol-Theater

!Auf - in's Metropol!  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Holtsander. Rauchen in allen Räumen gestattet.

## Passage-Theater.

Anfang abends 8 Uhr.  
Das sensationelle Dezember-Programm.  
Buddhas Tafel (die Schrift aus dem Jenaischen). Die berühmte Paquarette, franz. Excentric. 14 neue erstenklassige Nummern.

## Buddhas Tafel

(die Schrift aus dem Jenaischen). Die berühmte Paquarette, franz. Excentric. 14 neue erstenklassige Nummern.

## Kasino-Theater

Rohlfingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Abends 8 Uhr:  
Großer Lacherfolg!  
Das Opferlamm.  
Vorher das sensation. Dezemberprogramm. Neu! Baldwin Broth. Neu! Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

## Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.  
Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastspiel Adolf Philipp  
„Aber Herr Herzog!“  
Sonntag nachm. 4 Uhr, halbe Preise:  
„Ueber'n großen Teich“.  
Montag, 18. Dez. u. folgende Tage:  
„Ueber'n großen Teich“  
Sonnabend, 23. Dez., 8 Uhr:  
Premiere  
„ER & ICH“  
4 Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner von Ad. Philipp. — Billets für alle Vorstellungen jetzt zu haben.

## Carl Weiß-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132.  
Von Stufe zu Stufe.  
Anfang 8 Uhr:  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung: Klein Däumling.  
Abends 8 Uhr: Die Ahnfrau.  
Sonntag abends 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

## Walhalla-Theater

Volkstümliche Preise.  
Bolkstümliche Preise.  
Bolkstümlich mit Gesang in 4 Akten von L. Trepton und L. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen in allen Räumen gestattet.

## Unser Doktor.

Abends 8 Uhr:  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung: Klein Däumling.  
Abends 8 Uhr: Die Ahnfrau.  
Sonntag abends 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

## Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.  
Täglich:  
Auftreten von 36 erstenklassigen internationalen Spezialitäten.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Nemesis.  
Morgen: Der Familientag.  
Budapester Posen-Theater  
132 Lindenstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 88. Male:  
Nach dem Zapfenstreich.  
Vorher:  
Soll und Haben.  
u. d. ausgezeichneten Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich h. A. Warthelm und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

## Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Prinzgemahl.  
Zeitlicher Schwank in 3 Akten von L. Karol und A. Gancel.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

## Belle-Alliance

Theater-Variété.  
Abends 8 Uhr:  
Josephine Petit  
Flammen- und Radium-Tanz.  
Seppl Werner  
Charakter-Komiker.  
Rebusas  
Insitiger Bauernhof.  
14 hervorrag. Debüts.

## Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Bolkstümlich mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenruber.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeeöffnung 7 Uhr.  
Püßel - Botverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.  
Sonntag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

## Der Pfarrer von Kirchfeld.

Bolkstümlich mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenruber.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeeöffnung 7 Uhr.  
Püßel - Botverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.  
Sonntag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

## Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Bolkstümlich mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenruber.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeeöffnung 7 Uhr.  
Vorverkauf täglich h. A. Warthelm und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

## Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalarstr. 18.  
Säle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
Gr. Theater-Vorstellung.  
Jeden Montag: Quartettjäger und humoristische Soiree.  
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

## Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
Gottschalk-Konzert.

## Goßmanns Festsäle

Kreuzbergstr. 48. Ins. Otto Ernst.  
Heute Freitag: Letzte Soiree v. Weihnachten der Original-Karburger Säger.  
C. Frick und F. Kascho-Krause.  
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Nachher: Freitanz.  
Nächste Soiree am 5. Januar 1906.

## Schöneberger Wintergarten

Goltzstraße 9.  
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellungen.  
Sonnabend 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.  
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr große Gala-Vorstellung.  
Die Direktion.



**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Drama in 4 Akten v. S. N. Kaidjonow.  
Deutsche Bearbeitung v. Hans Kaufmann und Max Lie.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Nora.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Crainquebille.**  
Die Blauerin. Abschied vom Regiment.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzähler.**

**Zirkus**

**Albert Schumann**  
Zum 26. Male!  
Die Sensation des Tages!  
Absolute Novität!

**Autobolide**

La belle Mlle. de Thiers.  
Ferner: **Reu! Los Quirolos.**  
Original Spanische Truppe (6 Berl.).  
**4 indische Zauberer** in ihren ungläublichen Leistungen.  
Reu! Der **Miss Texas Hattie.**  
Schwarze Stern.  
Insbesondere: Das anerkannt vorzügliche Programm und die. Ab. Schumanns neue u. mod. Dressuren und die reizende Sportpantomime: Der Tag **Englischen Derby.**  
des **Englischen Derby.**  
Sonntag: 2 Gala-Vorstellung, nachm. 3 1/2 Uhr 1 Kind frei. In beide Vorst.: **Autobolide** und Der Tag des Englischen Derby.

**Zirkus Busch.**

Zum 27. Male!  
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins!  
**Indien.**  
Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern.  
Besonders hervorzuheben:  
**6 indische Orig.-Fakire.**  
Ferner: Elefanten-Kämpfe.  
— Zum 1. Male in Deutschland:  
Mr. Hagodorns Transform.-Grotte  
Sensationell! Zum 1. Male:  
Auftr. **Professor Northon Smith,**  
von **Amerikas** berühmte Pferdehändler,  
u. die vorz. Galaprogramm-Nrn.

**Colosseum**

Dresdener-Str. 97.  
Heute:  
**Rim in's Colosseum!**  
Heitere Szenen v. Leopold Ely,  
Musik von Rudolf Nelson,  
vorkommende Tänze vom Ballett-  
meister Eugen Chlobus.  
Hauptdarsteller:  
Fortunatus Biedermann  
Martin Bendix  
Anastasia, seine bessere Hälfte  
Alice Düring.  
Sophie } beider Kinder  
Eduard }  
Trudy Truth, Gustav Waldau.  
Theodor Steiner, Fred Carlo.  
Rudolf v. Brillwita  
Littka Carlsen.  
Manon-Frelu Paulette v. Roy.  
Pauline, modernes Dienst-  
mädchen Martha Wald.  
Johannes Bliemchen  
Hugo Hochgemuth.  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.  
Dazu:  
Lotte Sebus, der kleine Gabrun,  
Lucia Ravello, Oskar Fürst etc.

**Konzertsaal.**

**Fest-Dekoration.**  
Musik u. Ges. b. 1 Uhr nachts.  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Volks-Spezialitätenvorstellung.**  
1 Kind frei. Jeder Platz 30 Pf.

**Palast-Theater**

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bb. Börse.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Elite-Dezember-Programm.**  
**Carl Braun,** Verwandlungs-  
Künstler.  
**Carin Andara,** Vortrags-  
künstlerin.  
**Mr. Welson,** einzig dastehend.  
Handakrobat.  
**Mr. Bargold,** Universalartist.  
Im **Krug zum grünen Kranze.**  
Singpiel von D. Richter.  
Familientagen in allen Barbier-,  
Friseur- undigarrengeschäften sowie  
im Theaterbureau unentgeltlich zu  
haben.

**Damen-Konfektion**

direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.  
Nach beendetem Engros-Saison  
auch Einzel-Verkauf  
enorm billig  
Ulsters  
Havelocks  
Capes  
Jacketts  
Paletots  
Kostüm-  
Röcke  
Mädchen-  
Paletots  
Pelz-Stolas  
**Robert Baumgarten**  
Hausvogtei-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).  
Bei Vorzeigung d. Inserates  
an der Kasse werden 5 Proz.  
Rabatt vergütet.  
Sonntag bis 8 abends geöffnet.

**Castans**

**Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
Ohne Extra-Entree.  
Heute und folgende Tage:  
Zum ersten Male  
in den Räumen der 1. Etage:  
**Bergbewohner**  
**Abessiniers.**  
65 Eingeborene  
Männer, Weiber und Kinder.  
Eintritt 50 Pf.

**WINTERGARTEN**

**Eugenie Fougère**  
Pariser Excentrique-Sängerin.  
**C. Bernardi,** Verwandlungs-  
künstler.  
**Mc. Banns,** Keulenjongleur.  
**Rosa Naynon,** dressierte Vögel  
**Pezina,** Hundepantomime.  
**Lene Land,** Parodistin.  
**Siegwart Gentes,** Humorist.  
**de Grey,** Barfuß tänzerin.  
Im Pensionat, Ballett-  
divertissement.  
**Die 3 Olympier,** Bronzestatuen  
Biograph.

**Gebrüder**

**Herrnfeld-  
Theater.**  
Heute präzis 8 Uhr:  
**Familientag**  
im  
**Hause Prellstein**  
Komödie in 3 Akten  
mit den Autoren  
**Anton und Donat Herrnfeld**  
in den Hauptrollen.  
Vorverf. 11-2 Uhr. (Theaterkaffe).

**Königshof**

Bülow-  
Str. 37.  
Freitag, den 15. d. M., Anf. 8 Uhr:  
Große Wohlthätigkeits-  
Soiree der allerbesteren  
**Fritz Steidl-**  
**Sänger** 3 Reihen  
einer  
Weihnachtslieder. für  
Veteranen, Witwer und  
Waisen.  
Entree (durchweg) 1 Mark.

**W. Noacks Theater.**

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Am Altar.**  
Schauspiel in 5 Akten nach der gleich-  
namigen Erzählung v. Berners von  
C. Wegel.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Sonntag: **Die Rose von Avignon.**

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4**

Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
und Tanztränzchen.  
Sonntags Beginn 5 Uhr,  
Wochentags 8 Uhr.  
Dienstag, Mittwoch:  
**Theater-Abend.**  
Gespielt des  
**Löwe-Ensembles.**

**Reichshallen.**

Deute:  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss!  
**Fräulein Doktor.**  
Zeitbarste von Reibel.  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.

**Otto Pritzkows**

Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Münzstr. 16.  
Riesen-Weihnachts-Programm!  
Barnum u. Baillays Abnormitäten.  
Wunderhahn Pluto, geboren mit  
4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.  
Der Welt-Koloss, schwerste Dame,  
die je gelebt.  
Die fliegende Venus??  
Der Skelettmensch, 27 Kilo schwer  
Die Heilscherin Armida. — Riesen,  
Zwerg, Phänomen, Fakire, Heil-  
scher, Feuerkünstler, Gedanken-  
leser etc. — Entree wie immer.  
Keine Nachzahlung.

**Gustav Behrens**

Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Das **Riesen-Dezember-Programm.**  
Reu! **Miss Anita,** Reu!  
einzig existierende Paarathletin.  
Reu! **Mr. Hardon,** Reu!  
Festkünstler und Anselmensch.  
Reu! Von Südwest-Afrika zurück,  
oder: **Stille Nacht, heilige Nacht!**  
Weihnachts-Lebensbild  
mit Gesang in einem Akt.

**Sie sparen viel Geld**

durch direkten Bezug.  
**Praktische  
Weihnachts-  
Geschenke.**  
Ein Posten prima  
**Smyrna-Teppiche**  
Velvet-  
mit kleinen Webfehlern  
**90x175 M. 4.50**  
**130x200 „ 7.85**  
**165x240 „ 12.10**  
**200x300 „ 17.50**  
**250x350 „ 24.00**  
**300x400 „ 33.50**  
**350x450 „ 45.00**  
**400x500 „ 65.75**  
Passende  
**Pult- u. Bettvorleger**  
M. 1.00, 2.00 u. 3.00.

**Teppich-Engros-Haus**

**Hermann Bursch,**  
Spandauerstr. 65-67,  
1. Etage.  
Kein Laden.  
Zwischen Kaiser-Wilhelm- und  
Bischofstraße. 67/5.  
Im eigenen Interesse bitte  
genau auf Firma und Haus-  
nummer zu achten.

**Kleinau & Borchardt**

Berlin S., Mathienstr. 13 (Eingang auch Ritterstr. 36.)  
Galanterie-, Leder- und Bronzewaren.  
**Reise-Muster-Verkauf**  
bis 24. Dezember  
Album, Schreibmappen, Postkarten-Album, Reise-Artikel, Rahmen,  
Porzellan- und Bronze-Nippes, Damentaschen etc.  
Besonders große und preiswerte Auswahl  
in Portemonnaies, Zigarren-Etuis, Brieftaschen, Visites etc.  
**Kurze Zeit, zu billigen Preisen!**

**Die allerbeste Puppe**

erhält man, wie seit Jahren bekannt, bei 4847L\*  
**OTTO KREYSSIG**  
Puppen-Fabrik, Brunnenstr. 119.  
Reparaturen beim Einkauf  
von Ersatzteilen gratis!

**Brennabor-Räder**

und **Jenensia-Räder** auf  
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!  
Sozial-  
Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-  
mit Freilauf M. 100.—  
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

**23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.**

**Motordroschken**

nach Polizeivorschrift zu günstigen Zahlungsbedingungen  
schnell lieferbar. 63/4\*  
**Loeb & Co., G. m. b. H.**  
Grünstr. 5/6 und Unter den Linden 65.

**Hut-Zentrale**

Oranienstr. 2 Mantel- u. Fellestr.  
Großes Spezialgeschäft  
für Filz- und Seiden-Hüte.  
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Hand-  
schuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

**H. Zimmermann**

Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 5296L\*  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.  
Streng reell. — Billigste Preise.

**Blitz=Schnell**

kommt man mit der Hochbahn bei **Weingarten, Gitschinerstr. 72,**  
Station im Hause. Empfiehlt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für corpulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Kapazitäten und Reizen, die nur einen  
Monat ihre Garbende tragen. 39662\*  
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Die Fleischnot.**

Interess. kaltr. Vorkarte, 25 Stck  
1 M. zu beziehen von  
**L. Schöber, Freiburg i. B.,**  
1182b **Rennerstr. 2.**

**Jacob Golde**

119 Gr. Frankfurterstr. 119  
Zum **Weihnachtsfest**  
empfehlen:  
Wäsche-Ausstattungen.  
Trikotagen & Strumpfwaren  
in bekannter Güte.  
**5 % Rabatt.**  
Über 40 Jahre im Osten Berlins.

**Paletots**

und 53282\*  
**Anzüge**  
wegen  
vorgeräucher Saison  
spottbillig.  
**J. Reisner**  
Badstr. 17.

**Pelz-Stolas.**

Rüschnermeister **H. Michaelis**  
Gr. Frankfurterstr. 99, 1.  
Kein Laden  
Vis-à-vis Straußberger Platz.  
2. Geschl.: **Köpenickerstr. 62.**  
empfiehlt großes Lager in allen  
Arten Pelzwaren zu Engros-  
preisen. Kolliers von 1.50 M.  
Stoles von 5 M. an bis 400 M.

**Die weltbekannte**

**Bettfedern-Fabrik**  
Gustav Rühl, Berlin, Tempel-  
straße 46, schreibt gegen Nachnahme  
ausant neue Bettfedern v. 10 bis 12 Pf.  
einzigste Federn v. 10 bis 12 Pf.  
beigefüllte Federn v. 10 bis 12 Pf.  
beigefüllte Federn v. 10 bis 12 Pf.  
— Bei diesen Federn grünen  
3 bis 4 Pfund zum großen Oberrück  
Verpackung frei. Preis u. Besten  
gratis. Bitte Anschauungsbild.

**Wittlungen über die**

**Rentabilität, Branchbarkeit etc.**  
von  
**MOTORDROSCHKEN**  
werden auf Grund gesammelter  
Erfahrungen kostenlos gemacht.  
Adressen unter **J. U. 8168**  
durch die Haupt-Expedition  
dieses Blattes. 67/4

**Die weltbekannte**

**Wollwäcker-Fabrik**  
Gute Qualität, Berlin, Tempel-  
straße 46, schreibt gegen Nachnahme  
ausant neue Wollwäcker v. 10 bis 12 Pf.  
einzigste Wollwäcker v. 10 bis 12 Pf.  
beigefüllte Wollwäcker v. 10 bis 12 Pf.  
beigefüllte Wollwäcker v. 10 bis 12 Pf.  
— Bei diesen Wollwäcker grünen  
3 bis 4 Pfund zum großen Oberrück  
Verpackung frei. Preis u. Besten  
gratis. Bitte Anschauungsbild.

**Weihnachtsbäume,**

billigste Quelle, schöne Ware  
50 Pf. an. **Brunnenstr. 40**  
(früher Nr. 9). 254/6

**Sozialdemokrat. Wahlverein**

für den  
**IV. Berliner Reichstagswahlkreis**  
**Osten.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der **Richard**  
**Max DREWITZ**  
am 12. Dezember nach langer  
Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. Dezember, nach-  
mittags um 3 Uhr, von dem  
städtischen Krankenhaus am  
Friedrichshain aus nach dem  
Friedhof-Rickhofe in Wilmers-  
berg statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
264/10 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**

f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis  
**(Süd-Ost).**  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, dass unser Genosse, der  
Arbeiter  
**Hermann Schmohl**  
wohnhaft Karl-Liebknecht-Str. 24  
(Stadtbürgel 90)  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 16. Dezember, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Sirchhofes, Rit-  
dorf, Hermannstraße, aus statt.  
264/11 Der Vorstand.

**Deutscher**

**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Hermann Schmohl**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 16. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Sirchhofes in  
Rixdorf aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
168/10 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer**

Deutschlands. Zweigverein  
Berlin.  
Sektion der Gips- u. Zement-  
branche.  
**Nachruf!**  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, der Radfahrer  
**Ernst Lehmann**  
am 7. Dezember 1905 an der Prole-  
tariats-Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
160/4 Der Sektionsvorstand.

**Henriette Fischer**

geb. Krüger.  
Um stille Teilnahme bitten  
**August Fischer**  
nebst Tochter.  
Die Beerdigung findet am  
16. d. M. von der Leichenhalle  
des neuen Jakob-Sirchhofes, Rit-  
dorf, Hermannstraße, aus statt.

**Marta Wichmann**

geb. Klein  
sowie für die tröstliche Unterstützung  
am Begräbnis der so früh Dahin-  
geschiedenen, spreche ich im Namen  
der trauernden Hinterbliebenen den  
tiefgefühltesten Dank aus. 4115  
**Emil Wichmann.**

**Dankagung.**

54197.  
Für die ausrichtige Teilnahme bei  
dem Begräbnis unseres geliebten  
Vaters  
**Friedrich Hahn**  
lagen hiermit allen Bekannten und  
Freunden den herzlichsten Dank.  
**Frau Wwe. Hahn** nebst Kindern.

**Dr. Simmel,**

Prinzen-  
Str. 41,  
Eggenstraße für 29/14\*  
**Haut- und Halsleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

**Sherentragen, rein Lein. 4f.**

beste Qualität. Dg. M. 3 u. 3.50.  
**Manschetten, prima. 4fach**  
1/2 Dg. M. 1.50 und 2.25.  
**Servietten, größte Auswahl**  
Stück von 30 Pf. an.  
**Krawatten, Handschuhe,**  
**Hosenträger, Taschentücher,**  
**Handen, Strümpfe etc.**  
Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
23. Münzstraße 23.



**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 Mitglied des Arbeiter-  
 Radfahrer-Bundes  
 „Solidarität“.  
 Sonntag, den 17. Dezember:  
 2 u. 4. Abt. nach Karlsruher Platz.  
 Start: 1 Uhr Närrinnenplatz.  
 5. u. 6. Abt. nach Wilhelmstr.  
 Schneider. Start: 2 Uhr Ober-  
 bergstr. 20, Genossenschaft. 27/20

**Gelegenheitskauf!**  
**Schlafdecken**  
 in Wolle, extra schwer  
 à 350, 450, 500, 600 M.  
**Pferdedecken**  
 à 250, 350, 450, 550 M.  
**Reisedecken**  
 Tiger-Muster  
 à 485, 600, 800, 1000 M.  
 Versand p. Nachnahme.  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstraße 158.  
 Fehlerhafte Decken  
 spottbillig!

**Diese Woche**  
 täglich bis 8. Sonntag bis  
 abends 8, verkaufen wir als  
 besondere Gelegenheit für  
 Herren jeden Standes enorm  
**billig**  
 aus feinsten Massstoffen  
 gefertigt zurückgenommene,  
 zurückgenommene, moderne  
 vornehme Herren-Winter-  
**Anzüge**  
**Paletots**  
 deren sonstiger Masspreis  
 40-60 M. ist, jetzt 16-28 M.  
 Gebrochene jetzt 21-40 M.  
 Hosen, Joppen jetzt 6-12 M.  
 Deutsches Versandhaus,  
 Jägerstr. 63, 1. Treppe.

**Ziehung** 29. u. 30. Dezbr.  
 zu Baden-Baden  
**Badische Lose à 1 M.**  
 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf.  
 Pierdegewinne günstig verköuf.  
 gegen  
**Bar-Geld.**  
 4578 Gewinne Gesamt-  
 wert  
**100 000**  
 Erster Hauptgew.: Zuchthengst  
**10 000 M.**  
 3 Gew. = 3 Zuchttuten zus.  
**10 000 M.**  
 14 Gew. = 14 Pferde zus.  
**14 000 M.**  
 60 Gew. = 60 Pferde zus.  
**36 000 M.**  
 4500 Silber-Gewinne  
**30 000 M.**  
**Arnold Haase**  
 Jerusalemstr. 34.  
**Heinrich Kron**  
 Alexanderstr. 54.  
**H. C. Kröger**  
 Friedrichstr. 250.

Offertiere in nur frisch schön. Ware!  
**Hasen große 3,35**  
 gepickte Hasen v. 3,50 bis 4,50 M.  
 Fein. wilde Kaninchen 90 Pf. u. 1,10 M.  
 Keulen von M. 3,50  
**Reh-Rücken 5,00**  
 Blätter " 1,50  
 Bratfertigtes Wild in jeder Art.  
**Gänse pro Pfund 65 Pf.**  
 fette Jg. Suppenhühner 1,40 bis 2,50 M.  
 pa. Jg. Brathühner. 1,20 bis 2,50 M.  
 F. Wagner, Mariannenstr. 24, zwisch.  
 Reichenbergerstr. u. Kotth. Br.

**Achtung!**  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
 Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, in Kellers Festfälen,  
 Koppenstraße 29:  
**Gemeinschaftliche General-Versammlung**  
 der beiden Wahlvereine „Ost“ und „Südost“.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Zusammenkunft beider Wahlvereine. 2. Beratung und Beschlußfassung des neuen Statuts. 3. Bericht  
 des Vorstandes. 4. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 5. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zahlreichen Besuch erwarten 264/9 Die Vorstände.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:  
 Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9070  
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im Saale der Brauerei Am Friedrichshain 16/23.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung über die Ausdehnung in der Elektrizitätsindustrie. 2. An die Verwaltung  
 gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 Zahlreichen Besuch erwartet 163/11 Die Ortsverwaltung.

**Prosit! Böhmisches Brauhaus.**  
 BERLIN.  
  
 Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
 Fab-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
 Flaschen- " Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.  
 Unser Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen  
 Kolonialwaaren-Handlungen. 4510L\*

**Achtung! Genossen u. Kollegen! Achtung!**  
 Ein herrliches Weihnachtsfest bereitet Groß und Klein ein schön  
 geschmückter Weihnachtsbaum. — Versende franco gegen Nachnahme von 5 M.  
 oder vorheriger Einzahlung von 5 M.:  
**Sortiment I:** Enthält glänzende Glöden, Ballons, Schiffe, Uhren,  
 Lyras, Fruchtbüschel, Trompeten, verschiedene Arten Vögel, Kinderköpfe,  
 fein überzogene Kugeln und Eier, glatte und bemalte, eine strahlende  
 Baumspitze, Marmorengel, Eiswürfel, Eisfiguren, Pfeiler- und Phantasie-  
 artikel, Decoren aller Art, 100 Stück fein verzierte Krampfen, Lametta,  
 Kronleuchter, Eisgäulen, der kleine Cohn, Schneebälle, alles hochfeine ver-  
 silberte Neuheit; hierzu eine Gratisbeilage: Eine große feinerarbeitete  
 Trompete mit Stimmz. 49812\*  
**Sortiment II:** Für 3,50 M.: Eine Packung in sehr guter zufriedens-  
 stellender Ausführung mit Gratisbeilage. Einer Doppelpackung für 10 M.  
 ebenfalls für 7 M.; für je zwei Mann wird wegen Porto-Ersparnis extra  
 etwas beigelegt. Auch werden größere Posten in Post- und Bahnkästen an  
 Händler, Vereine u. in jedem Quantum u. garantiert j. volle Zufriedenheit.  
 Bestellungen erbitte zu richten an **Genossen Guido Müller,**  
**Orts-Vertrauensmann, Lauscha S.-M.**

**Uhren, Gold-, Silber-, Alfenidewaren**  
 in größter Auswahl und moderner Ausführung  
**Reinh. Wankel**  
 Brunnen-Str. 163  
 Gegründet 1877. zwischen Anklamer- und Invaliden-Straße.

**Leihhaus NORDEN** 203/4 Linienstr. 203/4,  
 am Rosenthaler Tor.  
**Billigster Verkauf von Brillanten, Uhren, Gold- und Silberwaren!**  
 Kulante und diskrete Beleihung aller Wertsachen.  
 50022\*

**Achtung!**  
**Schlaf-Röcke,**  
 sehr geeignet als  
**Weihnachts-Geschenk**  
 für Herren von  
 prachtvoller Qualität  
 und eleganter Ausstattung  
 in großer Auswahl:  
 10,50, 13,50, 15,  
 17,50, 20, 22,50, M.  
 25, 30, 35, 40 u. 65  
**Morgen-Joppen**  
 grau, mod. bräunlich oder  
 olive, mit Tuch, Samt, Plüsch  
 oder Sehnurbesatz:  
 8, 9, 10,50, 13,50 M.  
 15, 16,50 u. 20 M.  
**Winter-Joppen** zweireihige  
 Form, von  
 Loden, mit warmem Futter,  
 dunkelgrün, bräunlich oder  
 olivengrün, 7,50, 9, 10,50, 12,  
 14, 15, 16,50, 18, 20 u. 25 Mark.  
**Falten-Joppen** einreih. Form,  
 Brust und  
 Rücken mit Sattel u. Falten,  
 der Taillengürtel ringsherum  
 gehend u. Mufftaschen, aus  
 Loden gearbeitet, grau, bräun-  
 lich oder grünlich meliert,  
 9, 12, 15, 18 u. 22,50 Mark.  
**Beinkleider** von elegant vor-  
 nehmen Schnitt  
 u. guter Passform, aus Buck-  
 kin, Obeviot oder Kammgarn,  
 mittel- oder dunkelfarbig ge-  
 streift oder meliert, 3,50, 4,50,  
 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13,50,  
 15 u. 16,50 Mark.  
**Herren-Westen**  
 in hell-, mittel- od. dunkelfarb.  
 Fantasiestoffen, entaüek. Mast.  
 2,50, 3,50, 4,50 bis 18 Mark.  
**Die Preise sind billig,  
 aber streng fest.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Ahrens Brauerei,  
 Turmstraße 25-26:  
**Bezirks-Versammlung für Moabit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen J. Kaliski. Thema wie in der Versammlung  
 bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ver-  
 schiedenes.

**Branchen der Musik-Instrumentenarbeiter.**  
 Montag, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer 15 (Saal 5):  
**Außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die von verschiedenen Orten gestellten Vorträge zur Klararbeiter-  
 Konferenz. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Jeder Betrieb muß vertreten sein.  
 Die Branchen-Kommission.  
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlung der Treppengeländer-Branche.**  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit der Vereinigung der  
 Treppengeländer-Fabrikanten.  
 Aus jeder Werkstatt hat jede Branche einen Delegierten zu entsenden.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
**Gruppe der Zementierer.**  
 Hierdurch den Mitgliedern der Gruppe der Zementierer zur  
 Kenntnis, daß die zu Sonntag, den 17. Dezember fällige Monats-  
 versammlung Umstände halber ausfällt. 160/3  
**Der Gruppenvorstand.**  
**Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.**  
 Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin H.  
 Bretterträger und Brettschneider.  
 Sonntag, den 17. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im „Königshof-Kasino“, Holzmarktstraße 72.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung des Gewerkschaftsdelegierten und Gewerbegerichtsbeisitzers.  
 2. Abrechnung vom Kostenball und Stiftungsfest.  
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 NB. Wir erziehen die Kollegen, ihren Verpflichtungen dem Verband  
 sowie der Mitgliedschaft gegenüber nachzukommen, weil Jahresabschluss statt-  
 findet, auch werden Kostenball-Billets in der Versammlung ausgeben.  
 Der Vorstand.

**Verband des technischen Bühnen-Personals**  
 Sitz Berlin.  
 Sonnabend, den 16. Dezember 1905, abends 11 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 100/13  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

**Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
**Achtung! Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter, Achtung!**  
 Sonntag, den 17. Dezember er., vormittags 10 Uhr, im Lokale  
 von Augustin, Oranienstr. 103:  
**Versammlung**  
 aller im Brunnenbaufach beschäftigten Brunnenbauer  
 und deren Hilfsarbeiter.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Die Vertreter. Sitzung.  
 3. Die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.  
 Die Sektions-Leitung.  
 In herabgesetzten Preisen liefern wir:  
**Geschichte der französischen Revolution von 1848**  
 und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von  
 D. Röhlert. . . . . anstatt 6,50 M. jetzt 5.- M.  
**Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.**  
 Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt  
 von E. Bloß. . . . . anstatt 5,70 M. jetzt 5.- M.  
**Der Mensch und seine Rassen** von A. Langhansel anstatt 5,00 M. jetzt 5.- M.  
**Die Geschichte der Erde** von R. Sornmet anstatt 7,90 M. jetzt 5.- M.  
**Die Pflanzenwelt** von R. Sornmet anstatt 5,50 M. jetzt 5.- M.  
**Die Tierwelt** von R. Sornmet anstatt 7,10 M. jetzt 5.- M.  
**Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt von D. Röhlert anstatt 5,50 M. jetzt 5.- M.  
**Weltschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von D. Röhlert anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.  
 Diese Bücher sind sämtlich in Prachtbänden gebunden.  
 Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und farbige Tafeln ver-  
 anschaulicht und erläutert.

**Stola Muffen**  
 etc. etc.  
 Nur eig. Fabrikat.  
 gading. reelle Ausf.  
 bestes Material.  
 Kein Zwischenhändler,  
 daher Fabrikpreise.  
 Große Auswahl.  
**Kalman,**  
 Dresdenerstr. 75  
 vorn II.  
 2. Haus v. Thalia-Th.  
 Verk. auch Sonnt. u.  
 Wochent. 8. 9. u. ab.  
 Kein Reusenmuster-  
 Schwindel.  
**Wegen Umbaus!**  
 1 Radentisch m. Messinghänge, 1 Repa-  
 satorium, 1 Lärmstörung, 5 Gas-  
 kronen, 1 Bierapparat, 1 Rabe-Ofen,  
 1 Transparenzschid, 6 Gaslaternen  
 (Garten), Garderobenschrank u. sehr  
 billig zu verk. C. Josty & Co., G.m.b.H.,  
 am Bahnhof Zoologischer Garten.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Ahrens Brauerei,  
 Turmstraße 25-26:  
**Bezirks-Versammlung für Moabit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen J. Kaliski. Thema wie in der Versammlung  
 bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ver-  
 schiedenes.

**Branchen der Musik-Instrumentenarbeiter.**  
 Montag, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer 15 (Saal 5):  
**Außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die von verschiedenen Orten gestellten Vorträge zur Klararbeiter-  
 Konferenz. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Jeder Betrieb muß vertreten sein.  
 Die Branchen-Kommission.  
 Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlung der Treppengeländer-Branche.**  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit der Vereinigung der  
 Treppengeländer-Fabrikanten.  
 Aus jeder Werkstatt hat jede Branche einen Delegierten zu entsenden.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
**Gruppe der Zementierer.**  
 Hierdurch den Mitgliedern der Gruppe der Zementierer zur  
 Kenntnis, daß die zu Sonntag, den 17. Dezember fällige Monats-  
 versammlung Umstände halber ausfällt. 160/3  
**Der Gruppenvorstand.**  
**Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.**  
 Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin H.  
 Bretterträger und Brettschneider.  
 Sonntag, den 17. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im „Königshof-Kasino“, Holzmarktstraße 72.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung des Gewerkschaftsdelegierten und Gewerbegerichtsbeisitzers.  
 2. Abrechnung vom Kostenball und Stiftungsfest.  
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 NB. Wir erziehen die Kollegen, ihren Verpflichtungen dem Verband  
 sowie der Mitgliedschaft gegenüber nachzukommen, weil Jahresabschluss statt-  
 findet, auch werden Kostenball-Billets in der Versammlung ausgeben.  
 Der Vorstand.

**Verband des technischen Bühnen-Personals**  
 Sitz Berlin.  
 Sonnabend, den 16. Dezember 1905, abends 11 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 100/13  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

**Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
**Achtung! Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter, Achtung!**  
 Sonntag, den 17. Dezember er., vormittags 10 Uhr, im Lokale  
 von Augustin, Oranienstr. 103:  
**Versammlung**  
 aller im Brunnenbaufach beschäftigten Brunnenbauer  
 und deren Hilfsarbeiter.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Die Vertreter. Sitzung.  
 3. Die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.  
 Die Sektions-Leitung.  
 In herabgesetzten Preisen liefern wir:  
**Geschichte der französischen Revolution von 1848**  
 und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von  
 D. Röhlert. . . . . anstatt 6,50 M. jetzt 5.- M.  
**Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.**  
 Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt  
 von E. Bloß. . . . . anstatt 5,70 M. jetzt 5.- M.  
**Der Mensch und seine Rassen** von A. Langhansel anstatt 5,00 M. jetzt 5.- M.  
**Die Geschichte der Erde** von R. Sornmet anstatt 7,90 M. jetzt 5.- M.  
**Die Pflanzenwelt** von R. Sornmet anstatt 5,50 M. jetzt 5.- M.  
**Die Tierwelt** von R. Sornmet anstatt 7,10 M. jetzt 5.- M.  
**Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt von D. Röhlert anstatt 5,50 M. jetzt 5.- M.  
**Weltschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von D. Röhlert anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.  
 Diese Bücher sind sämtlich in Prachtbänden gebunden.  
 Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und farbige Tafeln ver-  
 anschaulicht und erläutert.

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW. 68,  
 Lindenstraße 69, Laden.  
 1 Radentisch m. Messinghänge, 1 Repa-  
 satorium, 1 Lärmstörung, 5 Gas-  
 kronen, 1 Bierapparat, 1 Rabe-Ofen,  
 1 Transparenzschid, 6 Gaslaternen  
 (Garten), Garderobenschrank u. sehr  
 billig zu verk. C. Josty & Co., G.m.b.H.,  
 am Bahnhof Zoologischer Garten.



Aus der Frauenbewegung.

Lichtenberg. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Lichtenberg hielt am Montag, den 11. Dezember, seine Monatsversammlung ab. In derselben schilderte Fräulein Wagnhardt die Wichtigkeit der gesundheitlichen Beaufsichtigung der Kinder in der Schule, eine Frage, die Dr. N. Silberstein im 6. Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek „Das Schulkind“ gründlich behandelt, sowie das dazu erforderliche Zusammenarbeiten von Schule und Haus in gesundheitlicher Beziehung in klarer, leicht verständlicher Weise. — In der darauf folgenden recht lebhaften Diskussion wurden durch die Ausführungen verschiedener Mitglieder die Zustände an unseren Schulen sowie die Tätigkeit der Schularzte illustriert. Aus der Debatte gewann man den Eindruck, daß es dringend notwendig ist, mehr Schularzte einzuführen, da es den wenigen Schularzten nicht möglich ist, ihre Tätigkeit so zu entfalten, daß durch dieselbe eine legendenreiche fruchtbringende Wirkung erzielt würde. So wurde z. B. auch bemerkt, daß der Schularzt nicht die Klassenräume betritt, die Kinder zu besichtigen, sondern durch den Klassenlehrer werde den Kindern mitgeteilt, daß der Schularzt da sei, wer krank ist, soll zu demselben ins Amtszimmer gehen. — Die Kinder wissen doch nicht, wann oder ob eine Krankheit bei ihnen im Entstehen ist. Nachdem bekannt gegeben war, daß das Stiftungsfest des Vereins am Montag, den 15. Januar stattfindet und die Mitglieder für guten Besuch fleißig agitierten sollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wiederum ein Übergriff der preussischen Polizei! In dem Städtchen Schoenlanke, Provinz Posen, ist es noch längerer, mühevoller Tätigkeit gelungen, eine Anzahl Frauen für die Bewegung zu gewinnen. Die tätigen Genossen und Genossinnen bemühen sich, der „Gleichheit“ mehr und mehr Eingang in die Arbeiterwohnungen zu verschaffen. Die Zahl der Abonnentinnen wächst denn auch von Tag zu Tag. Die Hüter der Ordnung, die Polizei, mag deshalb wohl besorgt sein, daß der Kochtopf unter der Aufklärung und dem Wissen,

welches die Frauen sich aneignen, leide. Wahrscheinlich will sie solchem Unglück vorbeugen, denn einfache Reugier kann man doch bei den Handlungen der Polizei nicht voraussetzen.

Am Sonntag, den 10. Dezember, verlangte ein Polizeibeamter vom Genossen Lent in Schoenlanke die Adressen der „Gleichheit“-Abonnentinnen. Dieses ganz ungeschickliche Verlangen wurde vom Genossen Lent zurückgewiesen. Der Beamte, der sich auf eine vom Regierungspräsidenten in Bromberg erhaltene Instruktion berief, drohte dann, die weibliche Vertrauensperson, Frau Lent, polizeilich zu vernehmen, dann müsse sie die verlangten Angaben machen!!!

Die Vertrauensperson wird sich natürlich nicht einschüchtern lassen, sie wird die Adressen nicht angeben, sie wird sich vielmehr bemühen, die Zahl der Leserinnen zu verdoppeln.

Eventuell dürften die vorgelegten Behörden in die Lage kommen, den Herren, welche sich ganz ungerechtfertigterweise um die „Gleichheit“ kümmern, dahin ein Privatissimum zu geben, daß bei der — Gleichheit vor dem Gesetz die Polizei sich eben so wenig um die Abonnenten der Frauzeitung, wie um die der „Post“ oder der „Kreuztg.“ zu kümmern hat.

Genossinnen, auch dieser Übergriff der Polizei, der zu den vielen anderen hinzurechnet wird, ist nur möglich, weil die Befehle der preussischen Dreiklassenwahlrechts der Polizei ein Auftritten gestattet, wie keine andere Behörde sich erlaubt. Darum auf zum Kampf gegen das preussische Polizeiregiment, damit es, je schneller desto besser, beseitigt wird.

„Frauenklub“ nennt man eine Gründung der jüngsten Zeit, die ihren Mitgliedern Geselligkeit und insbesondere geistigen Austausch mit Gleichgesinnten ermöglichen soll. Diese Vereinigungen sollen einen gewissen literarischen Charakter haben und geben aus von Damen, die auf Bildung Anspruch erheben. In Wirklichkeit herrscht soziale Noheie und Einsichtlosigkeit in jenen parfumierten Kreisen. Solcher Klubs gibt es bereits in Berlin, Hannover, Weimar, München und Düsseldorf, und in Köln ist einer in der Entstehung begriffen. Dieser Tage fand dort eine Versammlung

statt, die die Gründung beschloß. Als Rednerin hatte man die Vorsitzende des gleichartigen Düsseldorf Clubs gewonnen, und von dieser erfuhr man, daß die „gebildeten“ Düsseldorf Damen durch Statut alle „Ladnerinnen“ ausschließen; bei anderen weiblichen Angestellten, wie Direktrizen usw., wird über die Aufnahme von Fall zu Fall entschieden. Eine der Damen, eine „Frau Sanitätsrat“, meinte, man könne unmöglich jede Geschlechtsgenossin aufnehmen, und wenn sie einen noch so guten Ruf habe.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Danzabund, Wind, Seilly, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Dezember 1905. Zunächst etwas kühler, teilweise aufklarend bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erdoberung, Trübung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 13. Dezember. Elbe bei Rastau + 1,25 Meter, bei Dresden - 0,23 Meter, bei Magdeburg + 1,64 Meter. — Unstrut bei Krausfurt + 1,50 Meter. — Oder bei Kattow + 2,12 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,24 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,01 Meter, bei Frankfurt + 1,56 Meter. — Weichsel bei Graubünde + 3,02 Meter. — Warthe bei Posen + 0,96 Meter. — Reye bei Wg - , - Meter.

Moderne Fest-Kleidung

Herren-Anzüge



Viele Tausende Exemplare am Lager. Vielseitigste Auswahl. Moderne Verarbeitungen.

45.— 40.— 36.— 30.— 27.— 24.— 21.— 18.— 15 Mk.

Gehrock-Anzüge



Enorm grosse Sortimente. Vornehmste Kleidung. Schicke Fassons. Feine Ausstattung.

70.— 60.— 55.— 50.— 45.— 40.— 36.— 27.— 21 Mk.

Serien-Ausverkauf in allen Abteilungen teilweise weit unter Herstellungspreisen.

Baer Sohn

Spezial-Haus grösseren Massstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11, Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstrasse 20.

Der Haupt-Katalog No. 27 wird kostenlos zugesandt.

Billiger Weihnachts-Verkauf.

Abteilung

Konfektion

- Schwarze Jacketts und Paletots von M. 45 bis 7.50
Hochelegante Paletots in Empire-Form. von M. 75 bis 20.—
Sport- und Regen-Paletots von M. 25 bis 7.50
Abendmäntel, elegant und einfach von M. 50 bis 9.75
Frauen-Capes, schwarz und grau von M. 25 bis 5.75
Jackett-Kostüme, einfarbig oder Fantasiestoff von M. 60 bis 14.—
Kostümröcke, schwarz und farbig von M. 30 bis 2.50
Blusen in Seide und Sammet von M. 30 bis 2.95
Blusen in Wolle von M. 15 bis 2.95
Blusen in Velourbarchent von M. 3.75 bis 1.25
Morgenröcke und Malinés von M. 20 bis 3.—
Unterröcke in Wolle und Molré von M. 15 bis 3.—
Kinder-Jacketts, Kinder-Mäntel von M. 15 bis 2.—
Kinderkleider in Wolle von M. 20 bis 3.—
Gingham-Haus- und Servierkleider Stück M. 5, 4.50 und 3.50

Julius Haack

Manufakturwaren u. Konfektion

198 Brunnen - Straße BERLIN N., Brunnen - Straße 198

am Rosenthaler Tor.

Zahnärztl. Institut Mannstr. 18. Röntgen Röhre v. 2 W. Bahnleben 1 W. Bomb. v. 1.50 W. Teilzahl.

Um echten Mumpfe-Halb und Halb mit dem Schimmelgespann auf dem Weihnachtstisch zu haben, besorge man den Einkauf rechtzeitig. In den letzten Tagen vor Weihnachten ist die echte Marke in vielen Geschäften ausverkauft.

Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00, trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt 1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen. Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschem. Dr. C. Bischoff. Käufi. in Apotheken, Drogen- u. Delikatessgeschäften.







# Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 293. Freitag, den 15. Dezember 1905.

Inferate Sechsgipallene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Friedersdorf in der Mark steht das Lokal von Büchel, in Mariendorf das von Bergfeld, früher Spexand, Feldstr. 44, der Arbeiterschaft zur Verfügung.

In Posen ist das bisherige Versammlungslokal von Schimke der Arbeiterschaft entzogen, daher streng zu meiden. Frei ist das Restaurant „Flora“, Neudorfer Chaussee. Die Lokalkommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein Alt-Glienide. Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sak. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen P. a. g. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht. Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Noble Kampfesweise. Das Organ des Charlottenburger Freisinnigen, die „Neue Zeit“, deren vornehmste Kampfesart wir während des letzten Stadtverordnetenwahlkampfes wiederholt niedriger gehängt haben, fährt auch nach Beendigung des Wahlkampfes mit ihren Verdrehungen, Verleumdungen und Beschimpfungen unserer Genossen fort. Nachdem es sich vor einigen Tagen einen niederträchtigen Ausfall gegen Jubel geleistet hat, stellt es tags darauf tiefstimmige Betrachtungen über die letzte Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Teltow-Beeslow-Storlow-Charlottenburg an. Ob das liberale Blatt die dort angenommene Resolution als ein Zukunftszeichen vor dem Parteivorstand ansieht oder nicht, ist uns gleichgültig. Darüber würden wir kein Wort verlieren. Wenn wir uns mit dem Blatte abgeben, so um unseren Lesern nachstehende Auslassung vor Augen zu führen:

„Durch diese nichtslagende Resolution, die ängstlich jede Stellungnahme zu dem Wahlkampf vermeidet, hofft man offenbar dem sozialdemokratischen Abgeordneten Jubel, der „mit Mißtrauensvoten bepackt“ nicht mehr auf Agitation gehen wollte, das Verbleiben in seiner Parteiprofession und im Reichstage zu ermöglichen. Als wir seinerzeit die grobartigen Protesterklärungen der Charlottenburger Sozialdemokraten gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand zur Kenntnis unserer Leser brachten, sagten wir es sofort voraus, daß die Praxerieren der sozialdemokratischen Maulhelden nicht ernst zu nehmen seien, die Jammerseelen sich wünschen wie Hunde dußen würden, wenn Nebel mit dem großen Knüttel gedroht hätte.“

Wir unterlassen es, diesen Herzenserguß der liberalen Sippenschaft durch irgend welche kritischen Bemerkungen abzuwehren, er spricht für sich selbst. Nur darauf weisen wir hin, daß das freisinnige Sudelblatt, das die Beschimpfungen der Arbeiterklasse als seine Hauptaufgabe betrachtet und das nebenbei bemerkt in dem gleichen Verlage erscheint, in dem Herr Fränkel seine sozialistende Broschüren herausgibt, überhaupt nicht existieren könnte, wenn nicht so viele Sozialdemokraten zu seinen Abonnenten und Inserenten gehörten. Eine Vorphotierung des Blattes durch die Arbeiterklasse würde gleichbedeutend mit seiner Vernichtung sein.

In einer am 8. Dezember stattgefundenen Versammlung der Ortsverwaltung Charlottenburg des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands kam es unter anderem zu einer scharfen Auseinandersetzung gegen die beleidigenden Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors Dr. Thiel, in welchen derselbe die Gastwirte zu den zweifelhaften und absterbenswerten Elementen rechnete. In Anbetracht dieser unerhörten Herausforderung wird die Ortsverwaltung Charlottenburg in einer einzuberufenden Versammlung entchiedenen Protest dagegen erheben. In weiterer Debatte wurden die Ausführungen, welche die Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“ zur Zeit der Stadtverordnetenwahl brachte und jetzt noch bringt, einer scharfen Kritik unterzogen. In Anbetracht der niederträchtigen Beschimpfungen wird es jedem Kollegen unseres Verbandes zur Pflicht gemacht, das Blatt abbestellen und jedes Inserieren in dieser Zeitung zu vermeiden.

### Teltow.

Unsere hiesige Parteibewegung hat in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht, immerhin gibt es noch manches zu tun, wenn wir die Beteiligung an der letzten Stadtverordnetenwahl betrachten. Wohl gehören der Sozialdemokratie die Mandate der III. Abteilung, allein die bei der Wahl abgegebene Stimmzahl hätte doch höher sein können. Der III. Abteilung gehören 470 eingeschriebene Wähler an, davon haben nur 158 ihr Stimmrecht ausgeübt, 152 Stimmen erhielt unser Kandidat. Ein großer Teil selbst gewerkschaftlich organisierter Arbeiter blieb der Wahl fern, obwohl die Wahl in den Abendstunden stattfand. Die bürgerlichen Wähler hatten sich der Wahl enthalten; nicht aber, wie der amtliche Monitor mitteilte, wegen gänzlicher Ausschloßigkeit, sondern weil sie „gegen die Preisliste wirklich protestieren wollten“. Auch ein Protest, der die politische Unfähigkeit dieser Herren in ein helles Licht rückt. Viele Kleinhandwerker erklärten unseren Vertrauensleuten, sie würden ihrer Ueberzeugung nach sozialdemokratisch wählen, nur Furcht vor wirtschaftlichen Schwabungen hielt sie zurück.

In der II. Abteilung wurde der bisherige Vertreter Karl Wastan mit 17 Stimmen von 46 eingeschriebenen Wählern wiedergewählt, während es in der I. Abteilung, wo 8 von 14 eingeschriebenen Wählern erschienen waren, zur Stichwahl kam.

Sind wir nun auch im Besitz der gesamten Mandate der III. Abteilung, so dürfen wir uns in keiner Weise in Sicherheit wiegen. Die müssen ständig auf dem Posten sein und nicht nur suchen, unsere Position zu behaupten, sondern alles daran setzen, sie immer mehr zu stärken.

Niedergerannt ist die Werkstatt und Kantine der Eberfelder Papierfabrik in Schönau (Teltow). Das in der Werkstatt liegende Handwerkszeug der Arbeiter verbrannte. Die herbeigerufenen Feuerwehre von Teltow, Zehlendorf und Groß-Lichterfelde mußte sich darauf beschränken, die danebenliegenden Werkstätten zu schützen. Am demselben Abend wurde noch ein Arbeiter verhaftet, der in der Fabrik tätig war, wurde aber wieder entlassen. Jetzt ist ein fremder Arbeiter verhaftet worden, der sich hier schon zwei Nächte obdachlos aufhielt.

### Mariendorf.

Um den Parteigenossen es zu erleichtern, ihren Bedarf an Jugendbüchern und Bilderbüchern für die Feiertage zu decken, hat der Wahlverein eine ganze Kollektion angeschafft und bei dieser Ge-

legenheit nach jeder Richtung hin Rechnung getragen. Die Besichtigung sowie der Verkauf derselben findet Sonntag, den 17. Dezember, von mittags 12 Uhr im Restaurant Hermann Reichardt, Mariendorf, Chaussee 16, statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht regen Gebrauch hier von zu machen. Bestellungen auf nicht vorhandene Partei- und Jugendchriften werden entgegengenommen und rechtzeitig geliefert.

### Groß-Lichterfelde.

In der am Montag stattgefundenen, gut besuchten Mitglieder-versammlung des Frauen- und Mädchenbildungsbereichs referierte Frau Dr. Gradnauer über „Literatur“. In anschaulicher Weise legte Referentin den Unterschied zwischen Schundliteratur und bildender Literatur dar, indem sie an einer Reihe von Beispielen die Schäden resp. Vorzüge zeigte. Sache der Zuhörerinnen, die den Vortrag mit vielem Beifall aufnahmen, ist es nun, die gegebenen Anregungen in die Wirklichkeit zu überlegen. Diskussion fand nicht statt.

### Tegel.

Einen herben Verlust haben die Tegeler Genossen durch den plötzlichen Tod eines ihrer besten Kämpfer erlitten. Der Arbeiter Friedrich Meier ist Dienstag nacht an seiner Arbeitsstelle, im Vorkriegswerk, plötzlich an Herzlähmung verstorben. Nur allzu früh, im 33. Lebensjahre, wurde dem Wirken des Braven durch den Tod ein Ziel gesetzt. Die Partei verliert in dem Verstorbenen einen tüchtigen, allezeit bereit und vor keiner Arbeitslast zurückschreckenden Genossen, welcher sich des größten Vertrauens, der Achtung und Liebe seiner Parteigenossen erfreute. Die Arbeiterschaft wird sein Andenken in Ehren halten!

### Friedrichsfelde.

Berschwundener Knabe. Das rätselhafte Verschwinden eines vierjährigen Knaben aus Friedrichsfelde konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden. Am vergangenen Sonnabend schickte die Frau des Arbeiters Selter, Berlinerstraße wohnhaft, ihren Sohn Otto mit einem Korbe weg, damit er Einkäufe besorge. Von diesem Gange ist der Kleine nicht zurückgekehrt. Ueber das Schicksal des Vermissten konnte vorläufig noch nichts ermittelt werden.

### Potsdam.

Wegen zahlreicher Ueberfälle auf allein gehende Damen hatte sich vor dem Potsdamer Schöffengericht der aus der Haft vorgeführte, mehrfach wegen Gewalttätigkeiten vorbestrafte Arbeiter Seeger aus Rowawes zu verantworten. Im Oktober und November wurden in Potsdam, namentlich in den stilleren Vorstädten, in den Abendstunden verschiedene Damen, unter ihnen auch die Gräfin Solms, eine Schwägerin des Grafen von Lippe-Biesterfeld, hinterläßt überfallen. S. schlich sich meistens an die Damen heran, versetzte ihnen einen Faustschlag, so daß sie zu Boden stürzten und lief dann davon. Die Gräfin Solms verlor dabei vor Schreck ihr Portemonnaie, so daß man anfänglich glaubte, es läge ein Raubanfall vor, bis dasselbe später aufgefunden wurde. Erst nachdem der Patron seine Tätigkeit nach der Innenstadt verlegte, gelang es, ihn eines Abends, als er in der belebten Kaiserstraße die fünfzehnjährige Tochter des Restaurateurs Wehler anrempelte und verfolgte, festzunehmen. Von den zur Anklage stehenden Fällen mußten einige ausbleiben, weil die überfallenen Damen den Seeger nicht mit Bestimmtheit als den Täter rekonozizieren konnten. Gleich nach seiner Festnahme hat der Angeklagte aber ein indieses Geständnis abgelegt. Der Amtsanwalt beantragte gegen ihn acht Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 6 Monat Gefängnis.

Die Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Potsdam erbrachte in ihrer letzten Generalversammlung wieder den Beweis, daß der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe der Konsumenten hier stetig an Ausbreitung gewinnt. Der Geschäftsstand ist ein befriedigender. Im letzten Quartal betrug der Umsatz 10 500 M. Um eine weitere Erhöhung der Umsatzziffer und eine schnellere Vermehrung der Mitgliederzahl zu erreichen, wurde vom Genossen Brinkert vorgeschlagen, für die Brandenburgische Vorstadt eine Filiale zu errichten, denn für viele Familien der hier besonders stark vertretenen Bauarbeiter liege die Verkaufsstelle in der Junkerstraße zu weit. Von den Vornstehenden Genossen wurde dieses Projekt ebenfalls warm befürwortet. Auch der Vorstand steht der Filiale-einrichtung nicht ablehnend gegenüber; er führte aber aus, daß die vor dem Brandenburgische Tore und in Vornstedt wohnenden Genossen erst dafür sorgen müßten, daß sich die dortige Mitgliederzahl so vermehre, um die genügende Umsatzziffer für die neu zu errichtende Filiale erreichen zu können. — Also auf zur Agitation! Je größer die Mitgliederzahl, je höher der Umsatz steigt, desto mehr hebt sich selbstverständlich auch die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft.

## Berliner Nachrichten.

### „Weihnachtsstimmung“

herrscht in den Straßen Berlins. Wo Du gehst, wo Du stehst fällt Dein Blick auf Spuren des Festes, von dem nur wenige Tage uns noch trennen. Das ganze Geschäftsleben trägt nun schon seit Wochen wieder das Gepräge, das diese Zeit ihm aufzudrücken pflegt. Im Weihnachtsmonat wird das Wort „Verdienen“ groß geschrieben. Wenn das Weihnachtsfest naht, will alles, was Handel treibt, seine Ernte halten.

Da greift dann auch mancher zum Handel, der sonst wenig Talent zum Geschäftsmann besitzt. Mancher Handarbeiter, der jetzt wieder seine „stille Zeit“ durchmacht und ohne Beschäftigung ist, nimmt seine paar Spargroschen, kauft sich ein Schock Weihnachtsbäume und baut sie an irgend einer Straßenecke auf. Mancher, der schon seit Monaten arbeitslos umherläuft, verkauft nun mit dem Handel in Weihnachtsartikeln und hält auf der Straße ein billiges Spielzeug feil.

Ohne diese Straßenhändler mit ihrem Weihnachtsfram kann man sich in Berlin den Weihnachtsmonat nicht recht denken. Sie sind die markanteste Erscheinung in dem ganzen Weihnachtsstrubel — sie und ihr „Humor“. Da sucht immer einer den anderen zu überbieten in droßig übertriebenen Andpreisungen seiner Ware. Und immer sind sie fidel, immer lustig und guter Dinge. Wenn man so an ihnen vor-

überflüendert und all die Späße mit anhört, dann möchte man glauben, daß es kein schöneres Leben als das eines Straßenhändlers gibt, zumal in der Weihnachtszeit.

Indes wir haben (unter uns gesagt) manden dieser Spasmacher im Verdacht, daß ihm sehr wenig spaßhaft zumute ist. In das Straßenbild bringen sie erst die rechte Weihnachtsstimmung hinein, aber in ihrem Herzen sieht es manchmal gar nicht nach „Weihnachtsstimmung“ aus. Wie oft ist die Lustigkeit, die sie auf den Lippen tragen, nur leerer Schein, nichts weiter als ein Geschäftskniff, den sie anwenden müssen, um gegenüber dem Heer der Konkurrenten sich zur Geltung zu bringen und dem Passanten aufzufallen. Was die vorüberflüendende, gedankenlos lachende Menge für unverschämten „Humor“ hält, das ist, ach, so oft nur trostloser Galgenhumor, hinter dem die Sorge sich birgt.

Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen. Wenn in der Weihnachtszeit Vater und Mutter handeln geben müssen, sollen da die Kinder zu Hause bleiben und müßig sitzen?! Die Gelegenheit, wieder mal ein paar Groschen Geld in die Finger zu kriegen, bietet sich im Winter nicht oft. Ueberdies wird's uns ja immer und immer wieder gepredigt, von wie hohem erzieherischem Wert es sei, daß die Kinder beizeiten merken, wie sauer es Vater und Mutter wird, das bißchen Brot heranzuschaffen. Nehmt also auch Ihr Euren Kram, stellt Euch auf die Straße und seht zu, daß Ihr 'was verdient! Und sucht auch Ihr den Leuten aufzufallen und Käufer anzulocken mit den Späßen, die Ihr den Großen ablauschet!

Der Anblick dieser Kinder gehört für manden zu dem Erhebendsten, was die Weihnachtszeit ihm zu bieten vermag. Wie reizend, wenn da ein Knirps, der noch nicht mal das schulpflichtige Alter erreicht hat, ein blechernes „Mauslein“ in Freiheit dreht vor seinem belustigten Publikum auf dem Trottoir unbespazieren läßt! Wie rührend, wenn eine elegante Gnadige ihr gepudertes Köchertchen anweist, dem zerlumpten Jungen einen Nidel in die schmutzige Hand zu drücken! So erzieht der Bescheidene sein Kind frühzeitig zum Wohlthun. So lernt das Kind des Besitzlosen frühzeitig erkennen, daß es noch gute Menschen gibt.

Will man in Berlin die rechte und echte „Weihnachtsstimmung“ genießen, dann muß man sich vor allem diese kleinen Straßenhändler ansehen. Da sage noch einer, daß Weihnachten nicht das Fest der Kinder sei! Da behaupte noch einer, daß die Weihnachtsstimmung nicht „persöhnend“ wirke, nicht den Gegensatz der Klassen überbrücken helfe!

Erweiterung der Paketannahme und Beginn des Weihnachtspaketverkehrs. Für den Weihnachtspaketverkehr hat die kaiserliche Ober-Postdirektion jetzt angeordnet, daß in diesem Jahre im ganzen Berliner Bezirk am nächsten Sonntag, dem 17. Dezember, bei den Postanstalten, die Sonntags geöffnet sind, eine Annahme von Paketen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags stattfindet. Am Sonntag, den 24. Dezember, können bei sämtlichen Postanstalten des Bezirks Paketendungen von 8—2 Uhr eingeliefert werden. Die Paket-Ausgabestellen werden am 24. und 25. wie an Werktagen offen gehalten werden. Die Paketbestellung findet, außer an den beiden Weihnachts-Feiertagen, an den Sonntagen vor Weihnachten, also am 17. und 24. Dezember, ebenso am Sonntag, den 31. Dezember, statt; dagegen fällt sie am 1. Januar aus.

Der drohende Häufereinsturz vor Gericht. Vor dem Amtsgericht I wurden gestern vormittag zwei Beweisicherungsanträge verhandelt, die sich mit dem viel besprochenen Wächinger-Neubau in der Bellevuestraße befahen. Da, wie wir bereits mitteilten, zahlreiche Entschädigungslagen gegen die Hauswirte Potsdamerstraße 1—4 und von diesen wieder gegen die Wächinger-Gesellschaft angehängt werden, so bildete die gestrige Verhandlung vor Gericht nur die Einleitung. Die Tiefbaugesellschaft Waig u. Freitag bezw. die Wächinger-Gesellschaft ließen Beweis darüber erheben, ob die Risse in den Wänden, wie überhaupt der baufällige Zustand des Seitenflügels vom Hause Potsdamerstr. 4, in einem ursächlichen Zusammenhange stehen mit den Ausschachtungen in der Bellevuestraße. Als gerichtliche Sachverständiger erklärte der Ratismourenmeister Schulz: Ob eine sachgemäße Fundamentierung der fraglichen Gebäudes, sowie eine sachgemäße Fundamentierung vorhanden sei, ließe sich bei dem jetzigen Zustande des Gebäudes überhaupt nicht erkennen. Unter der Voraussetzung, daß die Fundamente vorchriftsmäßig aufgeführt seien, müsse er doch sagen, daß auch Risse in den Wänden vorgekommen wären, wenn eine Unterfangung des Fundamentes beim Ausschachten stattgefunden hätte. An dem von ihm festgestellten erheblichen Umfange der Risse trage aber lediglich die tiefe Ausschachtung Schuld. — Hieran reihte sich das zweite Beweisicherungsverfahren, das von dem Juwelier Walber (Besitzer vom Hause Potsdamerstr. 4) gegen die Tiefbaugesellschaft bezw. die Wächinger-Gesellschaft angehängt hatte. Der gerichtliche Sachverständige, Maurat Jaffe, erklärte im Anschluß an sein bereits schriftlich abgegebenes Gutachten: Nach meiner Ansicht trägt das Auspumpen des Wassers die Hauptschuld. Hätte man mit dem Auspumpen aufgehört, als sich die ersten Risse zeigten, würde ein Stillstand in der drohenden Gefahr eingetreten sein. Wenn auch im Gegengutachten behauptet worden ist, daß ein Stillstand der Pumpen für die Nachbargebäude gefährlich werden könne, so spricht der Erfolg dagegen, denn während die Pumpen vor einigen Tagen 30 Stunden lang nicht funktionierten, trat ein Stillstand in den Rissebildungen ein; nachdem dagegen die Pumpen wieder in Bewegung gesetzt waren, haben sich neue Risse gezeigt. Nach meiner Ueberzeugung wird die ganze Umgebung bis auf etwa 500 Meter Entfernung durch das Auslaufen des Wassers in Risse-leidenschaft gezogen werden. Der Zustand des Seitenflügels vom Hause Potsdamerstr. 4 ist derart, daß ich ihn nie wieder betreten werde, da er jeden Augenblick einstürzen kann. Ob die Wauern im Verande und verankert waren oder nicht, ist gleichgültig. Sie wären bei den tiefen Ausschachtungen so wie so gerissen. Hiermit war das Beweisverfahren erschöpft und nunmehr kommen die Privatforderungslagen an die Reihe, die sich auf diese Gutachten stützen.

Wieder ein Opfer der Arbeit. Gestern vormittag 11 Uhr stürzte bei Abdeckung eines Hebermausensers beim Rüstungsbohn am neuen Rathaus, Stralauerstraße, der 24jährige Klempnergehilfe Fritz Görlich circa 6 Meter hoch herab infolge mangelhafter Abdeckung des Ober-



Bodens. Er fiel auf einen Stapel Dachsteine und wurde in bewußtlosem Zustande mit einer großen blutenden Kopfwunde nach der Unfallstation in der Brüderstraße und von hier nach Anlegung eines Rotverbandes nach der Almit, Mariannen-Ufer 2, gebracht.

Die Kumpenarbeit ist Submissionsarbeit und wird vom Kumpenmeister Jutz, Neue Jakobstr. 13, ausgeführt.

Durch das unvorsichtige Schießen mit einem Kindergewehr ist in der Gropiusstraße ein bedauerndes Unglücksfall herbeigeführt worden. In dem dortigen Restaurant von Sch. hatte eine Gesellschaft Geburtstag gefeiert und als einer der Teilnehmer über den Hof ging, wurde ihm die Warnung zugerufen, er solle sich vorbeugen, denn es werde geschossen. Im nächsten Augenblick verpörschte W. einen brennenden Schmerz im rechten Auge; von einem jungen Mädchen war ihm ein Bolzen direkt an die Pupille geschossen worden. Da es in der nahen Unfallstation nicht ermittelbar werden konnte, das Geschöß zu entfernen, so mußte W. die königliche Almit in der Fiegelstraße aufsuchen. Das Auge war jedoch nicht mehr zu retten.

Drei folgenschwere Zusammenstöße haben sich gestern im Straßenverkehr zugetragen. Am Reitelbedlag karambolierte ein Lastfuhrwerk mit einem Omnibus, wobei der Fahrer des Privatfuhrwerks, der Währige Willi Doffe, Fruchtstr. 40 wohnhaft, vom Bod herabgeschleudert und beim Aufschlagen auf das Straßenpflaster recht erheblich verletzt wurde. Die Insassen des Omnibusses wurden bei dem Zusammenstoß heftig durcheinander geschüttelt, sie kamen jedoch mit dem Schreck davon. — In der Schulstraße fuhr der 17-jährige Arbeiter Willi Maßenberger, Tegelerstr. 15 wohnhaft, auf seinem Zweirade mit einem Metallwagen zusammen und stürzte dabei mit solcher Gewalt von der Maschine herab, daß er schwer verletzt auf der Straße liegen blieb. In der Unfallstation VI. in der Lindowstraße wurde dem Verunglückten die erste Hilfe zu teil. — Bei dem Zusammenstoß zwischen einer Droschke und einem Straßenbahnwagen wurde der Droschkenfahrer Karl Brog, Martin Lutherstr. 11 wohnhaft schwer verletzt. Er war mit seinem Gefährt die Hauptstraße in Schöneberg entlang gefahren und karambolierte in der Nähe des Kaiser Wilhelmplatzes mit einem Straßenbahnwagen der Westlichen Berliner Vorortbahn. Durch den Anprall fiel B. vom Aufsitzsitz herab, schlug mit dem Kopf auf das Straßenpflaster und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Nachdem ihm in der Unfallstation IV. Rotverbände angelegt worden, kam er nach dem Elisabeth-Krankenhaus.

Unter den Pferden. Große Aufregung rief gestern morgen ein Unfall unter den Passanten der Königsstraße hervor. Eine junge Dame, welche an der Ecke der Klosterstraße einen Straßenbahnwagen der Linie 74 verlassen hatte, geriet beim Ueberfahren des Fahrdammes an das Gefährt eines Doktors heran, wurde von dem schnell dahineilenden Pferde umgerissen und direkt unter die Tiere geworfen. Wild sprangen die Pferde hoch und vielen Augenblick benutzte die Dame, um mit großer Geistesgegenwart emporzuschleudern und dem Verriß der Pferdehufe durch einige Blutzug zu entkommen. Zuerst Entschlossenheit hatte sie es zu verdanken, daß sie mit leichten Verletzungen am Kopfe davonkam. Der Arzt, der zu einer dringenden Operation fahren wollte, legte der Verunglückten an Ort und Stelle einen Rotverband an.

#### Aufscheinend ein Raubmord

liegt einem eigenartigen Vorfall zugrunde, der die Kriminalpolizei seit dem gestrigen Tage beschäftigt. Der am 27. April 1884 zu Jacobshof geborene Hausdiener und Kellner August Giernoth, welcher bei seinem Bruder Fritz Giernoth, Andreasstr. 25, wohnte, suchte durch Inferat eine Stellung als Wäffeltier. Seine Annahme ersuchte am 3. d. M. in einem hiesigen Blatte und daraufhin besuchte am folgenden Tage ein etwa 28 Jahre alter, aufscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann den Schneider Fritz Giernoth und teilte ihm mit, daß er eine Stelle für dessen Bruder an einem Wäffeltier in einem Restaurant in Wannsee habe, indem vorwiegend Offiziere und adlige Personen verkehren. Er müsse jedoch eine Kaution in Höhe von 500 M. stellen. August Giernoth, der zugegen war, erklärte sich bereit, die Stellung sofort anzutreten und nahm sein über 750 M. lautendes Sparbuchschen an sich, um hiermit die Kaution decken zu können. Die beiden Männer entfernten sich und seit dieser Zeit ist August Giernoth spurlos verschwunden. Gestern morgen traf ein für August Giernoth bestimmtes Schreiben einer Filiale der Deutschen Bank bei dem Bruder Fritz ein, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß der Wechsel über 550 M. am Donnerstag, den 14. d. M., fällig sei. Fritz Giernoth stellte nun fest, daß am 4. d. M. mittags ein etwa 28-jähriger Mann auf ein Sparbuchschen von August Giernoth hin sich 500 M. habe geben lassen und außerdem zur Sicherheit für Innehaltung des Zahlungstermines einen Wechsel über 550 M. diskontiert habe. Dieser Wechsel war mit August Giernoth unterschrieben, doch stellte Fritz G. fest, daß die Unterschrift seines Bruders gefälscht war. Ebenso rückte auch die Unterschrift für den Verpfändungschein des Sparbuchsches, welches für den Wechsel hinterlegt war, nicht von der Hand des Verpfändenden her. Es ist unter diesen Umständen nicht daran zu zweifeln, daß der Unbekannte Giernoth verschleppt und jedenfalls ermordet hat, um sich in den Besitz des Sparbuchsches zu setzen. Schneider Giernoth sowie der Bankbeamte, welcher dem Fremden das Geld ausgehändigt, wurden gestern das Verbrechen zum Vorgelegt, ohne daß hierdurch sichere Angaben über die Persönlichkeit des mutmaßlichen Verbrechers zu erlangen waren. Der Unbekannte ist etwa 27 bis 28 Jahre alt, mit schwarzem Schnurrbart, ebensolchem Haar, hat ein bageres Gesicht und hervorstechende Backennochen. Der verschwandene Kellner August Giernoth ist 1,65 Meter groß, blond, hat ein glattes bartloses Gesicht und am linken Auge einen kleinen Leberfleck. Er trug einen grauen karierten Jacketanzug, dunklen Ueberzieher und schwarzen reifen Hühner.

Wie noch von anderer Seite mitgeteilt wird, sind seit gestern mehrere Komane der Kriminalpolizei in der Sache in Wannsee, Potsdam usw. tätig. Ermittelt wurde bisher noch keine sichere Spur. Man vermutete sofort, daß der Vermittler Giernoth mit einem jungen Manne identisch ist, der am vergangenen Sonnabend in Wannsee erschossen aufgefunden und bereits als „unbekannt“ beerdigt worden ist. Ein Revolver wurde bei der Leiche, die wohl schon seit dem 4. d. M. am Hundstreck gelegen haben kann, nicht gefunden.

Die Vermutung hat sich bestätigt. Die bei Wannsee gefundene Leiche ist bereits als die des vermischten August Giernoth festgestellt worden. Man hatte in den Kleidertaschen noch den Geburts- und Tauffchein des Toten gefunden, nicht aber eine Wohnungsangabe. Dieser Mangel verlangsamte die Ermittlungen zur näheren Feststellung der Persönlichkeit. Wegen vorgeschrittener Verwesung ließ die Staatsanwaltschaft in Potsdam die am 9. d. M. gefundene Leiche bereits am nächsten Tage beerdigen. In Berlin wurden die Nachforschungen nach dem Verbleib des Vermischten erst am 11. d. M. eingeleitet, da Fritz Giernoth nicht früher Anzeige erstattet hatte. Die Leiche des ohne Zweifel ermordeten jungen Mannes lag abseits vom Wege. Der angebliche Oberinspektor trug, wie noch festgestellt wurde, einen dunklen Ueberzieher mit einigen sehr schwachen, dünnen, weißen Streifen, einen schwarzen reifen Hut, einen dunklen Anzug und eine helle Strawatte mit einer Perle. Er besaß einen Stock mit silberner Krücke. Kriminalinspektor Braun leitete die Untersuchung des Verbrechens.

Schon wieder sind zwei junge blühende Menschenleben dem Nothdurst zum Opfer gefallen. Wahrscheinlich wegen unglücklicher Liebe hat sich gestern die 18 Jahre alte Fabrikarbeiterin Elise Hecht in der Wohnung ihrer Eltern in der Herzbergstr. 13 mit Nylol vergiftet. Als die Mutter die unglückliche Tat ihres Kindes entdeckte, war dies bereits tot. — Das zweite Opfer ist das erst 16 Jahre alte Dienstmädchen Valenta Scholz, das bei dem Postsekretär G. in der Thauerstr. 47 in Stellung gewesen war. Gestern morgen verlor sie sich in ihrem Zimmer und warf die entleerte Flasche auf die Straße hinaus. Bald darauf war das Mädchen den Wirkungen des Giftes erlegen. Aus welchem Grunde die Sch. in den Tod gegangen ist, vermag sich weder ihre Herrschaft noch ihre Angehörigen zu erklären.

Unfall auf einem Berliner Güterbahnhof. Die Zahl der Unfälle im Eisenbahnbetriebe mehrte sich auffallend. Auch gestern wird amtlich gemeldet: Auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee überfuhr heute vormittag 4 1/2 Uhr der Lokomotivführer des von Roabit nach dem Alexanderplatz verkehrenden Waghallenzuges 9077 das auf halt stehende Ausfahrtsignal und streifte dabei den gleichzeitig in der Ausfahrt auf Pläthenberg-Friedrichsfelde aus einem Nebengleise des Bahnhofs begriffenen Güterzug 9544 derart, daß die beiden letzten Wagen dieses Zuges, ein Gepäckwagen und ein Güterwagen, entgleisten und umstürzten. Beide Güterzugswagen wurden gesperrt. Der Betrieb wurde durch Leitung über den Siding aufrecht erhalten; gegen 9 1/2 Uhr vormittags waren beide Gleise wieder betriebsfähig. Der Insasse und zwei Bremser, die sich in dem umgehängten Packwagen befanden, haben anscheinend nur leichte Verletzungen erlitten.

Vermißt wird ein junges Mädchen, die 17-jährige Franziska Fröhlich. Größe: etwa 1,50 Meter. Haar: dunkelblond (kurzgeschritten). Augen: blau. Kleidung: grauer Winterhut, garniert mit kleinen rosa Rosen und schwarzem Samtband; dunkelblaues Jackett; schwarzer Faltenrock; schwarze Knöpfstiefel. Die Wäsche ist gezeichnet F. F. Die Vermisste litt zeitweise an Nervenreizbarkeit. Von ihrer Arbeitsstätte in den Reuen Frauenabte, wo sie in einer Wäsche-fabrik als Lehrmädchen beschäftigt war, begab sie sich am letzten Montag, abends 7 1/2 Uhr, auf den Radhauweg; sie ist aber bei ihren Eltern bis jetzt nicht eingetroffen. Nachrichten über den Verbleib der Vermissten werden erbeten an F. Fröhlich, Hafenstraße 7-8.

Feuer bei Kempinöhl. Gestern früh gegen 4 Uhr kam im dritten Stock des Erweiterungsbauwerks der Weingroßhandlung von Kempinöhl u. Co. in der Leipzigerstr. 25 durch Umfallen einer Ketherlampe Feuer aus, das sehr schnell an Ausdehnung gewann. Als die sofort alarmierte Feuerwehr nach wenigen Minuten aus dem Depot in der Mauerstraße eintraf, stand bereits eine Baubude mit ihrem Inhalt an Kleidern, Bänken u. sowie der Fußboden in Flammen. Es wurden daher unverzüglich zwei Dampfstrahlen in Tätigkeit gesetzt und über eine mechanische Leiter hinweg energisch Wasser gegeben. Zumindest dauerte es aber doch geraume Zeit, bevor die Gefahr beseitigt war. Den anwesenden Arbeitern — es wird dort auch nachts gearbeitet — verbrannten die Garderoben, doch werden sie diese ersetzt erhalten.

### Gerichts-Zeitung.

**Kaufungen.** Der ausnahmsweise Charakter des § 153 der Gewerbeordnung zeigte sich wieder einmal überaus drastisch in einem Strafverfahren gegen einen organisierten Metallarbeiter, das nach ebenso langwierigen wie hochkomplizierten Instanzverfahren nunmehr endlich zum Abschluß gebracht worden ist. Wegen Verleumdung eines Arbeitswilligen war nämlich der Dreher A. angeklagt. Er wurde beschuldigt, anlässlich des Streiks bei der Firma Hauptner, Fabrik für chirurgische Instrumente zu Berlin, einem Arbeitswilligen das Wort „Lausejunge“ nachgerufen zu haben. Für dieses Verbrechen verurteilte das Roabiterschöffengericht den Mann zu der exorbitanten Strafe von einem Monat Gefängnis; und das, obwohl der Angeklagte nur mit zwei geringen Geldstrafen bestraft war, die schon Jahrzehnte zurückliegen. Das Gericht begründete dies überaus harte Urteil einmal mit der „Größe“ des gebrauchten Schimpfwortes und dann wegen des darin liegenden „Terrorismus“ gegen einen Arbeitswilligen. Auf die Berufung des Angeklagten hin „milderte“ die Strafkammer das Urteil auf eine Woche Gefängnis herab. Gegen dieses Urteil ergriff Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Rechtsmittel der Revision unter folgender Begründung: Er rügte, daß die Verurteilung des Angeklagten nur wegen Verstoßes gegen § 153 erfolgt war. Da der Strafantrag aber nicht nur wegen Streikvergehens sondern auch wegen Verleumdung gestellt sei, so hätte die Strafe nicht auf Grund des § 153, sondern auf Grund des Verleumdungsparagraphen 185 erfolgen müssen, weil dessen Maximalstrafe höher ist. Durch die Nichtanwendung dieses strengeren Paragraphen aber sei der Angeklagte beschwert, weil der § 185 Geldstrafe zuläßt, dagegen der mildere § 153 nur Gefängnisstrafe vorsieht. Dieser Begründung schloß sich das Reichsgericht an und hob das Urteil auf. Der Angeklagte kam infolgedessen wieder vor die Strafkammer, um nun nach dem strengeren Paragraphen bestraft zu werden, und jetzt lautete das Urteil auf 30 Mark Geldstrafe. — Im Volksmunde wertet man einen „Lausejungen“ auf fünf Groschen.

**Ebenfalls wegen Verleumdung eines Arbeitswilligen aus § 153** der Gewerbeordnung hatte sich der Rohrerger V. vor dem Niedersächsischen Schöffengericht zu verantworten. Hier kam das Gericht nach zweimaliger Verhandlung jedoch zu der Einsicht, daß der § 153 nicht in Anwendung gebracht werden könne. Der Streit bei der in Frage kommenden Firma Rier u. Taulin war nämlich nicht ausgebrochen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen (schonweg zu erzielen, sondern um die Firma zur Innehaltung des mit ihr vereinbarten Tarifvertrages zu zwingen. Die Streitenden wollten also nur das durchsetzen, worauf sie ein vertragmäßiges Recht hatten. Da der Firmendirektor als Zeuge selbst zugegen war, daß er den Vertrag nicht innegehalten hatte, so wurde der § 153 ausgeschaltet und der Angeklagte nur wegen einfacher Verleumdung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. — Würde man gegen den Arbeitgeber die unzutreffenden Finessen anwenden, die in der Rechtsprechung gegen Arbeiter zur Anwendung gelangen, so wäre der Arbeitgeber wegen Nötigung oder Erpressung anzuklagen, da die Nichtinnehaltung der Vertragsbedingungen rechtswidrig und strafrechtlich zu dem Zweck erfolgt war, den Arbeiter zu der Einwilligung in den Vertragsbruch durch die indirekte Drohung der Entlassung zu nötigen. Er könnte auch als Antikörper der Arbeitswilligenverleumdung in Frage kommen, da er sich bemüht sein mußte, daß Arbeiter Streikbrecher, die zur Unterdrückung eines Vertragsbruchs herangezogen werden, nicht mit Liebenswürdigkeiten überhäufelt würden. Der juristische Seiltanz, den gelehrte Juristen gegen Arbeiter ausführen, kann freilich gegen Arbeitgeber nicht gehalten werden, weil den Längern die Massenjustizielle Balancierstange fehlen würde.

Jeremias Douglas, ein lobsprechenscharfer Nigger von der dänischen Insel St. Thomas stand gestern vor dem Schöffengericht, um sich wegen Mithäufigkeit, Verleumdung und Sachbeschädigung zu verantworten. Er soll am 17. Oktober in der Französischenstraße eine Straßenjähne dadurch veranlaßt haben, daß er dem Jugenieur Erich W., den er im Vorbeigehen mit dem Arme streifte und der sich nach ihm umschaute, rief: „Ich schlage Ihnen den Kopf auseinander!“ und dann mit der Weichheit eines Vogels ihm wüthige Faustschläge in das Gesicht verpörschte, auch seinen Regensturm zerbrach. Er bestritt vor Gericht mit Lebhaftigkeit seine Schuld und verteidigte sich wie folgt: „Mein Herr! Als Artist bin ich umhergewandert sehr viel in die Welt. Nach die Deutschland bin ich gekommen vor zwei Jahren und bin genommen Engagement als Atolet und Angelionsleur bald in diese Stadt, bald wo anders in die Deutschland. Die Tag wo das passiert hat, war die 17. Oktober. Es war sehr geregeter Tag und

in die Franzosen-Strah. Er looft mit 'nem Schirm, ich loose dahinter und wie ich ihn passiere, stoßt er mit die Arm an meine Seite. Ich frage ihn: Warum machst Du das mit mir? er aber rüft zugleich: Was, daß weg kommst, sonst han' ich Ihnen eins, Sie Kaffer! Wieso Kaffer? frage ich und da nimmt er auch schon den Schirm, um zu hauren auf mir, er zieht an den Schirm hin, ich zieh' an den Schirm her, er kriegt Schirm ins Gesicht, ich kriegt Schirm an die Aug' und so hat er gegangen ganz laput. Nun kommt der Herr und sagen, er will meine Korch haben, ich will auch seine Korch haben und da find wir nach die Postlag' gegangen und da hat uns ein Konstabel nach die Bach' gebracht. Und jetzt — so endet der tropische Menschenbruder seinen speech — wird sich finden, ob Fremder in Berlin sie schlagen lassen muß. Auf den Jungfrau-Ziell gib's das nicht. Der Herr haben auch zu uns gesagt: damad nigger! Wieso? Gefaslagen hab' ich ihn auch nicht. Ich bin kein professioneller Voger, habe bögen nicht gelernt, anständige Menschen lernen bei uns nicht bögen. Ich mache keinem was zu Unrecht, aber ich geh' keine hundert Schritt auf die Strah' ohne beleidigt zu werden. Der da schreit: „Junge Du hast Dir nicht gewaschen“, der da rüft: „Getero!“ Ich kann nicht dafür, daß ich bin schwarz geboren; bin zufrieden, daß mir in Ruhe lassen. — So der brave Jeremias. Er wurde von dem Zeugen gründlichst lügen gestraft, obwohl er wiederholt versicherte: „Ich habe Gott als meinen eigenen Zeugen!“ Nach der anderen Schilderung hat der Angeklagte den Belastungszeugen im Vorbeigehen gestreift und als dieser sich unwillkürlich nach ihm umschaut, sofort ihm zugerufen: „Was wollen Sie von mir? Ich werde Ihnen den Kopf einschlagen!“ Dann hat er sofort Vogerstellung eingenommen und den Zeugen Strähe mit der Faust ins Gesicht verpörscht, wobei er mit großer Jüngensfertigkeit ein recht gemeines Schimpfwort vielfach wiederholte. Der Staatsanwalt erlab aus letzterem Umstand, daß sich der Angeklagte während seines kurzen Aufenthaltes in Deutschland schon stark modernisiert habe; die Modernisierung sei aber doch noch nicht vollendet, sonst würde er nicht auf offener Straße zum Vogen übergegangen sein. Der Staatsanwalt beantragte 50 M., der Gerichtshof erkannte auf 20 M. Geldstrafe. Jeremias Douglas nahm das Urteil mit einigem Kopfschütteln entgegen, als wollte er sagen: „Wie weit ist die Deutschland doch noch zurück in die Kultur!“

### Vermischtes.

#### Aus unserer gütlichen Weltordnung.

Von den Verecktern der heutigen Gesellschaftsordnung werden die gegenwärtigen Zustände bei jeder Gelegenheit über den grünen Klee gepriesen. Das Massenelend wird mit den landläufigen Redensarten abgetan, wie es sei immer so gewesen, wer arbeiten will, finde Arbeit, oder aber für die Armen und Hungernden werde ja durch den Staat und auch in privater Weise ausreichend gesorgt. Wir wollen diesen Redensarten nur ein paar nackte Tatsachen entgegenstellen. Durch die Presse gehen folgende Notizen:

Ein trübes Bild von Künstlerelend bietet eine Arcobaten- und Puppenpieler-Gesellschaft, die gegenwärtig von Ort zu Ort durch das Havelland zieht. In einem engen Wagen, der nahe daran ist, jeden Augenblick zusammenzubrechen, haust eine ganze Familie, die Vater mit sechs Kindern, von denen das jüngste zwei Jahre alt ist; die Frau hat sich in voller Verzweiflung von den übrigen getrennt und ist verschollen. In dem Wagen, der nur ein kleines Fenster mit zerbrochenen Glasscheiben besitzt, liegen die Kinder nachts in dürftige Decken gehüllt auf dem bloßen Fußboden; der Eingang zum Wagen ist durch einen Saal geschlossen. Das Pferd ist vor Hunger umgekommen. So lebt die Familie nur von den milden Gaben der Landbevölkerung, durch deren Ortshafte sie kommt.

In Elbing wurde nach den Berichten bürgerlicher Blätter eine 10 Jahre alte Tischlermeisterstochter von einem Armenvorsteher tot aufgefunden, als er ihr Armenunterstützung bringen wollte. Ob die Frau verhungert ist, wird nicht mitgeteilt, aber so unwahrscheinlich ist das nicht. Die bürgerliche Presse weist angesichts dieses Vorfalls darauf hin, daß in Elbing kein Strohhaus existiert, in dem solche alten Leute untergebracht werden können. Sie müssen zu Hause, von allen verlassen, verrotten.

Zur Kennzeichnung unserer Gesellschaftsklassen dürfte die nachfolgende Notiz aus der Standalchronik nicht uninteressant sein: Dieser Tage ist von der Staatsanwaltschaft in Strahburg i. E. der Oberkellner Karl Seidel vom Restaurant Valentin verhaftet worden. Das Restaurant Valentin ist ein faßfam bekanntes Lokal in Strahburg, das trotz der tollsten Dinge, die aus seinen verschwiegenen Mauern in die Oeffentlichkeit drangen, Plendrozouus-Platz der Hautevolée blieb. Offenes Getreide war jederzeit, auch in Sachen Restaurant Valentin, dessen Inhaber weit über die Grenzen des Landes hinaus unter dem Spitznamen „Schneepeter“ bekannt ist, nicht vorgegangen würde, weil hohe Herrschaften bei einem etwaigen Eklat eine zu große Rolle in der Gesellschaft spielen würden. Diefem Getreide scheint die Staatsanwaltschaft mit der erfolgten Verhaftung des Oberkellners ein Ende bereiten zu wollen. Der Oberkellner ist Oesterreicher und soll eine ganze Menge der pikantesten Dinge wissen. Während seiner fünfjährigen Tätigkeit in dem Restaurant gelang es ihm, 40 000 M. auf die hohe Kante zu legen. Bei der Verhaftung des Oberkellners fiel der Polizei eine Liste in die Hände, die der saubere Herr über die verfügbare Menschenware führte, die jederzeit durch bekannte Droschkenfahrer geliefert werden konnte. Diese Liste soll schwere Bloßstellungen enthalten und selbst für Ehefrauen kompromittierend sein. Die Gelder der unsauberen Umtriebe sind zahlreiche junge Leute besserer Familien. Ebenso fiel der Polizei ein Verzeichnis in die Hände, das die Schuldner des Oberkellners nicht namentlich, sondern in Chiffrierung aufführt. Auch weiß man allgemein, daß im Restaurant Valentin mit hohen Summen gespielt wird. Eine Anklage nach dieser Richtung bedingt wieder ein Opfer aus Offizierskreisen, das gegenwärtig feldmäßig verfolgt wird, Oberleutnant Schöneberg vom 15. Trainbataillon in Strahburg, der vor einiger Zeit nach Unterschlagung von Dienstgeldern geflohen war. Diese Gelder sind ebenfalls bei Valentin verpielt worden. Wanches andere Opfer dieses gefährlichen Paradies mag eine Gemüthung finden, wenn dem Treiben auf diese Weise ein Riegel vorgeschoben wird. Dem Antrag auf Freilassung des verhafteten Oberkellners gegen Erlegung einer Kaution von 15 000 M. hat die Staatsanwaltschaft nicht stattgegeben.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Rathhallen-Direktion. Nordfleisch Ia 64-68 pr. 100 Pfund, IIa 56-64, IIIa 50-55, IVa 40-45. Rohfleisch Ia 82-86, IIa 70-80, IIIa 50-67, Hammelfleisch Ia 62-72, IIa 45-55, Schweinefleisch 65-71. Rothwild 100 Pfund. Hühner pro Stück, alte 1,80, junge Ia 0,90-1,30, da IIa 0,60-0,70. Tauben, junge 0,60-0,75, alte 0,40-0,50. Enten 1,20-2,50. Gänse pro Stück, Ia 3,50-3,80, IIa 3,00-3,25, pro 100, Ia 0,55-0,65, IIa 0,50-0,55. Schaffleisch 0,00 M. Hühner 0,00 M. pro 100 Pfund. Geste 28-29 M. Schafflei, unsortiert 22 M. Kalb, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Rindern 51-54 M., Karpfen je 0,00 M., Lachs 0,00, Schottische Vollerbringe (gelbes) 36-38 M. Eier, Schod 4,50. Butter pro 100 Pfund Ia 121-126, IIa 118-124, IIIa 115-118, abfallende 95-110. Kartoffeln pr. 100 Pfund rote 2,00-2,20, Rosen 0,00-0,00, kleine 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Wirtlingstoll pr. Schod 4,00-8,00, Weißstoll 6,00-8,00, Rothstoll 4,00-8,00, gold. 12-16 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

#### Briefkasten der Redaktion.

23. S. Wismannstraße. 1. Ja. 2. Umgekehrt. 3. Nicht einen Mannig wert. — P. II. Die Herren der Gewerbeinspektoren für Berlin, Ansbach, Schwaberg und Charlottenburg haben mir dieser Tage mitgeteilt, auch die Sprechstunden. Erlassen Sie sich in Ihrer Angelegenheit dorthin